Heft 97 / 2018

GEGEN VERGESSEN FÜR DEMOKRATIE

Schwerpunktthema:

Prävention von religiös begründetem Extremismus unter Muslimen

weitere Themen:
- **Malyj Trostenez**
- **Unterschiedliche DDR-Erfahrungen**

Informationen zur politischen Bildungsarbeit

Gegen Vergessen Für Demokratie e.V.

Liebe Freundinnen und Freunde von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.!

Ein heißer Sommer liegt hinter uns, in dessen Diskussionen es nicht nur um Fragen der Klimaentwicklung, sondern auch um politische Gegenwartsfragen ging, die unser gesellschaftliches Zusammenleben betreffen. Zu fragen ist nach dem Charakter, den Zielen und dem Ertrag derartiger Diskussionen.

Die Diskussion über die Krise der Demokratie, über das Vordringen illiberaler, populistischer und autokratischer Tendenzen in Europa und in der Welt ist nötig. Die Frage nach Parallelen zur Zwischenweltkriegszeit in Europa, insbesondere auch zur deutschen Gesellschaft, ist dabei keineswegs unsinnig. Ganz abwegig ist es jedoch, bereits von einem generellen Scheitern der liberalen und sozialen Demokratie auszugehen. Es geht darum, die Demokraten an ihre Verantwortung zu erinnern, doch nicht eine Stimmung zu erzeugen, die gleichsam auf self-fulfilling prophecies hinausläuft. Wir haben die wehrhafte Demokratie zu stärken. Sie war das Ziel des Verfassungskonvents von Herrenchiemsee, der vor 70 Jahren zusammentrat und einen Grundgesetzentwurf erarbeitete, der die Vorlage für die Beratungen des Parlamentarischen Rates lieferte, dessen Werk die Grundlage unseres Gemeinwesens ist und heute vielfach als Glücksfall bezeichnet wird.

Vor dem Hintergrund der Geschichte bedenklich ist die ebenfalls in diesem Sommer erkennbare Ethnisierung vielfältiger Konflikte, die realiter multikausale Ursachen haben. Als Beispiel dafür mag man den Fall Özil sehen, bei dem es wesentlich um die Frage demokratischer Orientierung von Nationalspielern ging. Der Konflikt wurde aber rasch auf den Gegensatz von Deutschen und Türken zurückgeführt. Unübersehbar spielen rassistische Argumentationsmuster eine wachsende Bedeutung in unserer Gesellschaft, mit denen wir – wo auch immer sie auftauchen – uns nicht abfinden dürfen.

Vielleicht noch bedenklicher ist das Anwachsen antisemitischer Straftaten in Deutschland. Dabei ist nicht nur die antijüdische und antiisraelische Haltung von Zuwanderern aus der arabischen Welt zu betrachten, sondern auch die Haltung der Mehrheitsgesellschaft. Wie das Beispiel Ruhrtriennale zeigt, gibt es selbst im Kulturbetrieb verwirrende Haltungen und Diskussionen. Für Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. bleibt dies ein wichtiges Thema.

Schließlich zeichnet sich ab, dass die deutsche Erinnerungskultur zunehmend vom Rechtspopulismus infrage gestellt wird, worauf unser Verein durch Forcierung der Erinnerungsarbeit, doch auch durch politische Aufklärungsarbeit wird reagieren müssen.

Schwerpunkt dieses Heftes ist die *Islamismusprävention*, das heißt die Bekämpfung von religiös motiviertem Radikalismus. Dabei stellt sich die Frage nach geeigneten Mitteln, auch nach der Übertragbarkeit von Konzepten aus anderen Bereichen der Extremismusbekämpfung. Selbstverständlich wissen die Autoren um die Schwierigkeit dieses Themenfeldes, in dem Ideen und Überlegungen der Arbeit eines Präventionsnetzwerkes ihren Niederschlag gefunden haben. Selbstverständlich konfrontiert uns die heutige Konstellation auch mit neuartigen Herausforderungen, für die auf der Basis historischer Erfahrungen und differenzierter Gegenwartsanalyse Lösungen gefunden werden müssen. Weder auf das eine noch auf das andere kann verzichtet werden.

Mit guten Wünschen für unsere Arbeit und besten Grüßen
Ihr/Euer

Zum Titel dieser Ausgabe 97/2018

Teilnehmerinnen und Teilnehmer beim Friedensmarsch für EINE Gesellschaft, der am 23. Juni 2017 in Berlin stattfand, der von Musliminnen und Muslimen für und mit der Gesamtgesellschaft organisiert wurde. Die Initiatorinnen und Initiatoren riefen dazu auf sich mit diesem Marsch für den Zusammenhalt der Gesellschaft einzusetzen und sich mit allen Menschen, die in Deutschland und außerhalb Opfer von jeglicher Form von Diskriminierung, Hass, Gewalt und Terror geworden sind, zu solidarisieren. Sie lehnen dabei ausdrücklich jegliche Art von Radikalität und Missbrauch ihrer religiösen und freiheitlich-demokratischen Werte ab. Weitere Informationen finden Sie im Internet unter friedensmarsch.berlin (Foto: Lutz Jäkel, Berlin)

Die **Mitgliederversammlung 2018** findet **am 17. November in Kiel** statt. Tagungsort wird das Landeshaus Kiel sein, in dem der Schleswig-Holsteinische Landtag seinen Sitz hat.

IMPRESSUM
Herausgegeben von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V., Stauffenbergstraße 13-14, 10785 Berlin
Telefon (0 30) 26 39 78-3, Telefax (0 30) 26 39 78-40, info@gegen-vergessen.de, www.gegen-vergessen.de
Bankkonto: Sparkasse KölnBonn, Konto-Nr. 85 51 707, BLZ 370 501 98

Titel: Lutz Jäkel, Berlin (www.lutz-jaekel.com)
Redaktion: Theresa Ostertag, Beke Detlefsen, Dr. Dennis Riffel, Julia Wolrab, Dr. Michael Parak (V.i.S.d.P.)
Gestaltung: Atanassow-Grafikdesign, Dresden
Druck: B&W MEDIA-SERVICE Werbe- und Verlagsgesellschaft mbH
Die Herausgabe dieser Zeitschrift wurde gefördert durch das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung. Der Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.
Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.
ISSN 2364-0251

Inhaltsverzeichnis

Die Themen in dieser Ausgabe

SCHWERPUNKTTHEMA

Beraten und unterstützen 4
Von Salafisten und grenzenlosen Versprechen 6
Wie man sich lokal gegen religiös begründeten Extremismus engagieren kann 9
„Lasst uns froh und munter sein“ 11

WEITERE THEMEN

Eine Reise nach Malyj Trostenez, Belarus 14
Geschichte des Vernichtungsorts Malyj Trostenez 16
Unterschiedliche DDR-Erfahrungen in der politischen Bildung aufgreifen 18
„Kleine Jüdin“ – Entdeckte Spuren zum Novemberpogrom vor 80 Jahren 21

ANALYSE UND MEINUNG

Radikaler Perspektivwechsel: Zehn Thesen zu Islamismus und Prävention in Deutschland 24
Fragen zum Projekt eines Exil-Museums in Berlin 27

AUS UNSERER ARBEIT

Antisemitismus in der Migrationsgesellschaft: Hinweise zu Bildungsangeboten 28
Gegen das Vergessen der Opfer von NS-„Euthanasie“ und Zwangssterilisierung 30
RAG Rhein-Main: Ausstellung über NS-„Euthanasie“ in Frankfurt am Main 32
RAG Hamburg: RAG Hamburg auf Spurensuche in Schwerin 34
RAG Münsterland: 35
Geschichtsakademie für neue Mitglieder aus der RAG Münsterland im schlesischen Kreisau
„Neugier auf andere Perspektiven wecken“
Eine Tour per „Leeze“ und das Leitwort von „Gespaltenen Gesellschaften“
RAG Ostwürttemberg stellt sich vor 38

NAMEN UND NACHRICHTEN

Nachruf auf Ludwig Baumann: Ein außergewöhnlicher Mensch 39
„Einer muss ja doch mal schließlich damit anfangen“ ... und viele müssen weitermachen! 40

REZENSIONEN

Ernst-Jürgen Walberg bespricht – eine Sammelrezension: 42
Warum soll man nicht auf bessere Zeiten hoffen. Ein Leben in Briefen.
Die Staatsräte. Elite im Dritten Reich: Gründgens, Furtwängler, Sauerbruch, Schmitt.
Die Tagesordnung.
Felix und Felka.
Mehr als nur ein Name – die Geschichte von Willy Blum 46

IMPRESSUM 2
VORSTAND UND BEIRAT 47

Martin Ziegenhagen

Beraten und unterstützen

Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. und das *Präventionsnetzwerk gegen religiös begründeten Extremismus*.

In der Satzung von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. steht, dass einer der Zwecke des Vereins in der „Auseinandersetzung mit Feindbildern, Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Ausländerfeindlichkeit, Antisemitismus und anderen Formen des politischen Extremismus" und weiterhin in der „Förderung demokratischer Gesinnung" besteht.

Obwohl zu Zeiten der Gründung des Vereins das Augenmerk eindeutig auf die Bekämpfung von Gefahren aus dem politisch rechtsextremen Lager gerichtet war, hat sich der Verein in den Folgejahren eine beträchtliche Expertise in Bezug auf die Auseinandersetzung mit demokratiefeindlichen Bestrebungen jeglicher Art angeeignet. So beschäftigte sich unter anderem ein Modellprojekt mit gesellschaftlich relevanten Themen, die typischerweise von linken oder linksradikalen Milieus aufgegriffen und in den Diskurs gebracht werden. Auch die Themen Islam- und Muslimfeindlichkeit sowie der Phänomenbereich des religiös begründeten Extremismus unter Muslimen fanden Beachtung, wenngleich hier

Arbeitsfelder von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. in der Prävention von religiös begründetem Extremismus:

Abbildung: Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.

Foto: Türkische Gemeinde Deutschland

Eindrücke von der Fachtagung „Extremismusprävention & was sie für Muslime bedeutet" vom 23.10.2017 in der Gedenkstätte Deutscher Widerstand.

noch kein größeres Projekt durchgeführt wurde.

Dies änderte sich mit einer Anfrage des *Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend*, des *Bundesministeriums des Innern* und der *Türkischen Gemeinde Deutschland (TGD)* Ende 2014. Es ging darum, einen stabilen Kreis von einflussreichen und wirkmächtigen muslimischen Akteuren und Institutionen aufzubauen sowie zu qualifizieren. Ziel war es, ein Netzwerk zu etablieren, das sich mittel- bis langfristig aus eigener Kraft gemeinsam gegen religiös begründeten Extremismus engagiert. Der Verein Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. wurde angefragt, ob er diese Idee unterstützen und aktiv an der Umsetzung mitwirken könne.

Ein vergleichbares Netzwerk hatte es in Deutschland bisher nicht gegeben. Die Zeit schien aber nach Ansicht der Initiatoren reif dafür. Zum einen, weil die diversen muslimischen Gruppierungen, Gemeinden und Verbände zunehmend die Notwendigkeit erkannten, sich als ein Teil der demokratischen Gesellschaft in Deutschland zu positionieren und eigene Präventionsangebote in diesem Themenfeld zu machen. Zum anderen stieg aufseiten potenzieller Mittelgeber mehr und mehr die Bereitschaft, derartige Angebote zu fördern. Beides war nicht zuletzt auch Ergebnis zahlreicher Diskussionen in der regelmäßig tagenden *Deutschen Islamkonferenz*. Vor allem war es ein Zeichen für daraus resultierendes, vorsichtig fortschreitendes gegenseitiges Vertrauen. Gleichwohl gab es auf beiden Seiten auch gewichtige Ressentiments.

Man befand sich an einem Punkt, an dem es galt, sich einen Ruck zu geben und den nächsten logischen Schritt zu tun. Nämlich der vorangeschrittenen Annäherung Taten folgen zu lassen, allen Vorbehalten zum Trotz. Die *Türkische Gemeinde Deutschland*, ein säkularer Verband, der aber trotzdem Mitglied der Islamkonferenz ist, ergriff die Initiative und unterbreitete beiden Ministerien den Plan, ein Präventionsnetzwerk zu schaffen. Das Netzwerk sollte beteiligte muslimische Verbände binnen eines Zeitraums von fünf Jahren in die Lage versetzen, eigene Kompetenzen und Strukturen zur Bekämpfung und vor allem zur Prävention demokratiefeindlicher Phänomene zu erlangen. Der Plan sah vor, dass die Verbände von der *Türkischen Gemeinde Deutschland* unterstützt würden. Auch die benötigten Mittel sollten für den besagten Zeitraum bis zur Etablierung entsprechender Strukturen über sie weitergeleitet werden.

Ebenfalls war es integraler Bestandteil des Plans, inhaltliche und organisatorische Unterstützung zu erhalten und eine weitere bundesweit anerkannte zivilgesellschaftliche Organisation am Projekt zu beteiligen. Beide Ministerien und die *TGD* waren sich einig, dass Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. die Erfahrung und die für den Erfolg des Projekts erforderlichen kommunikativen und fachlichen Kompetenzen mitbringe.

Nach nunmehr dreieinhalb Jahren Projektlaufzeit kann man mit Fug und Recht sagen, dass der Plan aufgegangen ist: Die beteiligten muslimischen Dachverbände haben ein großes Interesse daran, dass wirksam gegen Radikalisierung und Menschenfeindlichkeit vorgegangen wird. Sie bringen ihre thematische Expertise und spezifischen Zielgruppenzugänge in den Prozess der Bewältigung dieser Phänomene ein. Dies ist ein enormes Potenzial, um die Präventionsarbeit in Deutschland noch effektiver zu gestalten. Das Projektziel der Etablierung von Präventions- beziehungsweise Bildungs- und Beratungsstrukturen bei den beteiligten Organisationen ist erreicht. Darüber hinaus ist es gelungen, die besonderen Perspektiven und Erfahrungen islamischer Verbände in die Fachdebatten zum Thema Extremismusprävention einzubringen und das Engagement der Verbände in diesem Bereich öffentlich sichtbar zu machen. ■

Martin Ziegenhagen ist Leiter des Fachbereichs Extremismusprävention bei Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.

■ **Das *Präventionsnetzwerk gegen religiös begründeten Extremismus***

von Ramzi Ghandour

Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. nutzt die Erfahrungen aus der *Onlineberatung gegen Rechtsextremismus* und der Jugendbildungsarbeit, um die Prävention von religiös begründetem Extremismus in Deutschland zu befördern. Dazu koordiniert der Verein gemeinsam mit der *Türkischen Gemeinde in Deutschland e.V.* seit dem Frühjahr 2015 ein bundesweit agierendes *Präventionsnetzwerk gegen religiös begründeten Extremismus*.

Das Präventionsnetzwerk ist eine Initiative von zivilgesellschaftlichen – religiösen wie nichtreligiösen – Organisationen, die sich gemeinsam gegen religiös begründeten Extremismus und Islamfeindlichkeit engagieren. Ein vergleichbares Netzwerk gab es in Deutschland bisher nicht. Dem Netzwerk gehören derzeit außerdem folgende in der Deutschen Islamkonferenz vertretene muslimische Verbände an: *Ahmadiyya Muslim Jama'at KdöR, Bündnis marokkanischer Gemeinde – Landesverband NRW, Islamische Gemeinschaft der schiitischen Gemeinden Deutschlands e.V.* und *Zentralrat der Muslime in Deutschland e.V.*

Im Rahmen dieses Projekts entwickelten die teilnehmenden Organisationen eigene Präventionsprojekte und setzten diese innerhalb ihrer Verbandsstrukturen um. Außerdem fördert das Netzwerk den Austausch im Bereich der Präventionsarbeit. So versuchen die Organisationen, die Effektivität der Arbeit dadurch zu erhöhen, dass gezielt Möglichkeiten geschaffen werden, um entstehende Synergien zu nutzen und Kooperationen einzugehen. Diese Kooperationen können einerseits auf interverbandlicher Ebene oder mit etablierten Trägern aus der Präventions- und Beratungsarbeit bestehen. Dies soll einerseits ermöglichen, Qualitätsstandards zur Überprüfung der Arbeitsergebnisse zu definieren. Andererseits sollen dadurch praktische Erfahrungen und Erkenntnisse aus der Projektarbeit auch anderen Trägern zur Verfügung gestellt werden können. Dies soll langfristig dazu beitragen, die Prävention gegen religiös begründeten Extremismus insgesamt erfolgreicher zu machen.

Das Interesse von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. an diesem Projekt erklärt sich durch die langjährige Erfahrung in anderen Feldern der Präventionsarbeit sowie durch die politischen und zivilgesellschaftlichen Zugänge des Vereins und vor allem durch den Wunsch nach einer sicheren, fairen und inklusiven Gesellschaft.

Weitere Informationen finden Sie unter: *http://praeventionsnetzwerk.org/praeventionsnetzwerk/*

Amir Alexander Fahim

Von Salafisten und grenzenlosen Versprechen

Gedanken zur Prävention von religiös begründetem Extremismus unter Muslimen in Deutschland.

Ohne Zweifel ist das Phänomen des religiös begründeten Extremismus unter Muslimen eine sehr reale und äußerst komplexe Herausforderung für die gesamte Gesellschaft in Deutschland. Daher ist es unstrittig, dass auch Präventionsarbeit im Allgemeinen eine wichtige Säule im gemeinschaftlichen Engagement für eine demokratische und friedliche Gesellschaft ist. Dennoch lohnt sich ein Blick auf ungewollte Konsequenzen, die mit einer undifferenzierten Ausweitung der Präventionslogik und den momentan schier grenzenlosen Fördermitteln in diesem Bereich einhergehen können.

Im Folgenden soll es weder um eine fundamentale Kritik an dem Konzept von Präventionsarbeit noch um feingliedrige Kritik an gängigen Methoden oder Ansätzen von spezifischen Präventionsprojekten gehen. Vielmehr soll der Versuch unternommen werden, auf einige aus meiner Sicht problematische Spannungsfelder hinzuweisen, die dazu führen können, nicht nur die Präventionsarbeit an sich, sondern auch andere zivilgesellschaftliche Arbeitsfelder wie die politische Bildungs-, Jugend-, Empowerment- oder Antidiskriminierungsarbeit nachhaltig negativ zu beeinflussen. Als Beispiel widme ich mich den Spannungen, die bei der Kooperation zwischen Sicherheitsbehörden und zivilgesellschaftlichen Beratungseinrichtungen im Themenfeld vermehrt zu beobachten sind.

Zivilgesellschaft als Erfüllungsgehilfe der Sicherheitsbehörden?

Immer häufiger werden Kooperationen zwischen Zivilgesellschaft und Staat (meist sind damit Sicherheitsbehörden gemeint) gefordert. In der Praxis erweisen sich derartige Kooperationen jedoch oft als äu-

ßerst spannungsgeladen, was in großem Maße mit den unterschiedlichen Verständnissen von Präventionsarbeit dieser Ebenen zusammenhängt.

Vereinfacht ausgedrückt geht es Sicherheitsbehörden in ihrer Präventionsarbeit vornehmlich darum, politisch motivierte Kriminalität (von Volksverhetzung bis hin zu Terroranschlägen) zu verhindern. Auf der anderen Seite engagieren sich zivilgesellschaftliche Akteure in Aufgabenbereichen, in denen rein sicherheitspolitische Ziele traditionell überhaupt nicht vorgesehen sind. Dazu zählen die Vermittlung von Kompetenzen, die dazu befähigen, an unserem demokratischen System zu partizipieren und sich als Individuum frei zu entfalten, oder die spezifische Unterstützung bei individuellen Lebenskrisen und -(um)brüchen.

Besonders anschaulich zeigt sich der Konflikt, der sich aus unterschiedlichen Verständnissen von Präventionsarbeit ergibt, in der Kooperation zwischen Zivilgesellschaft und Sicherheitsbehörden in der Betroffenenberatung im Themenbereich des religiös begründeten Extremismus. Wie bei anderen etablierten zivilgesellschaftlichen Beratungsangeboten unterstützt auch die Extremismusberatung (zumindest wenn sie sich dem systemischen Beratungsansatz verschrieben hat) Ratsuchende darin, eigene Wege zu finden, mit den geschilderten Konflikten und Problemen umzugehen. Dass diese Beratung in höchstem Maße auf Vertrauen zwischen Beratungseinrichtung und Ratsuchenden angewiesen ist, versteht sich von selbst. Durch die Beratungen können Freunde oder Angehörige von radikalisierten Personen individuelle Umgangsformen entwickeln und damit versuchen, in Radikalisierungsprozessen deeskalierend zu wirken. Direkt Betroffene, die sich etwa aus der Szene lösen wollen, können im Rahmen der Beratung strategisch auf ihrem Weg begleitet und unterstützt werden. Hierbei ist es wichtig festzuhalten, dass der Erfolg dieser Form von Beratung primär in der subjektiv vergrößerten Handlungssicherheit für die Ratsuchenden liegt und nicht in sicherheitsrelevanten Kategorien wie dem Schutz von Bevölkerung oder staatlichen Einrichtungen.
In diesem Sinne sind unterschiedliche Verständnisse und Ziele von Präventionsarbeit nicht nur absolut legitim, sondern auch als komplementär zu verstehen – orientieren sie sich doch im Idealfall an den Aufgaben und Selbstverständnissen der jeweiligen Träger. Bedauerlicherweise scheint der sicherheitsbehördliche Fokus jedoch zunehmend zu dominieren und den systemischen, lösungsorientierten Ansatz zivilgesellschaftlicher Beratungsangebote negativ zu beeinflussen. Immer häufiger scheinen zivilgesellschaftliche Beratungsangebote lediglich als „Lieferdienste" sicherheitsrelevanter Informationen für die Sicherheitsbehörden angesehen zu werden.

Foto: iStock.com/lubilub

Zivilgesellschaftliche Präventionsarbeit am Scheideweg: Lieferdienste für Sicherheitsbehörden oder vertrauliche Hilfe für Betroffene?

Durch die vermehrte selektive Vergabe von Fördermitteln ausschließlich an diejenigen Träger, die zu Kooperationen nach Vorgaben der Sicherheitsbehörden bereit sind, besteht die Gefahr, dass die inhaltliche Unabhängigkeit und Glaubwürdigkeit von zivilgesellschaftlicher Präventionsarbeit zugunsten staatlicher Einflussnahme aufgegeben wird. Dies wäre eine fatale Entwicklung, da sich Ratsuchende in diesem heiklen Bereich zukünftig wohl zweimal überlegen würden, ob sie der entsprechenden Beratungseinrichtung Vertrauen schenken.

Ausblick (oder: die Suche nach zivilgesellschaftlicher Positionierung)

Die obigen Ausführungen haben es bereits dargestellt: Das Arbeitsfeld der Prävention von religiös begründetem Extremismus ist von einer hohen Dynamik, einer Vielzahl an Akteuren und Trägern, öffentlichen Erwartungen und (sicherheits-) politischen Forderungen geprägt.

Umso wichtiger ist es, den Prozess der Abgrenzung und Erarbeitung von Positionierungen im Bereich der Präventionsarbeit weiter zu verfolgen. Hierbei sollten ins- »

» besondere die Grenzen zivilgesellschaftlicher Präventionsarbeit nicht verschwiegen werden. Man kann nicht oft genug betonen, dass deren Akteure eben keine Sicherheitsbehörden sind und auch nicht werden sollen. Als zivilgesellschaftlicher Akteur sollte man sich nicht unkritisch auf eine Präventionslogik einlassen, die ein schier grenzenloses Sicherheitsversprechen beinhaltet, das sich vielfach kaum mit dem eigenen Selbstverständnis in Einklang bringen lässt. Zivilgesellschaftliche PädagogInnen, MultiplikatorInnen und BeraterInnen nehmen sehr wichtige und komplementäre Aufgaben wahr, die der Staat nicht ausfüllen kann – Maßnahmen zum Schutz der Bevölkerung oder Gefährdungseinstufungen von Mitmenschen gehören aus guten Gründen nicht dazu, da sie in den genuinen Bereich der Sicherheitsbehörden fallen.

Eine klare Positionierung und Aufgabenbeschreibung als Zivilgesellschaft würde zudem der durchaus existenten undifferenzierten Forderung nach einer vollständigen „Verstaatlichung von Präventionsarbeit" den Wind aus den Segeln nehmen. Für die Zivilgesellschaft heißt dies, vor allem bei der Annahme von Fördermitteln sowie bei Kooperationen mit Sicherheitsbehörden auf die methodische und inhaltliche Eigenständigkeit zu pochen.

Präventionsarbeit darf niemals zum politischen Aktionismus oder zum reinen Selbstzweck verkommen. Ebenso wenig dürfen andere zivilgesellschaftliche Aufgabenfelder wie pädagogische Arbeit, politische Bildungs-, Jugendsozial- und Empowermentarbeit, Beratungsleistungen, Antidiskriminierungsarbeit oder Jugendhilfe mit einem Sicherheitsversprechen verknüpft werden, das von Zivilgesellschaft schlichtweg nicht gehalten werden kann.

Der Ruf nach mehr Prävention sollte von Überlegungen begleitet werden, welche negativen Folgen damit verbunden sein können. Außerdem muss er mit einer Förderung der Regelstrukturen in der Jugendsozialarbeit und der politischen Bildungsarbeit einhergehen. Denn eines sollte klar sein: Unsere Jugend hat ein Recht auf diese Regelstrukturen – und zwar als demokratischen Selbstzweck und nicht aus Angst davor, dass sie ansonsten als Kämpfer beim IS landen. ■

Amir Alexander Fahim ist Leiter des Projektes *Präventionsnetzwerk gegen religiös begründeten Extremismus*, das von der Türkischen Gemeinde in Deutschland e.V. in Kooperation mit Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. durchgeführt wird. Vor dieser Tätigkeit war er unter anderem als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Islamwissenschaft an der Freien Universität Berlin beschäftigt. Als Doktorand untersucht er die Wirkungen von Sicherheitsdiskursen auf junge, in Deutschland sozialisierte Muslime.

Neues Modellprojekt der Türkischen Gemeinde in Deutschland e.V. – Online-Beratung gegen religiös begründeten Extremismus

Trotz eines hohen Beratungsangebots im Bereich des religiös begründeten Extremismus, das sich in der Bundesrepublik etabliert hat, muss festgestellt werden, dass noch immer entscheidende Zielgruppen innerhalb migrantischer Communities nicht erreicht und vielversprechende Formate nicht bedient werden.

Erfahrungen aus der Rechtsextremismus-Prävention zeigen, dass Online-Beratungsformate niedrigschwellige, akzeptierte und komplementäre Angebote zur herkömmlichen Beratungslandschaft darstellen. So ist aus den Erfahrungen und der Idee der *Online-Beratung gegen Rechtsextremismus* heraus das Vorhaben für eine Online-Beratung im Bereich des religiös begründeten Extremismus entstanden. Als niedrigschwelliges Beratungsangebot zielt die Online-Beratung darauf ab, als entscheidende Zielgruppe türkeistämmige, aber auch arabisch- und deutschstämmige Eltern und Erziehungsberechtigte zu erreichen, die sich von bestehenden Angeboten nicht angesprochen fühlen. Das Projekt soll demnach einen Beitrag zur Schließung dieser Lücke leisten. Dabei wird gerade das Potenzial dieser Personengruppe zur Erkennung und Intervention bei Radikalisierungsprozessen junger Menschen in den Fokus gerückt. Die Online-Beratung wird kostenfrei, anonym und vertraulich sein. Zudem soll sie die spezifischen religiösen, kulturellen und sprachlichen Bedürfnisse und Befindlichkeiten dieser Zielgruppe berücksichtigen. Das Angebot der Online-Beratung verfolgt den systemischen Ansatz und umfasst eine E-Mail- und Chatberatung. Ein nach Diversity-Kriterien zusammengesetztes Team aus SozialpädagogInnen, systemischen BeraterInnen, PolitologInnen und IslamwissenschaftlerInnen soll den spezifischen Bedürfnissen der Ratsuchenden gerecht werden.

Die *Online-Beratung gegen religiös begründeten Extremismus* ist ein von der EU-Kommission sowie über das Bundesprogramm „Demokratie leben!" gefördertes Präventionsprojekt. Die Projektlaufzeit hat zum 1. Oktober 2017 begonnen und endet im Dezember 2019.

Dieses Projekt wird aus Mitteln des Fonds für die Innere Sicherhiet der Europäischen Union kofinanziert

Gefördert vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

im Rahmen des Bundesprogramms Demokratie leben!

Wie man sich lokal gegen religiös begründeten Extremismus engagieren kann

Ein Interview mit Omar Kuntich.

Foto: Türkische Gemeinde in Deutschland

Omar Kuntich

Herr Kuntich, Sie sind Generalsekretär des *Bündnisses Marokkanische Gemeinde – Landesverband Nordrhein-Westfalen*. Wen vertritt Ihre Organisation?

Unsere Organisation ist eine regionale Neugründung aus dem *Zentralrat der Marokkaner in Deutschland.* Wir vertreten die marokkanischen Moscheegemeinden in Nordrhein-Westfalen. Zurzeit sind in unserem Landesverband ungefähr 43 Gemeinden organisiert. Das sind vor allem Moscheen, die religiöse Dienste anbieten. Außerdem zählen noch weitere 15 kulturelle und soziale Vereine zu unserem Bündnis, die sich in NRW für die Belange von Menschen mit marokkanischen Wurzeln einsetzen.

Mit welchem Ziel haben Sie sich zusammengeschlossen?

Wir wollen den Marokkanerinnen und Marokkanern islamischen Glaubens in unserem Land eine Stimme geben und ihre kulturellen und religiösen Interessen vertreten. Dabei sollte man nicht vergessen, dass es marokkanische Gemeinschaften hierzulande nicht erst seit gestern gibt. Vielmehr sind wir seit den Zeiten der Arbeitsmigration ein Teil dieses Landes, was sich auch daran erkennen lässt, dass bis heute die meisten marokkanisch-stämmigen Menschen in den ehemaligen Industriezentren Nordrhein-Westfalens leben. So gibt es dort mittlerweile weit über 100 – ich glaube 160 oder 170 – marokkanisch geprägte Moscheegemeinden. Unser Ziel war es deshalb, uns verbandlich zu organisieren, um uns noch mehr gesellschaftlich engagieren zu können und langfristig auch die Anerkennung zu einer Religionsgemeinschaft in Nordrhein-Westfalen anzustreben.

Sie engagieren sich in unterschiedlichsten Zusammenhängen. Von der Flüchtlingsarbeit bis zum interreligiösen Dialog: Wieso ist Ihnen gerade das Thema *religiös begründeter Extremismus* wichtig?

Das Thema ist uns sehr wichtig, weil wir gesehen haben, dass es bei manchen Jugendlichen Entwicklungen gibt, deren ein Imam oder auch die Gemeinde allein nicht Herr werden kann. Wir brauchen da Sondermaßnahmen und auch eine Professionalisierung, eine bessere Struktur, um diesem Phänomen entgegenwirken zu können. Verstehen Sie mich nicht falsch: Unsere Imame und Gemeinden versuchen schon seit Jahren etwas gegen Extremismus zu tun, doch hat sich in diesem Bereich in den vergangenen Jahren so viel getan, dass sie mittlerweile einfach etwas überfordert sind und selbst nach professioneller Unterstützung fragen. Dies betrifft gerade auch den medialen Bereich. Durch das Internet und Facebook haben Jugendliche heute ganz andere Zugänge, um Antworten auf ihre Fragen zu bekommen. Aber leider sind es oft die falschen Antworten. Wir sehen dort ein Problem und möchten es lösen. Dies geht aber nicht nur mit Ehrenamtlichen. Man braucht Fachkräfte, die unsere Strategie in der Fläche und vor Ort umsetzen. Unser Projekt *MANAR – aus Tradition tolerant* ist ein gutes Beispiel dafür, dass dies tatsächlich möglich ist.

Wie würden Sie die Ziele dieses Projekts beschreiben?

Das Projekt *MANAR – aus Tradition tolerant* basiert auf zwei Säulen. Die eine Säule besteht im Aufbau einer sogenannten *Kontaktgruppe*. Das sind zehn Jugendliche aus fünf Gemeinden – darunter übrigens auch mehrere junge Frauen –, mit denen wir versuchen, vor Ort in ihren Gemeinden Strukturen der Präventionsarbeit aufzubauen. Diese sollen sich dann außerdem mit den Kommunen vernetzen und nach Möglichkeit lokale Aktionsbündnisse und Präventionsnetzwerke aufbauen. Im Moment beteiligen sich an unserem Projekt Moscheegemeinden aus Neuss, Düsseldorf, Köln und Münster. Die Gemeinden sollen auf diese Weise zu Ansprechpartnern für die Kommunen und die lokale Bürgergesellschaft werden, um gemeinsam etwas gegen Radikalisierung tun zu können. Übrigens hat diese Arbeit rein gar nichts mit religiöser Unterweisung zu tun. Wir folgen da den Kirchen mit ihrem Konzept der *Funktionalen Trennung* von religiösen und gesellschaftlichen Aktivitäten.

Die Arbeit mit religiösen Funktionsträgern, unseren Imamen, bildet die andere Säule des Projekts. So werden diese durch Fortbildungen weiter für das Thema Extremismus sensibilisiert und es wird gemeinsam mit ihnen über mögliche Handlungsstrategien nachgedacht. Dabei wollen wir übrigens auch historische Inhalte sowie Informationen über das soziale Leben und das politische System in Deutschland vermitteln. Die Imame treffen sich alle drei Monate und tauschen sich aus. Außerdem finden Workshops statt. Unser Ziel wird es dann sein, die Jugendlichen der *Kontaktgruppe* mit den Imamen zusammenzubringen, um mittel- bis langfristig einen generationsübergreifenden Austausch zum Thema zu gewährleisten. Uns »

» ist es wichtig, dass auch die Imame sich als ständig Lernende begreifen. Denn es nutzt nichts, wenn jemand die Gemeinde nur religiös leitet. Er muss deren Mitglieder auch verstehen können. Die Jugendlichen, die hier sozialisiert und aufgewachsen sind, haben in der Regel eigene Vorstellungen vom gesellschaftlichen Leben, die sich von denen so mancher Imame durchaus unterscheiden. Dort versuchen wir eine Brücke zu bauen und auf allen Seiten die Sensibilität zu erhöhen, was sich – so Gott will – auch in den Predigten und dem Miteinander in unseren Moscheen und außerhalb niederschlagen wird.

Und warum ist gerade die lokale Vernetzungsarbeit für erfolgreiche Präventionsarbeit wichtig?

Weil die Arbeit in der Kommune, lokal und direkt mit den Menschen, gemacht werden muss. Wenn wir zwei junge Menschen aus- und fortbilden und sie gute Jugendprojekte vor Ort entwickeln, wenn sich Jugendliche in den Gemeinden zusammentun, dann öffnet das auch die Gemeinde insgesamt. Die Stadt und ihre Bewohner werden dann einen anderen Blick auf die Moschee entwickeln. Man wird die Moschee als einen zivilgesellschaftlichen Akteur sehen und nicht mehr als potenzielle Gefahr. Auch die Stadt kann von dieser Öffnung nur profitieren. Andererseits erwirbt sich unsere Moscheegemeinde auf diese Weise einen guten Ruf und damit eine Marke, die sie präsentieren kann. Sie kann sagen: „Wir sehen hier ein Problem, aber wir haben Lösungsansätze. Wir haben Sachen, die gut funktionieren." Sie muss sich nicht nur erklären, sondern kann auch präsentieren.

Apropos „gut funktionieren": Wann würden Sie sagen, dass die Arbeit erfolgreich war? Woran erkennen Sie den Erfolg eines Präventionsprojektes?

Ich erkenne es daran, dass die Jugendlichen an den Empowerment-Fortbildungen teilgenommen haben. Es ist nämlich nicht selbstverständlich, junge Menschen an einem Samstag und Sonntag zur Teilnahme an einer Fortbildung zu motivieren. Sie haben begeistert mitgemacht, sie haben andere Einblicke bekommen, die sie vorher nicht hatten. Viele haben jetzt angefangen, mit Diskriminierungen und Benachteiligungen anders umzugehen, und kommunizieren das auch verbal. Ich erkenne es außerdem, wenn ich sehe, dass diese jungen Menschen beginnen vor Ort Strukturen der Jugend- und Präventionsarbeit aufzubauen und die Kommune bereit ist, dies strukturell zu unterstützen. Bei der Stadt Neuss zum Beispiel hat der Koordinator ein Projekt für ein Frauencafé beantragt. Muslimische Frauen der Gemeinde sollen sich dort mit anderen jungen Frauen treffen und austauschen können. Der Impuls hierfür ging vom Projekt *MANAR* aus. So etwas anzugehen, ist ganz einfach: Man sagt, in unserem Landesverband gibt es dieses Projekt und wir möchten für unsere Gemeinde ein lokales Vorhaben beantragen. In Dortmund zum Beispiel sollen auf diese Weise eventuell Sprachkurse für Imame, die in der Gemeinde arbeiten, finanziert werden. Dieses Projekt ist ein Glück, ich sehe die Nachhaltigkeit. Die Bundesmittel sind richtig angelegt und die Kommune arbeitet weiter mit dem, was wir initiiert haben.

Das klingt alles sehr nett, aber Terroranschläge werden Sie damit wahrscheinlich nicht verhindern.

Terroranschläge will natürlich niemand. Aber das ist ein globales Problem, das wir mit unseren begrenzten Mitteln nicht werden lösen können. Wenn wir präventiv arbeiten, dann bedeutet das vor allem Aufklärungsarbeit und Kooperation. Ich habe in den Projektantrag auch nicht geschrieben, dass ich Terroranschläge verhindern könnte. Das würde so auch nicht stimmen. Das Projekt *MANAR* ist lediglich unser bescheidener Beitrag, um für das Thema ein größeres Bewusstsein zu schaffen. Wir hoffen damit die Jugendlichen und Gemeinden, die wir erreichen können, dafür zu sensibilisieren, dass sie dieses Land als ihr Land ansehen und sich für den gesellschaftlichen Frieden einsetzen. Das ist für mich wichtig.

Welche Rolle kann in der Arbeit die Auseinandersetzung mit geschichtlichen Themen spielen?

Eine sehr große Rolle. In jedem Land, in dem man lebt, muss man sich auch mit der Geschichte des Landes auseinandersetzen. Wenn man diese Geschichte nicht oder kaum kennt, dann hat man ein Problem, sich in dieser Gesellschaft zurechtzufinden. Denn es gibt bestimmte historisch bedingte Sensibilitäten, bei denen die Mehrheitsgesellschaft eine rote Linie sieht, aber unsere Jugendlichen nicht, weil sie historisch nicht aufgeklärt worden sind. Auch die Imame bemerken in ihrer historischen Ausbildung, dass sie die deutsche Geschichte nicht so sehr behandelt haben wie die Kolonialgeschichte oder die Geschichte des Herkunftslandes. Historische Elemente in der Präventionsarbeit sind sehr wichtig.

Welche Unterstützung würden Sie sich von Seiten des Staates und der Gesellschaft für Ihre Projektarbeit wünschen?

Wir sind noch relative Neulinge was das Thema *Prävention* angeht. Unsere Arbeit ist also noch nicht überall auf dem Standard, den wir gern sehen würden. Wir probieren vieles aus, schauen, was funktioniert und was nicht so gut klappt. Deshalb würde ich mir wünschen, dass die Politik oder der Staat, auch wenn mal etwas nicht so läuft, wie geplant, trotzdem hinter seinen Kooperationspartnern steht. Wir als Träger wünschen uns also mehr Vertrauen, mehr Rückhalt und auch mehr Unterstützung von der Politik. Von der Zivilgesellschaft wünschen wir uns, dass sie sich öffnet und die Vorurteile gegen junge Muslime, die leider da sind, bekämpft, indem sie unsere Gemeinden besucht und in einen Dialog mit diesen tritt. Das fängt aber auch schon mit den muslimischen Nachbarn an, das muss nicht gleich die Moschee sein. Fragen, die man über den Islam, unseren Alltag oder die Menschen selbst hat, sollte man den Menschen direkt stellen und somit letztendlich Vertrauen aufbauen. Denn nur so können wir eine starke Gesellschaft aufbauen, die sich gegen den Rechtsruck und Rechtspopulismus behaupten kann.

Herr Kuntich, wir bedanken uns für das Gespräch. ■

Das Interview führte Ramzi Ghandour.

Ramzi Ghandour

„Lasst uns froh und munter sein“

Kulturelle Aneignung als Strategie extremistischer Propaganda.

Ich weiß nicht, wie es Ihnen geht, aber ich persönlich mag die Weihnachtszeit. Überall riecht es nach Zimt und Nelken. Man isst Plätzchen und Lebkuchen und selbst die sonst so grummeligen Bewohner unserer Hauptstadt kommen einem beinah sympathisch vor. Eine weitere Besonderheit dieser Zeit ist die Musik. Und dabei meine ich nicht nur den kitschigen Weihnachtspop á la *Last Christmas* oder *Jingle Bells*, den die Radiosender alle Jahre wieder aus der Mottenkiste holen; mir geht es um richtige Weihnachtslieder. Solche, die die meisten von uns aus ihrer Kindheit kennen und von denen man immer mindestens (und manchmal auch nur) die erste Zeile mitsingen kann. Lieder wie *Stille Nacht, heilige Nacht!, Süßer die Glocken nie klingen* und *O du fröhliche*. Für mich gehören Weihnachtslieder wie diese einfach zur Adventszeit. Sie sind Teil unserer Kultur. Einer Kultur, die zwar christlich geprägt ist (immerhin geht es um Weihnachtslieder), aber sich keinesfalls nur auf diese Prägung reduzieren lässt, denn – zumindest bei uns – wird sie von den christlichen wie den nicht christlichen Familienmitgliedern gleichermaßen gepflegt. Diese Kultur ist offen. Sie verbindet.

Doch wem gehört dieses Kulturerbe? Und wer darf entscheiden, wie man „richtig“ oder „angemessen“ damit umgeht? Vielleicht sind dies nicht die ersten Fragen, die einem typischerweise beim Thema Weihnachtslieder in den Kopf kommen, doch werden sie spätestens dann relevant, wenn Leute versuchen, eine solche Tradition in einen anderen als den ursprünglichen Kontext zu rücken und für politische Ziele zu missbrauchen. Ein Beispiel für einen solchen Fall wäre die rechtspopulistische PEGIDA-Bewegung, die genau dies tut und alljährlich ihre Anhänger dazu aufruft, gemeinsam Weihnachtslieder gegen die angebliche „Islamisierung“ Europas zu singen. Ich weiß nicht, wie es Ihnen geht, aber mich macht so etwas wütend. Ich finde so etwas geschmacklos und einfach nur falsch. Doch woher kommt dieses Gefühl? Was hat es denn mit mir zu tun, wenn sich Leute, die ich nicht kenne und mit denen ich nichts zu tun haben will, treffen, um draußen bei Schnee und Regen Weihnachtslieder zu singen? Im Prinzip könnte einem das doch auch einfach egal sein. »

Wem gehört Kulturerbe? Und wer darf entscheiden, wie man „richtig“ oder „angemessen“ damit umgeht?

Foto: Frida Gabot, pixabay.com (frstr23)

» Es ist aber eben nicht egal. Denn was die PEGIDisten da tun, kommt nicht nur einem Missbrauch von Kultur, sondern eben auch deren bewusster Veränderung und Umdeutung („Weihnachtslieder gegen Islamisierung") gleich. Man instrumentalisiert, manipuliert und deutet manchmal bis zur Unkenntlichkeit um, sodass an die ursprüngliche Bedeutung eines bestimmten Wortes oder Brauchs nicht mehr angeknüpft werden kann. Andere Beispiele für dieses Phänomen wären die gezielte Umdeutung von Begriffen wie *Heimat* und *Identität* oder der sogenannten *Wirmer*-Flagge durch die „Neue Rechte". All dies sind Formen *kultureller Aneignung* und können im schlimmsten Fall dazu führen, dass sich andere Menschen dazu genötigt fühlen, ihre Lebensweise zu ändern und eigene Traditionen aufzugeben. Aber bitte keine Panik: Mir ist noch nicht zu Ohren gekommen, dass man in Dresden als Reaktion auf PEGIDA jetzt nicht mehr *Stille Nacht* singen würde.

Auch ganz allgemein gehört *kulturelle Aneignung* zu den Lieblingsmethoden und Strategien im Werkzeugkasten extremistischer Bewegungen. Als zahlenmäßig marginale Gruppen versuchen sie so Debatten zu prägen, auf sich aufmerksam zu machen und sich als „Stimme der schweigenden Mehrheit" in Szene zu setzten. Doch während die meisten von uns diese Strategie leicht durchschauen können, insofern es etwa um die Instrumentalisierung von Marx, Engels oder Che Guevara durch linksextreme Gruppen und den Missbrauch der Deutschlandflagge durch Neonazis geht, tun sich viele Menschen schwer damit, Ausdrucksformen muslimischer Religiosität von extremistisch-islamistischer Propaganda zu unterscheiden. Dies ist allerdings höchst problematisch, da man genau so der beschriebenen Strategie von Extremisten auf den Leim geht, eine Minderheit als repräsentativ ansieht und deren missbräuchliche Verwendung von kulturellen Ausdrucksformen als authentisch anerkennt. In der Sprache der Werbe- und Marketingindustrie würde man hier von einem Musterbeispiel von *Branding* sprechen, also der assoziativen Verknüpfung einer Marke mit bestimmten Bildern oder Gefühlen. Im islamistischen Bereich hat dies vor allem die salafistische Szene erkannt und arbeitet mit beispielloser Professionalität und Zielstrebigkeit am Ziel eines Marken-*Brandings*. So werden heute im Grunde unpolitische Ausdrucksformen muslimischer Religiosität von vielen Menschen in Europa als Anzeichen einer extremistischen Haltung interpretiert. Zum Teil kann man es ihnen nicht einmal zum Vorwurf machen, denn wie beschrieben ist es expliziter Teil der Strategie von Extremisten, Kultur zu politisieren, für die eigenen Zwecke zu missbrauchen und so bewusst die Grenzen zwischen Mehrheit und Minderheit, Norm und Abweichung zu verwischen.

Dies beginnt bereits beim Namen der Bewegung, die sich mit der Bezeichnung *Salafisten* auf die sogenannten *Altvorderen* (arab.: *As-Salaf as-Salih*), also die islamische Urgemeinde zur Zeit des Propheten Muhammad und seiner direkten Nachfolger bezieht. Allein dadurch wird ein Anspruch auf Ursprünglichkeit und vermeintliche Authentizität ihrer Botschaft ausgedrückt. Doch tatsächlich lehnen Salafisten einen Großteil der islamischen Geistestradition ab und verdammen sie als „unerlaubte Erneuerung" in der Religion. Doch sollte ihnen dieser Anspruch nicht – oder zumindest nicht exklusiv – zuerkannt werden, denn natürlich beziehen sich auch alle traditionellen islamischen Strömungen, Sunniten wie Schiiten, auf die islamische Frühzeit. Der einzige, aber durchaus gewichtige Unterschied besteht in der Art und Weise, wie diese Geschichte und die Texte, die uns aus dieser Zeit erhalten sind, von den geistlichen Autoritäten der jeweiligen Strömung interpretiert werden. Aus traditionell-islamischer Sicht würde man argumentieren, dass der Erhalt eines möglichst authentischen Verständnisses dieser Zeit und ihrer Schriften eine der Hauptmotivationen und Antriebe für die Entstehung der verschiedenen islamischen Lehrtraditionen war. Der Salafismus, welcher in seiner heutigen Form erst im 19. Jahrhundert als Reaktion auf Kolonialismus und Modernisierung entstand und heute den ideologischen Unterbau eines Großteils der schlagzeilenmachenden Terrororganisationen liefert, hätte aus dieser Perspektive also keinerlei Anspruch darauf, sich als „der ursprüngliche Islam" auszugeben.

Doch auch ganz praktisch bedienen sich salafistische Gruppen mit einer Art „Supermarkt-Mentalität" aus dem reichen Fundus muslimischer Bräuche, Erzählungen und Traditionen. Man nimmt, was einem nützt und gefällt, ignoriert, was einem nicht passt, und setzt das Gefundene nach eigenem Gutdünken ein. Der ursprüngliche Kontext und Sinnzusammenhang wird dabei meist geflissentlich ignoriert. Ein Beispiel hierfür ist der arabische Ausspruch *Allah akbar* (wörtlich: *Gott ist größer*), den viele Menschen hierzulande nur im Zusammenhang mit Terroranschlägen kennen und als Markenzeichen islamistischer Gewalt deuten. Dabei verwenden ihn praktizierende Musliminnen und Muslime allein während der fünf täglichen Gebete über 85 Mal. Daneben kommt er auch im Gebetsruf (dem islamischen Äquivalent zum christlichen Glockenleuten) oder auch als mehr oder weniger religiöse Floskel in der Alltagssprache von Muslimen vor, sei sie Deutsch, Türkisch, Englisch oder Arabisch. Man könnte die Liste von Beispielen hierfür nach Belieben fortsetzen: Vom *Siegel des Propheten* über den *Schahâda-Finger* bis zur historischen Institution des Kalifats, das für viele Muslime durchaus positiv konnotiert ist, ohne dass dies bedeuten würde, dass sie es sich als politische Herrschaftsform im Hier und Jetzt zurückwünschen. Fast nichts, was gläubigen Musliminnen und Muslimen an Traditionen oder historischen Bezügen lieb und teuer ist, scheint also sicher vor Aneignung und Instrumentalisierung durch salafistische Gruppen. Doch was tun? Wie soll man Nichtmuslimen und jungen oder neupraktizierenden Muslimen den Unterschied zwischen religiöser Tradition und politischer Instrumentalisierung klarmachen?

Eine Strategie, die gerade muslimische Dachverbände über lange Zeit in Bezug auf dieses Thema verfolgt haben, war die der totalen Abgrenzung und Distanzierung. So wurden im Zusammenhang mit extremistischer Gewalt von Seiten einiger Verbandsvertreter immer wieder Sätze formuliert wie „Das hat nichts mit dem Islam zu tun" oder „Islam bedeutet Frieden und ist schon deswegen nicht mit Gewalt vereinbar". Zwar verdient diese Position meiner Meinung nach durchaus Respekt, da sie dem ehrlichen Wunsch nach einem friedlichen Zusammenleben aller Menschen Ausdruck verleiht, doch ist sie leider inhaltlich kaum

zu belegen und bei genauerem Hinsehen auch wenig überzeugend. Denn genau über das Phänomen einer politischen Instrumentalisierung von Religion lässt sich nicht sprechen, wenn man verzweifelt zu beweisen versucht, dass der sogenannte *Islamische Staat* oder *Al-Qa'ida* nichts mit dem Islam zu tun hätten. Die nächste Argumentation, die man zum Teil noch heute und übrigens nicht nur unter muslimischen Vertreterinnen und Vertretern findet, ist die, dass Extremisten ein falsches Verständnis der heiligen Texte hätten und deswegen nur mit der „richtigen" Interpretation vertraut gemacht werden müssten. Das Problem dieses Arguments ist, dass man darauf keine sinnvolle Präventionsarbeit aufbauen kann. Denn einerseits führt es zu einer Überfokussierung der Diskussion auf religiöse Texte, was einen Großteil der Menschen (Muslime wie Nichtmuslime) aufgrund mangelnder Sprach- und Methodenkenntnisse schlichtweg überfordert und so von der Diskussion ausschließt. Andererseits wird dadurch der religiöse Anspruch extremistischer Gruppierungen unfreiwillig bestätigt und deren durch und durch diesseitsbezogene politische Motivationen geraten aus dem Blick.

Stattdessen erscheinen mir solche Präventionsansätze vielversprechend zu sein, die sich explizit dem Thema *Instrumentalisierung von Religion* widmen und über die politischen Ziele sowie die Propaganda extremistischer Gruppen aufklären. Ein Beispiel für eine Veranstaltung mit eben dieser Zielsetzung war ein Workshop mit jugendlichen (mehrheitlich, aber nicht ausschließlich muslimischen) Teilnehmerinnen und Teilnehmern, die der *Zentralrat der Muslime in Deutschland* im Rahmen seines Engagements im *Präventionsnetzwerk gegen religiös begründeten Extremismus* durchgeführt hat. Im Mittelpunkt der Veranstaltung stand die Auseinandersetzung mit religiösen Gesängen und damit, wie diese heute von Extremisten zur Mobilisierung vor allem junger Menschen eingesetzt werden. Indem die Referenten auch auf die ursprüngliche Bedeutung der islamischen Gesangstradition eingingen und sogar eine Gruppe von Sängern engagiert wurde, die einige klassische Stücke vortrugen, konnte der Unterschied zwischen religiöser Andacht und politischer Vereinnahmung ganz praktisch vor Augen geführt werden. Besonders gut dabei war, dass man sich nicht in theologischen Diskussionen verstrickte, sondern an sehr konkreten Beispielen aufzeigte, wie Aneignung, Umdeutung und Instrumentalisierung in der Realität funktionieren. So fiel den Teilnehmerinnen und Teilnehmern beispielsweise auf, dass die Texte moderner salafistischer Gesänge – im Gegensatz zu den traditionellen Originalen – so gut wie nie vom Propheten Muhammad oder auch nur Gott handeln (ein interessanter Punkt, bedenkt man den religiösen Anspruch dieser Gruppen) und stattdessen einzig den Kampf gegen Andersdenkende und die eigene Ideologie glorifizieren würden. Auch bemerkten sie die musikalischen Anleihen bei moderner westlicher Musik sowie den hohen technischen Standard, mit dem die Titel produziert wurden, was auf eine gezielte Verwendung als Propagandamaterial hindeutet.

Fazit der Veranstaltung war, dass den Extremisten – sei es der PEGIDA in Dresden oder den Salafisten in Duisburg und ar-Raqqa – nichts zu heilig ist, um nicht für die eigenen Ziele herhalten zu müssen. Sich dies bewusst zu machen und Menschen zu Wort kommen zu lassen, die andere Geschichten zu erzählen haben, ist ein Weg, solchen Leuten den alleinigen Anspruch auf die Deutung unseres gemeinsamen kulturellen Erbes streitig zu machen, und somit ein wirksamer Beitrag zum Erhalt einer offenen und verbindenden Kultur. ■

Ramzi Ghandour ist Wissenschaftlicher Referent bei Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. und einer der Koordinatoren des *Präventionsnetzwerks gegen religiös begründeten Extremismus*.

Hinweis:

Demokratie geschichten

In Kürze geht unser Blog Demokratiegeschichten online.
Mehr dazu in der nächsten Ausgabe dieser Zeitschrift.
In der Zwischenzeit, gucken Sie doch schon mal rein:
www.demokratiegeschichten.de

Liebe Mitglieder von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.,

zur Vereinfachung unserer Abläufe wird es für uns immer wichtiger, Sie per E-Mail erreichen zu können. Aus diesem Grunde wären wir Ihnen sehr dankbar, wenn Sie uns Ihre aktuellen Mailadressen mitteilen würden. Über eine kurze Mail an info@gegen-vergessen.de würden wir uns sehr freuen.

Ihr Team von Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V.

Ekin Deligöz

Eine Reise nach Malyj Trostenez, Belarus

Es gibt manchmal Reisen, bei denen völlig klar ist, wohin die Reise geht – aber nicht, worauf man sich einlässt. So eine Reise fand für mich als Begleitung des Bundespräsidenten Frank-Walter Steinmeier am Freitag, dem 29. Juni 2018 statt.

Der Zielort: Malyj Trostenez – Kleines Trostenez. Es ist eine von Wald umgebene Siedlung am Rande von Minsk in Belarus. Malyj Trostenez' Geschichte während der nationalsozialistischen Verbrechensherrschaft ist in Deutschland kaum bekannt, auch als heutiger Ort der Erinnerung ist es nicht im Bewusstsein. Dabei befand sich dort die größte Massenvernichtungsstätte der Nazis auf dem Gebiet der früheren Sowjetunion. Internationale Forscher sprechen von 60.000 Ermordeten, russische Historiker gar von über 200.000 Opfern. Gesichert ist zumindest die Tatsache, dass seinerzeit ein Viertel der Einwohner Weißrusslands durch die deutschen Besatzer getötete wurde. 2014 fand die Grundsteinlegung für die Gedenkstätte statt. Die Einweihung des zweiten Bauabschnitts im Juni 2018 war Anlass für diesen Besuch des deutschen Bundespräsidenten.

Fotos: Ekin Deligöz

Die Präsidenten von Belarus, Deutschland und Österreich eröffneten im Juni 2018 den zweiten Abschnitt der Gedenkstätte Malyj Trostenez: Alexander Lukaschenko, Frank-Walter Steinmeier, Alexander van der Bellen (von links).

Gemeinsam mit dem Präsidenten von Belarus Alexander Lukaschenko und dem österreichischen Bundespräsidenten Alexander Van der Bellen sowie hochrangigen Gästen aus Polen, Tschechien und Israel wird an diesem heißen Sommertag der zweite Bauabschnitt auf dem Gelände der ehemaligen Erschießungsstätte im Wald von Blagowschtschina eröffnet. Die Begleitdelegation von Bundespräsident Steinmeier setzt sich aus Historikern, Journalisten, Abgeordneten sowie namhaften Persönlichkeiten zusammen wie Dr. Carsten Sieling für den Bremer Senat, Matthias Platzeck für das IBB-Kuratorium, Wolfgang Ischinger für die Sicherheitskonferenz, um nur einige zu nennen.

Leider landet unser Flugzeug am Morgen verspätet in Minsk. So kommt es, dass wir gleich nach der Landung etwas gehetzt die für uns frei gehalten Plätze einnehmen. Es ist, als ob wir als Delegation aus Deutschland trainiert seien, dem Ablaufchaos vor Ort eine Ordnung zu verleihen, um uns dem Anlass entsprechend gebührend zu verhalten. Erst auf den zweiten Blick bemerke ich, dass ein großer Chor an der Seite steht. Er muss sich schon vor Stunden dort platziert haben, ebenso die zahlreichen jungen Frauen in traditionellen Gewändern um die Bühne herum.

Junge Frauen in weißen Gewändern lassen Tauben fliegen.

Die Reden starten, es ist heiß, die Menschen um uns herum haben kaum Schatten. Sie stehen dicht gedrängt an den Absperrungen, die sie von den Gästen aus dem Ausland trennen. Eine der jungen Damen wird im Hintergrund ohnmächtig und geräuschlos weggebracht. Die Bühne, die Gäste, konzentriert auf die Reden, nehmen das nicht wahr. Wir sind umringt – und ich frage mich, von wem eigentlich? Von Menschen aus der Region? Von Verwandten derjenigen, die hier ihr Leben verloren haben? Ich versuche aufzustehen, um meinen Sitzplatz einer älteren Dame zu überlassen, der das lange Stehen offensichtlich schwerfällt. Ich werde aber von den Sicherheitskräften gleich wieder auf meinen Platz beordert, mit nonverbaler Deutlichkeit. Es ist beschä-

Ekin Deligöz mit dem ehemaligen österreichischen Bundespräsidenten Heinz Fischer und seiner Frau Margit (von links). Margit Fischers Großmutter wurde von den Nationalsozialisten nach Malyj Trostenez deportiert und vermutlich dort ermordet.

mend. Ich, die so sehr dazu erzogen wurde, älteren Menschen respektvoll zu begegnen. Die Vermutung, dass die Dame im Gegensatz zu mir etwas Erlebtes mit diesem Ort verbindet, belastet mich. Hat sie jemanden verloren? Ihre Eltern, Großeltern? Hat sie den Ort hier überlebt? Ich werde es nicht erfahren. Dass wir dennoch ein Lächeln austauschen und dass sich letztendlich jemand aus den hinteren Reihen einfach einen Stuhl schnappt und ihr bringt, versöhnt mich halbwegs mit dieser Situation.

„Ich versichere Ihnen, wir werden diese Verantwortung auch gegen jene verteidigen, die sagen, sie werde abgegolten durch verstrichene Zeit." Mit Blick auf diese Vergangenheit und unsere Verantwortung für die Zukunft gibt Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier dieses Versprechen im Namen von uns allen Deutschen und in Deutschland lebenden Menschen ab! Wir alle sind das Volk, wir alle sollten aufstehen für Menschlichkeit, gegen das Vergessen, gegen Populismus und gegen den Hass! Es ist auch dieser Ort und es sind diese Menschen, die heute hier versammelt sind, die das mahnen!

Sehr gern würde ich mich mit den Anwesenden unterhalten, aber die Sprachbarriere und die Sitzordnung trennen uns, den ganzen Tag über. Doch dann gibt es den einen Moment. Nach der Kranzniederlegung am Gedenkstein begrüße ich den österreichischen Präsidenten und seine Frau. Er lässt sich von mir berichten, wie es uns derzeit im Parlament ergeht, was da los ist mit CSU und CDU – ein kurzes Gespräch unter Parteifreunden, sofort eingetaucht in das grüne vertraute „Du" und ein Geschenk. „Kennst du Herrn Heinz Fischer und seine Frau? Bundespräsident a. D. aus Österreich?" Ich kenne ihn selbstverständlich. Noch viel mehr sollte der heutige Tag aber seiner Frau gewidmet sein.

Margit Fischer wurde als Margit Binder im Juni 1943 in Stockholm geboren. Ihre Eltern Anni und Otto Binder waren vor der Nazidiktatur von Österreich nach Schweden emigriert und übersiedelten 1949 mit ihrer sechsjährigen Tochter zurück nach Wien. Margits Großmutter war von Wien nach Malyj Trostenez deportiert worden. Dort verloren sich dann ihre Spuren. Eine Wiener Schule ging ihrer und ähnlichen Lebensgeschichten nach. An die Baumstämme in Malyj Trostenez sind zur Erinnerung gelbe Papierseiten mit Namen und Lebensdaten von Menschen gepinnt, die wie Margit Fischers Großmutter hierher deportiert wurden und dann nicht mehr auffindbar waren. Erschossen an diesem Platz?

Aus den Augen der 75-Jährigen fließen Tränen. Im Hintergrund singt ein Chor, verstärkt durch Bässe aus einem Lautsprecher. Auf der Wiese befinden sich junge Frauen in weißen Gewändern, andere lassen Tauben fliegen. Dramaturgie des Erinnerns. Es werden beeindruckende Reden gehalten an diesem Tag. Aber all das erscheint unwirklich in dem Moment, als ich mit Margit Fischer an einem Baum vor einem gelben Blatt Papier stehe. Ihre Erinnerungen zu teilen, die Verantwortung zu spüren, aus der Geschichte zu lernen. „Wissen Sie", sagt sie, „diese Zeit ist kein ‚Vogelschiss der Geschichte'."

Ob denen, die so die NS-Zeit bezeichnen, bewusst ist, was sie damit anrichten? Wie viele Menschen sie damit treffen? Wie verantwortungslos sie die Sprache der Täter jeden Tag ein Stück in dieser Gesellschaft austesten?
Menschen, die all den Schrecken erlebt haben, sind es, die uns immer wieder mahnen, die uns mit wenigen Worten beeindrucken und uns der Verantwortung gewahr werden lassen. Was wird passieren, wenn es sie nicht mehr gibt? Können Orte diesen Auftrag übernehmen? Ja, das können sie, wenn sie präsent sind im Bewusstsein, wenn sie diese mahnenden Sätze an die nächsten Generationen weitergeben. Orte, die klarmachen, dass sich Geschichte immer wiederholen kann.

Der Kampf um die Interpretation der Erinnerung dieser Orte, um das Verständnis dieser Erfahrungen, der Kampf um unsere zivilen Grundwerte, um den Verfassungspatriotismus hat längst angefangen in diesem Land. Lassen Sie uns in unserem Verein einen Weg finden, das zu verteidigen. Ich nehme aus dem Augenblick auf dieser Reise mit, dass es wichtig ist, sich auf die Verantwortung einzulassen. Es wird anstrengend, aber eine Alternative dazu gibt es nicht. ■

An die Baumstämme sind zur Erinnerung gelbe Papierseiten mit Namen und Lebensdaten von Menschen gepinnt, die nach Malyj Trostenez deportiert worden waren.

Ekin Deligöz ist Mitglied des Deutschen Bundestages und stellvertretende Vorsitzende von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.

Winfried Nachtwei

Geschichte des Vernichtungsorts Malyj Trostenez

Ab dem Frühjahr 1942 entwickelte sich Malyj Trostenez zur zentralen Vernichtungsstätte im Raum Minsk. Dort und in den umliegenden Wäldern ermordeten Männer der Sicherheitspolizei und des Sicherheitsdienstes Minsker Juden sowie nach Weißrussland deportierte deutsche, tschechische und österreichische Juden, außerdem Tausende sowjetische Kriegsgefangene und weißrussische Partisanen (tatsächliche und vermeintliche). An der Eröffnungsfeier des zweiten Bauabschnitts der Gedenkstätte am 29. Juni 2018 nahmen außer Ekin Deligöz auch Monika Graulich, Sprecherin der Regionalen Arbeitsgruppe Mittelhessen, sowie Vorstandsmitglied Winfried Nachtwei teil. Auf seiner Homepage erklärt Winfried Nachtwei die einzelnen Abschnitte des historischen Ortes. Der Text wird hier in Auszügen abgedruckt.

Der Komplex von Malyj Trostenez liegt am südöstlichen Stadtrand von Minsk (zur Kriegszeit zwölf Kilometer von Minsk entfernt) beidseitig der vierspurigen Straße nach Mogiljow und besteht aus mehreren Teilen. Auf der Westseite (heute erkennbar an hohen Kraftwerkskaminen im Hintergrund) befand sich zwischen einer Bahnlinie im Westen und dem Dorf Malyj Trostenez im Osten ab Juni 1942 auf dem Gelände der ehemaligen Kolchose „Karl Marx" ein dem Kommandeur der Sicherheitspolizei unterstelltes SS-Gut und Zwangsarbeiterlager. Hier hatten 200 bis 900 Häftlinge für die deutschen Besatzer zu produzieren. Bewacht wurden sie von lettischen Freiwilligen, später auch von Volksdeutschen, Ukrainern und Belarussen.

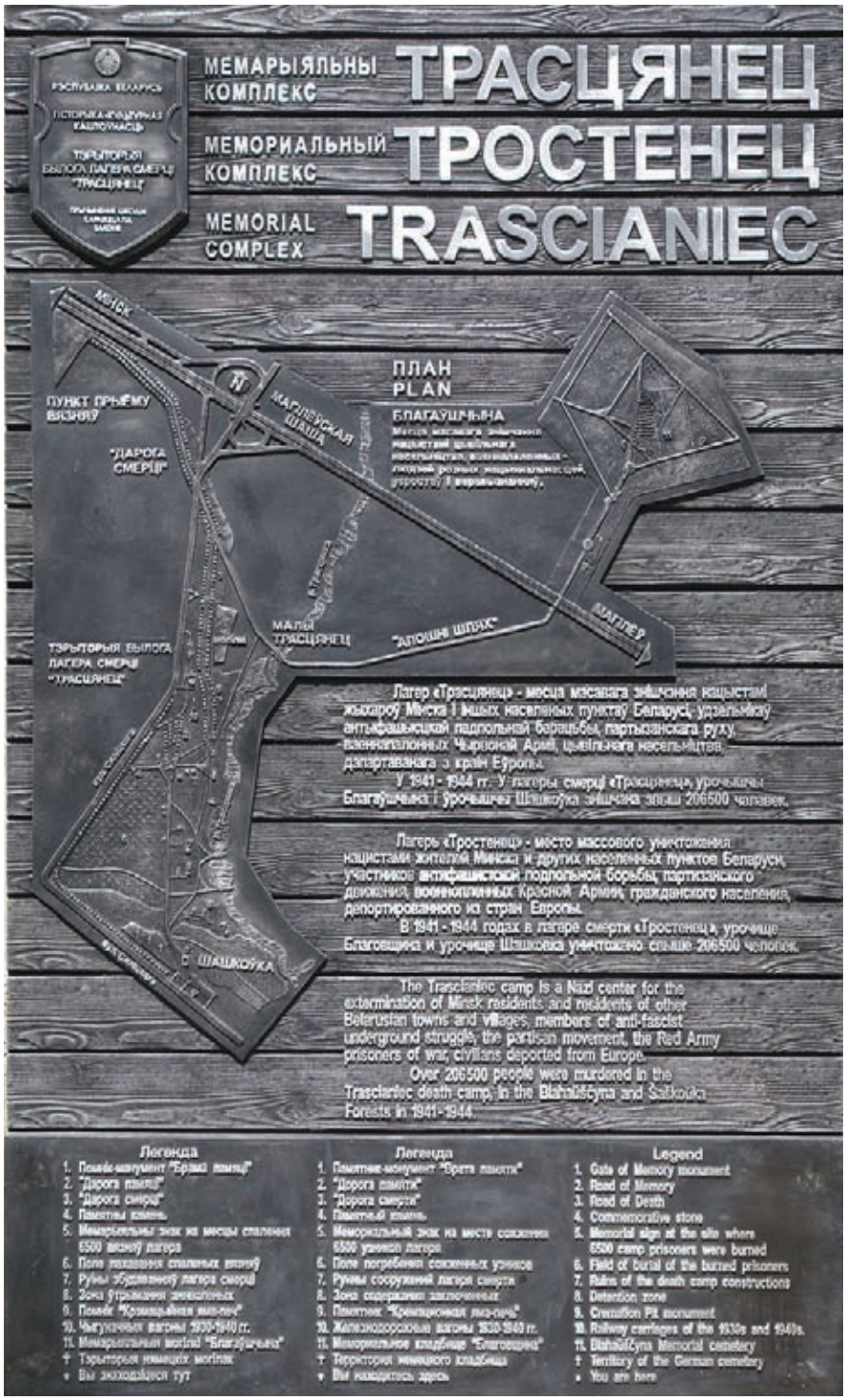
Fotos: Winfried Nachtwei

Die Massengräber mit eingelassenen Grabplatten ohne Namen. Die Oberfläche überdeckt einen Boden mit der Asche und den Überresten von Zehntausenden in Malyj Trostenez ermordeten, verscharrten, exhumierten und verbrannten Menschen.

Südlich an die Baracken anschließend im Waldstück von Schaschkowka befand sich ab Oktober 1943 eine Anlage, wo Tausende Leichen verbrannt wurden und auch Erschießungen stattfanden. Nördlich der Baracken stand eine Scheune, in der am 29. Juni 1944, kurz vor Eintreffen der Roten Armee, über 100 Lagerhäftlinge und über 6.000 andere Opfer ermordet wurden. Auf diesem Areal wurde am 22. Juni 2015 der erste Abschnitt der Gedenkstätte eröffnet. In ihrem Zentrum die etwa zehn Meter hohe „Pforte der Erinnerung": ausgemergelte Häftlingsgestalten, mit Stacheldraht an Barackenplanken gefesselt. Zu einer Seite anschließend symbolisieren niedrige Steinmauern den Grundriss der früheren Baracken.

Auf der Ostseite der Straße unweit des Dorfes Bolschoj Trostenez: das Waldstück von Blagowschtschina, ab September 1941 der zentrale Vernichtungsort. Hier wurden die Kinder, Frauen und Männer zu den vorbereiteten Gruben getrieben und erschossen. Ab Juni 1942 ist der Einsatz mehrerer „Sonderwagen" belegt: Es waren Lkws mit einem luftdichten Aufbau, in den 50 bis 100 Menschen gezwängt und über die eingeleiteten Motorabgase vergast wurden. Im Juli 1942 wurden 10.000 Ghettoinsassen, die als „arbeitsunfähig" eingestuft waren, nach Blagowschtschina gebracht. Die Mehrheit starb schon in den Gaswagen. Ab August 1942 kamen die Züge mit den „Reichsjuden" an einem provisorischen Bahnhaltepunkt direkt in Blagowschtschina an.

Am 14. Juli 1944, zwei Wochen nach Rückeroberung durch die Rote Armee, traf die Außerordentliche Kommission zur Untersuchung der NS-Verbrechen in Blagowschtschina ein und entdeckte 34 Massengräber voller menschlicher Überreste und Asche. Nach Öffnung einiger Massengräber schätzte die Kommission die Zahl der in Blagowschtschina Ermordeten auf etwa 150.000, der bei Schaschkowka verbrannten Menschen auf 50.000. Die Gesamtzahl der auf dem Gebiet Malyj Trostenez ermordeten Menschen lag nach Einschätzung der Kommission bei 206.500. Der deutsche Historiker Christian Gerlach kam 1999 in seinem Buch „Kalkulierte Morde" über die deutsche Wirtschafts- und Vernichtungspolitik in Weißrussland zu einer Schätzung von etwa 60.000 in Malyj Trostenez. Wegen der sehr schwierigen Quellenlage, vor allem für die belarussischen Opfer, und der bisher sehr geringen Forschung zu Malyj



Der Gesamtkomplex Mayj Trostenez.

Der am 29. Juni 2018 eröffnete zweite Abschnitt beginnt anschließend am Parkplatz an der Mogiljow-Straße mit dem grellweißen „Platz des Lebens", Symbol für die Überlebenshoffnungen der Häftlinge zu Beginn der Deportation. Von hier führt der „Weg des Todes" durch eine Gasse stilisierter Güterwaggons über den Platz der Paradoxe (die „verkehrte" Welt soll hier durch einen auf dem Kopf stehenden Baum und ein Haus, eine zerstörte Menora, eine zerschossene Ikone, ein umgekipptes Kreuz und einen beschädigten Halbmond ausgedrückt werden) zu einem schwarzen Platz, wo ihr Leben zerstört wurde. Das Mahnmal wurde vom belarussischen Architekten Leonid Lewin entworfen, der 1969 die Gedenkstätte für das am 22. März 1943 ausgelöschte Dorf Chatyn entwickelt hatte. Im lichten Waldstück hinter dem Platz sind an die meisten Bäume gelbe und vereinzelt weiße Schilder mit den Namen von hier Erschossenen, ihren Herkunfts- und Deportationsorten und dem Zeitraum ihrer Ermordung angebunden. Die gelben Namensschilder wurden von der *IM-MER Initiative*, gegründet von Waltraud Barton 2010 in Wien, zur Erinnerung an die österreichischen Juden angebracht, die weißen von Schülern aus Bolschoj Trostenez für belarussische Opfer. Blagowschtschina ist der Ort mit den meisten, etwa 13.500, in der Nazizeit ermordeten österreichischen Juden.

Halb links geht der Blick zu einer großen Freifläche mit 34 neu eingefassten Massengräbern mit eingelassenen Grabplatten ohne Namen, links flankiert von hohen Stelen. Die gestaltete Oberfläche überdeckt einen Boden mit der Asche und Überresten von Zehntausenden hier ermordeten, verscharrten, exhumierten und verbrannten Menschen. ■

Trostenez lässt sich die Zahl der Opfer zurzeit nicht genauer bestimmen.

Nach dem Krieg befand sich hier zeitweilig ein militärisches Übungsgelände. Mit der Zeit wuchs Wald auf den Massengräbern. Erdwälle auf einem Waldweg erschwerten früher den Zugang zu dem Gelände. Beidseitig befand sich lange eine Müllkippe. Es gibt Vermutungen, dass auf dem Gelände von Blagowschtschina auch Überreste von Tausenden Stalin-Opfern aus den 1930er Jahren ruhen. Das ist aber noch ein Tabuthema.

Seit 1963 erinnert im Dorf Bolschoj Trostenez, mehrere Kilometer entfernt vom historischen Ort der Massenerschießungen, ein Obelisk an die Opfer von Malyj Trostenez.

Hinweis:
Den gesamten Text (inklusive weiterführender Links) von Winfried Nachwei finden Sie unter dem Titel „Malyj Trostenez/Minsk – größte NS-Vernichtungsstätte in der ehem. Sowjetunion: Endlich gemeinsame Erinnerung – eine Zäsur" auf seiner Homepage: *http://nachtwei.de/index.php?module=articles&func=display&aid=1534*

Winfried Nachtwei ist Experte für Friedens- und Sicherheitspolitik und im Vorstand von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. Er war von 1994 bis 2009 Mitglied des Deutschen Bundestages.

Michael Parak

Unterschiedliche DDR-Erfahrungen in der politischen Bildung aufgreifen

Homogenes Publikum bei Bildungsveranstaltungen

Parallelgesellschaften in der politischen Bildung? – das ist sicherlich ein überzeichnetes Bild. Ein wahrer Kern steckt jedoch darin. Das Publikum bei öffentlichen Bildungsveranstaltungen ist oftmals sehr homogen. Dies liegt auch an den Anbietern: Wer kann einem kirchlichen Institut verdenken, dass es religiöse Themen in der Vordergrund stellt, wer einer gewerkschaftlichen Organisation, dass sich viele Veranstaltungen um Arbeit und Mitbestimmung drehen. Auch die politischen Stiftungen nähern sich gesellschaftlichen Fragen oftmals aus der politischen Richtung, mit der sie besonders verbunden sind. Diese Vorgehensweise ist legitim und auch ausdrücklich erwünscht. Im Sinne des Subsidiaritätsprinzips soll politische Bildung in der Bundesrepublik Deutschland ausdrücklich von verschiedenen Trägern betrieben werden. Dies sorgt für Pluralismus.

Aufgrund der jeweiligen Schwerpunktsetzung haben viele Bildungsträger ein Stammpublikum. Teilnehmerinnen und Teilnehmer finden sich von dem Zuschnitt der Veranstaltungen besonders angesprochen. In gewisser Weise fühlen sie sich bei bestimmten Organisationen gut aufgehoben. Sie erhalten dadurch auch Informationen über zukünftige Aktivitäten und nehmen immer wieder Angebote des Trägers wahr. Dies hat Rückwirkungen auf die Programmgestaltung: Erwartungen und Wünsche der Besucherinnen und Besucher werden aufgenommen und für künftige Planungen berücksichtigt. So weit, so gut. Man könnte auch sagen, dass hier Angebot und Nachfrage zusammenfinden.

Etwas konterkarikiert wird dieses Modell, wenn Bildungseinrichtungen Personen ansprechen möchten, zu denen es bislang nur wenig Bezugspunkte gab. Wenn das Sendungsbewusstsein überstark ist, dass die eigenen Bildungsangebote „denen" so gut tun würden. Es gibt nur ein Problem: Die gewünschten Zielgruppen kommen einfach nicht zu den angebotenen Veranstaltungen.

Wer nimmt an welchen Angeboten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur teil?

Viele staatliche und gesellschaftliche Organisationen haben sich zum Ziel gesetzt, das zwischen 1945 und 1989 in Ostdeutschland begangene Unrecht nicht dem Vergessen anheimfallen zu lassen. So auch der Verein Gegen Vergessen – Für Demokratie, der 1993 in der Satzung unter anderem festschrieb, dass er „zur Darstellung der Opposition, des Widerstandes und der Verfolgung im kommunistischen System durch Aufklärung über die Entwicklung des Kommunismus" beitragen wolle. Viele Initiativen, Gedenkstätten und andere Einrichtungen sorgen für ein mittlerweile beeindruckendes Veranstaltungsportfolio zur DDR-Geschichte, das zeigt, was passiert, wenn Grundsätze von Demokratie und Rechtsstaat nicht gelten. Damit werden bundesweit viele, viele Menschen erreicht, die so Informationen erhalten und sich kritisch mit der Geschichte auseinandersetzen.

Doch es gibt eben auch Menschen, die nicht erreicht werden. Dies sind zu großen Teilen diejenigen, die den kritischen Blick auf die DDR nur teilweise oder gar nicht teilen. Nach dem aktuellen Thüringen-Monitor sind 39 Prozent der Befragten der Auffassung, dass die DDR nicht als Unrechtsstaat zu bewerten ist. Zum Teil überwiegen sogar in der Erinnerung an den Alltag in der DDR positive Elemente: Bei 63 Prozent der Befragten ist die heutige Einstellung zur DDR positiv. Eigentlich sind dies genau die Menschen, mit denen die Bildungsträger in eine „Lernsituation" eintreten möchten. Es gibt nur ein Problem: Diese besuchen nicht die Bildungsveranstaltungen der „Aufarbeitungs"-Akteure.

Politische Erwachsenenbildung fußt in Deutschland auf dem Prinzip der Freiwilligkeit. Für die Bildungsträger bedeutet dies: Auch wenn man zutiefst der Auffassung ist, dass bestimmte Zielgruppen besondere „Bedarfe" haben – abgestimmt wird letztlich mit den Füßen, und zwar indem eine Veranstaltung besucht wird oder nicht. Aus der Perspektive der erwünschten Zielgruppen heraus ist dies verständlich. Denn warum soll ich abends in der Freizeit eine Veranstaltung aufsuchen, bei der schon von vornherein ersichtlich ist, dass ich „bekehrt" werden soll, dass ich ein schon vorab feststehendes Ergebnis zu verinnerlichen habe. Vielleicht ist es zuweilen hilfreich, sich diese Widersprüche in der Bildungsarbeit wieder zu vergegenwärtigen.

Eine Projektidee

Doch was bedeuten all diese Hinführungen für die Auseinandersetzung mit der SED-Diktatur, die sich Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. zur Aufgabe gesetzt hat? 2015 erhielt der Verein eine Anfrage mit dem Wunsch nach Zusammenarbeit aus der thüringischen Kultusverwaltung. Ziel sei es, verstärkt die Unrechtsdimension des SED-Staates bei denen ins Gedächtnis zu rufen, die einen nostalgischen oder gar verklärenden Blick auf diese Zeit haben. Bei einigem Nachdenken hatten wir schnell ein Bündel an möglichen Maßnahmen vor Augen: Workshops, Vorträge, Filmvorführungen oder Zeitzeugengespräche, die zu einem kritischen Bewusstsein hinführen sollten. Doch beim weiteren Nachdenken meldete sich der Zensor im eigenen Kopf: Würden diejenigen, die wir als Zielgruppe im Blick haben, unsere Angebote besuchen? Wohlgemerkt unter der Prämisse der Freiwilligkeit. Die Antwort

war ein klares Nein. Damit galt es, nach anderen Wegen zu suchen.

Alltagserfahrungen einbeziehen

Dass unterschiedliche Personen ein und dasselbe Ereignis unterschiedlich bewerten können, ist eine Binsenweisheit. Ebenso, dass es unterschiedliche Erfahrungen und Erinnerungen gibt.

Für die Auseinandersetzung mit der DDR-Geschichte stellt sich die Herausforderung, wie dieser Unterschiedlichkeit auch in Bildungsveranstaltungen Rechnung getragen werden kann. Für einen erheblichen Anteil derjenigen, die vor 1989 in der DDR gelebt haben, sind Repression und Widerstand nicht die Leitthemen, um die ihre Erinnerungen an diese Zeit kreisen. Viele Rückblicke beziehen sich auf den Bereich des Alltäglichen, oftmals mit der Grunderzählung, schwierige Zeiten gemeistert, etwas „geleistet" oder „geschafft" zu haben.

Ein Ansatzpunkt für neue, noch zu konzipierende Bildungsveranstaltungen ist, verstärkt alltagsgeschichtliche Fragestellungen zu thematisieren, um inhaltlich mit der beschriebenen Zielgruppe ins Gespräch zu kommen. Themen können beispielsweise die Bereiche Schule, Arbeit oder Freizeitgestaltung sein. Gerade eine Auseinandersetzung mit Familienerzählungen bietet dabei große Chancen, besonders wenn die Prägung nachfolgender Generationen durch Weitergabe dieser Erzählungen mitbedacht wird.

Dabei gilt, dass es keine „richtigen" oder „falschen" Erinnerungen gibt. Über zurückliegende Ereignisse muss jede oder jeder Einzelne berichten können, ohne dass eine Bewertung erfolgt. Es ist gut, auch in Bildungsveranstaltungen das Zuhören wieder mehr zu lernen und auf diesem Weg einen wertschätzenden Umgang mit den eignen Erinnerungen erfahrbar zu machen. Die Ermöglichung eines solchen Angebotes steht im engen Zusammenhang mit der Haltung jener, die zu den Veranstaltungen einladen und so geschützte Räume und Gelegenheiten schaffen, um sich zum Beispiel darüber zu unterhalten, wie in der DDR gelebt wurde. Wie sahen die biografischen Wege der Einzelnen aus? Wie sah der Rückzug ins Private aus? Auch Ohnmachtsgefühle, sich nicht für Reformen in der DDR engagieren zu können,

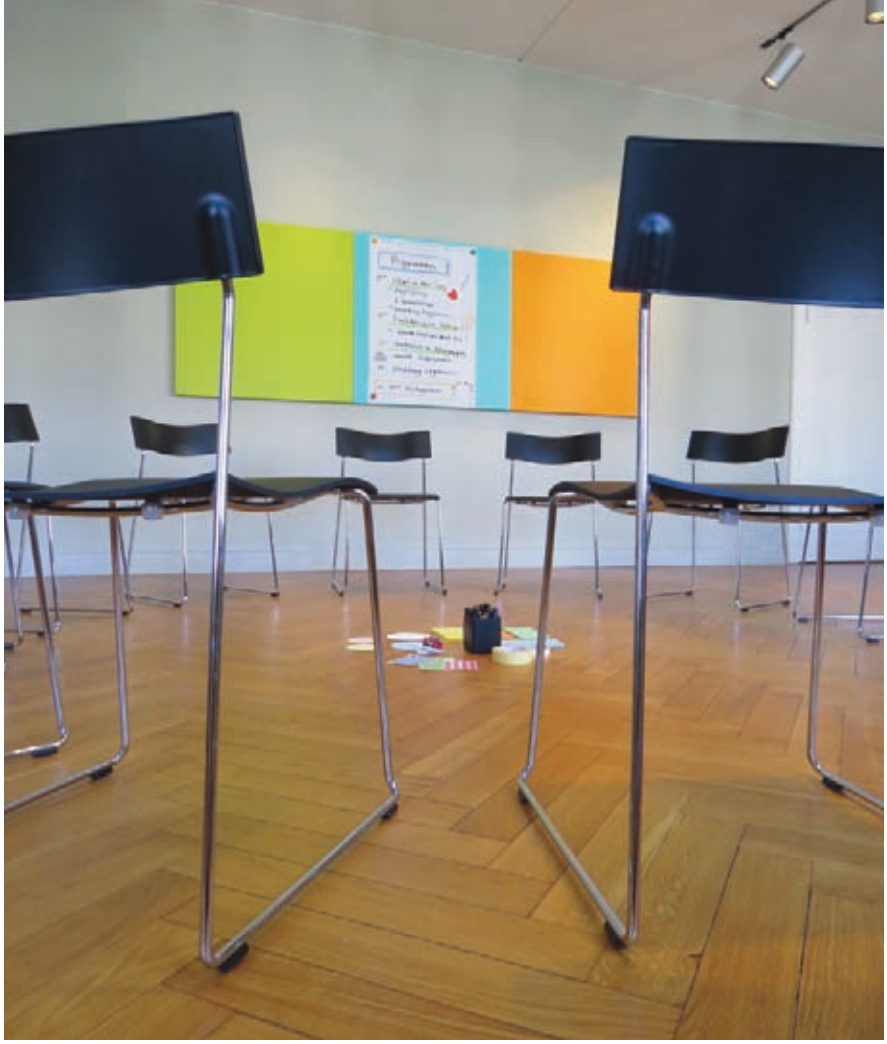


Foto: Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.

Eine Herausforderung für politische Bildungsangebote zur Aufarbeitung der SED-Diktatur: Was wenn die gewünschte Zielgruppe nicht erreicht wird und niemand kommt?

könnten beschrieben werden. Ein wesentlicher Bestandteil dieser Aufarbeitung ist Ehrlichkeit. Die Ehrlichkeit, seine damalige „Rolle" zu benennen. Dies schafft gegenseitiges Vertrauen, auch Respekt voreinander und ist der Thematik angemessen. Um es ganz deutlich zu machen: Es geht nicht darum, hohen SED-Funktionären oder bekannten Stasi-Spitzeln ein Podium zu geben, das zu ihrer Rechtfertigung dient. Vielmehr kann deutlich gemacht werden, dass breite Teile der DDR-Bevölkerung unterschiedliche Erfahrungen in und mit diesem Staat gemacht haben.

Für die Auseinandersetzung mit der SED-Diktatur bedeutet dies: Wenn Platz für die Äußerung unterschiedlicher Sichtweisen ist, erhöht sich die Attraktivität für Menschen, die die DDR eher positiv in Erinnerung haben, an solchen Bildungsveranstaltungen überhaupt teilzunehmen.

Unpolitisch ist dieser Ansatz keineswegs. Denn spannend wird es, wenn im weiteren Gesprächsverlauf eine Kontextualisierung erfolgt. Welche Vorgaben gab es von Staat und Partei? Wie regierten diese in verschiedene Bereiche hinein? Wie gingen Einzelne mit den Vorgaben um? Hier kann es auch zu hitzigen Debatten kommen, bei denen unterschiedliche Standpunkte und Bewertungen deutlich werden. Kontroversen gehören zur politischen Bildung – dies ist auch im „Beutelsbacher Konsens" festgeschrieben – und zielen auf eine Stärkung der Widerspruchstoleranz. Dies bezeichnet die Fähigkeit, Vieldeutigkeit und Widersprüchlichkeiten wahrzunehmen und zu ertragen. Das Einlassen auf andere Perspektiven – und damit möglicherweise auf ein diverseres Publikum – ist die Ausgangsbasis dafür, dass es überhaupt Kontroverses gibt, das diskutiert werden kann.

Andere Partner und Mitveranstalter finden

Die bisherigen Erfahrungen zeigen, dass bestimmten Veranstaltern wie auch Veranstaltungsorten – wie etwa Gedenkstätten – eine bestimmte inhaltliche Ausrichtung zugeschrieben wird. Deshalb ist es relativ unwahrscheinlich, dass Menschen, die die DDR eher positiv bewerten, in ihrer Freizeit eine Veranstaltung von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. aufsuchen, selbst wenn unterschiedliche Alltagserfahrungen aufgegriffen würden. »

Foto: Andreas Steinhoff, Wikipedia.org

Wandfries am Haus des Lehrers in Berlin: Für die einen Erinnerung im öffentlichen Raum an den Alltag in der DDR, für andere Verklärung und Provokation.

» Ein Weg, aus diesem Dilemma herauszukommen, kann sein, die Veranstaltungsorte stärker zu variieren. Gedenkstätten betonen den Repressionscharakter des SED-Staates, Kirchen heben eine christliche – und auch bürgerrechtlich-oppositionelle – Prägung hervor, die für einen großen Teil der Bevölkerung nicht gilt. In der Anlage offener sind dagegen Orte, die mit Alltag und Freizeit zu tun haben. Dies könnten beispielsweise Wirtshäuser, Mehrgenerationenhäuser, Kultur-, Club- und Vereinshäuser oder geeignete Räume in Jugend- und Seniorentreffs sein. Ein gelungenes Beispiel ist das Projekt „Lausitz an einen Tisch. Lasst uns unsere Geschichten erzählen". In verschiedenen Lausitzer Ortschaften wurden Erzählsalons für die Einwohnerinnen und Einwohner ins Leben gerufen. Im Rahmen des moderierten Erzählens zu verschiedenen Themen wurden die Menschen vor Ort in den Austausch gebracht. Die Beteiligten erzählten ihre eigenen biografischen Geschichten und Erfahrungen in Bezug auf die Region. Dabei spielten natürlich auch die altersspezifischen Erfahrungen in der DDR eine Rolle. Um Menschen mit unterschiedlichen DDR-Erinnerungen an einen Tisch zu bringen, braucht es in der Regel Partner und Mitveranstalter, die unter ihren Mitgliedern und Zielgruppen dafür werben. Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. beschreitet dabei zusammen mit der Stiftung Ettersberg in Weimar als Experiment einen Nebenpfad, der noch nicht allzu oft gegangen wurde. In Gesprächen mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung Thüringen wird erörtert, ob es bereichernd sein kann, einmal gemeinsame Bildungsveranstaltungen zur DDR-Geschichte zu erproben. Eine wichtige ethische Grundlage und Basis für alle Gespräche war der anfangs gemeinsam hergestellte Konsens darüber, dass es politische Verfolgung in der DDR gab. Ohne diese grundlegende Verständigung wäre es für Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. kaum möglich gewesen, in einen tieferen Prozess einzusteigen.

Im Mittelpunkt der Treffen stehen gemeinsam festgelegte historische Themen. Dabei spielen auch immer eigene biografische Aspekte und Alltagserfahrungen der Teilnehmenden eine Rolle. Die einzelnen Gespräche sind ergebnisoffen. Es geht in erster Linie darum, sich gegenseitig Erfahrungen und das So-gewachsen-Sein der eigenen Position näherzubringen, ohne das Gehörte sofort infrage zu stellen. Dieser Prozess ist für alle Beteiligten eine Herausforderung, werden historische Ereignisse doch oftmals klar unterschiedlich, aber auch häufig ähnlich bewertet. Im kleinen Gesprächskreis gelingt es, in einen wirklichen Austausch zu gelangen, andere Standpunkte vor Augen geführt zu bekommen, aber auch nicht in Beliebigkeit zu verfallen – durchaus ein Beispiel für demokratische Diskussions- und Streitkultur. Doch was ist der nächste Schritt? Ein Ziel könnte sein, gemeinsame öffentliche Veranstaltungen auszuprobieren, zu denen die Mitglieder und Zielgruppen der drei Institutionen, Rosa-Luxemburg-Stiftung Thüringen, Stiftung Ettersberg und Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V., zum gemeinsamen Austausch eingeladen werden. Dies kann eine Möglichkeit sein, mit denjenigen, die die DDR positiv bewerten, ins Gespräch zu kommen; zugleich aber auch ein erster Schritt auf dem Weg, die „Parallelgesellschaften" in der politischen Bildung nach und nach in einen Dialog miteinander zu bringen. ■

Dr. Michael Parak ist Geschäftsführer von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.

Jürgen Vits

„Kleine Jüdin" – Entdeckte Spuren zum Novemberpogrom vor 80 Jahren

Vor 80 Jahren, in der Nacht vom 9. auf den 10. November 1938, brannten in Deutschland die Synagogen. Außerdem wurden innerhalb weniger Stunden zahlreiche jüdische Geschäfte zerstört. Mit über 30.000 Verhaftungen sowie mehr als 1.300 Todesopfern handelte es sich auch um eine menschliche Tragödie. Diese „Katastrophe vor der Katastrophe" (Dan Diner) war eine Vorstufe zur systematischen Judenvernichtung. Spätestens mit dem Novemberpogrom konnte keiner mehr behaupten, er habe den verbrecherischen Charakter des NS-Regimes nicht erkennen können. Vor einigen Jahren habe ich überraschende Spuren entdeckt, die belegen, dass auch meine Vorfahren mit diesen schrecklichen Ereignissen direkt in Berührung kamen.

Kleine Jüdin

Den Anstoß zu meiner Spurensuche gab ein Gemälde: Meine Frau und ich hatten ein Ölbild der Frankfurter Malerin Maria von Heider-Schweinitz (1894–1974) erworben. Es zeigt das Porträt einer jungen Frau und trägt den Titel *Kleine Jüdin* mit der Datierung *10. Nov. 1938*. Die gegenüber dem Nationalsozialismus kritisch eingestellte Künstlerin schuf das Werk ganz offensichtlich unter dem Eindruck des Novemberpogroms. Leider ist die Identität der Porträtierten nicht überliefert; es könnte sich aber auch um eine allegorische Darstellung des jüdischen Schicksals handeln. Die magische Wirkung des expressiven Bildes faszinierte uns: Der direkte Blick des Mädchens mit seinen großen, dunklen und traurig-angsterfüllten Augen, die schmalen Arme als Ausdruck ihrer Verletzlichkeit, ihre würdevolle Körperhaltung, nicht zuletzt die symbolträchtigen Farben der blutroten Bluse und der wie Feuer leuchtenden Hautflächen.

Spurensuche

Die Betrachtung des Gemäldes löste bei mir Fragen zu meiner eigenen Familiengeschichte aus. Meine Großmutter väterlicherseits stammte von einem Bauernhof im niederrheinischen Dorf Wickrathberg, einem heutigen Ortsteil von Mönchengladbach. Der Hof grenzte ehemals direkt an eine kleine Synagoge. Diese wurde im November 1938 vollständig zerstört. Über die Begleitumstände des Pogroms wurde in unserer Familie nicht gesprochen. Meine Großmutter habe ich nicht mehr kennengelernt. Der Hof wurde von ihrer Schwester und deren Ehemann bewirtschaftet. Beide, meine Großtante Hermine und mein Großonkel Fritz Krings, waren für mich liebe Ersatzgroßeltern.

Foto: Museum Giersch, Frankfurt am Main

Maria von Heider-Schweinitz: *Kleine Jüdin*, Öl auf Leinwand.

So fragte ich mich nun: Was hat sich seinerzeit in Wickrathberg genau zugetragen? Existieren vielleicht noch Spuren und Zeitzeugen, die darüber Auskunft geben könnten? Wie verhielten sich damals meine Vorfahren als direkte Nachbarn der Synagoge? Ich begab mich daher auf Spurensuche.

Im Internet entdeckte ich weiterführende Hinweise: *„Um 1860 wurde in der heutigen Berger Dorfstraße eine neue Synagoge errichtet. Während des Novemberpogroms 1938 wurde in der Nacht vom 9. und 10. November das Innere zerstört, in der folgenden Nacht wurde die Synagoge niedergebrannt […] Hilde Sherman-Zander wuchs als Jüdin in Wickrathberg auf. Über ihr Schicksal in den Konzentrationslagern, insbesondere im Ghetto von Riga, veröffentlichte sie ein Buch. Darin beschrieb sie auch ihre Kindheit im Dorf und den Brand der Synagoge."*

Von Hilde Sherman geborene Zander und ihrem Buch *Zwischen Tag und Dunkel. Mädchenjahre im Ghetto* hatte ich zuvor noch nie gehört.

Erinnerungen einer Überlebenden

Als ich schließlich den schmalen Band in den Händen hielt, begann ich erwartungsvoll zu lesen. Die Holocaust-Überlebende aus Wickrathberg hat darin ihren Leidensweg für die Nachwelt aufgeschrieben. Im Kapitel *9. November 1938: Kristallnacht* schildert sie die dramatischen Stunden des antijüdischen Pogroms in ihrem Heimatdorf:

„Irgendetwas lag in der Luft. Wir alle spürten das, ohne es fassen zu können […] Am 18. Oktober war der Geburtstag meines Bruders Herbert. Er fiel immer zusammen mit der Kirmes im Dorf. Wir wohnten gleich neben der Synagoge. Nachts hörten wir Glas klirren. Meine Eltern standen auf, um nachzusehen, was es gab. Alles war wieder ruhig und still. Am nächsten Morgen, bei Tageslicht, sahen wir, daß die Fensterscheiben der Synagoge eingeworfen waren. Plötzlich hatten wir Angst. Meine Mutter holte durch ein Gartenfenster sämtliche Thorarollen aus der Synagoge und versteckte sie bei uns auf dem Speicher. Nur samstags brachten wir die Thora, die gerade gelesen wurde, wieder an ihren Platz, um sie gleich nach dem Gottesdienst wieder zu verstecken […]
In der Nacht vom 9. zum 10. November hörten wir entsetzt, wie unsere wunderschöne kleine Synagoge demoliert wurde. Jedoch am nächsten Morgen war von außen nichts zu sehen. Kurz vor sieben Uhr »

» *klingelte es. Mein Vater war mit dem Fahrrad weggefahren, um nach seiner Mutter zu sehen, die im Nachbardorf wohnte. Vor unserer Tür stand einer meiner Chefs, Leo Salomon. Er erzählte uns, daß sein Bruder bereits verhaftet worden sei, ebenso wie viele andere jüdische Männer. Er selbst war auf der Flucht, um in der Anonymität von Köln unterzutauchen. Meine Mutter erbot sich, ihn quer durch die Felder in ein anderes Dorf zum Bahnhof zu bringen. Es gelang ihm aber nicht, dort den Zug zu besteigen. Er wurde von der Ortspolizei […] verhaftet und dann nach Dachau geschickt.*
Bevor meine Mutter uns verließ, trug sie mir auf, keinesfalls die Tür zu öffnen oder den Kindern zu erlauben, auf die Straße zu gehen. So saßen wir den ganzen endlosen Tag zu Hause. Meine Geschwister waren ausnahmsweise ruhig und artig. Im Stall fing unser Hund an zu heulen, sonst blieb alles still; es war unheimlich. Meine Geschwister hatten Angst, ich auch. Aber ich war „die Große" und verantwortlich für sie. Zum Mittagessen machte ich Suppe, aber keiner wollte essen. Die Stunden schlichen dahin. Plötzlich hörte ich Gelächter und Stimmengewirr. Ich konnte kaum glauben, was ich sah: Unser verehrter Lehrer V. führte ganze Schulklassen in die Synagoge, und dort verwüsteten die Kinder nochmals die Trümmer! Von unserer Speichertür aus konnte ich durch die zerschlagenen Fenster der Synagoge alles mit ansehen. Vor Schreck war ich wie versteinert.
Es wurde bereits dunkel, als unsere Eltern endlich nach Hause kamen. Meiner Mutter war es gelungen, verschiedene Bekannte zu warnen, so daß die Männer der Verhaftung entgehen konnten. Meine Schwester Ruth hatte gerade den Tisch für das Abendessen gedeckt, als unser Hund wieder anfing, wie besessen zu heulen. Mein Vater ging zum Speicher herauf, um von dort aus zur Synagoge zu sehen. Nach einer Minute kam er schreckensbleich zurück und sagte: „Schnell raus hier, die Synagoge wird angezündet!" Wir hatten gerade Zeit, unsere Mäntel anzuziehen. Als wir auf die Straße liefen, brannte die Synagoge bereits an allen vier Ecken. Plötzlich erinnerte ich mich an unseren Hund. Ich lief zurück, denn ich wußte, dass unser Stall und Hof und vielleicht auch das Haus abbrennen würden. Es gelang mir, unseren Hund über die Mauer zu heben und auf die andere Seite bei dem Bauern Krings runterzulassen. Dann rannte ich auf der Dorfstraße meinen Eltern nach, und wir flüchteten zu der anderen jüdischen Familie im Dorf […] Wir wagten es nicht, in ein Zimmer zu gehen, sondern blieben in dem fensterlosen Korridor der oberen Etage, um vor Steinwürfen gesichert zu sein. Dann hörten wir einen Lastwagen vorfahren, und innerhalb weniger Augenblicke setzte ein Steinhagel ein; sämtliche Fensterscheiben wurden zertrümmert […]

So wurde meine Familie entwurzelt, nachdem sie fast vierhundert Jahre in derselben Gegend fest ansässig gewesen war […] Und wie sollte es weitergehen, wenn all das von der Regierung organisiert war? Wem sollten wir vertrauen? Keiner der alten Freunde grüßte uns mehr, und schon gar nicht mehr hätte jemand einen Finger für uns gerührt. Wir waren Ausgestoßene."

Stolpersteine zur Erinnerung an die Ermordeten der Familie Zander.

Foto: Jürgen Vits

Ihre Erinnerungen bedeuteten für mich eine große Entdeckung: Ich hatte nicht gewusst, dass seinerzeit eine jüdische Familie neben der Synagoge und somit als direkte Nachbarn neben meinen Vorfahren wohnte. Zudem erwähnt sie sogar meine Ersatzgroßeltern („Bauern Krings") im Zusammenhang mit dem Geschehen in der Pogromnacht. Sofort bedrängten mich neue Fragen: Lebt Hilde Sherman noch? Wenn ja, würde ich ihre Spur finden können? Wie hatten sich meine Vorfahren ihren jüdischen Nachbarn gegenüber verhalten?

Nachbarn in dunkler Zeit

Eindringlich und präzise beschreibt Hilde Sherman in ihrem Buch die Judenverfolgung im Rheinland und ihre Deportation 1941 im Alter von 18 Jahren nach Lettland. Sie überlebte durch schicksalhafte Umstände das berüchtigte Ghetto von Riga. Ihre Eltern und Geschwister wurden ermordet.
Ich setzte meine Spurensuche fort: Über verschlungene Wege fand ich schließlich heraus, dass Hilde Sherman noch lebt und in Jerusalem wohnt. Von einem ehemaligen Pfarrer G. erfuhr ich weitere Einzelheiten zu ihrem Lebensweg: Nach dem Krieg hatte Hilde Zander den lettischen Juden Willy Sherman geheiratet und war mit ihm nach Kolumbien emigriert. Erst in den 1980er Jahren begann Hilde Sherman, ihre Erinnerungen niederzuschreiben. 1995 folgte sie ihren beiden Töchtern nach Jerusalem. Ich erzählte Herrn G. von meiner Entdeckung der familiären bzw. nachbarschaftlichen Zusammenhänge und von meinem Wunsch, mit Hilde Sherman Verbindung aufzunehmen, um ihr – sofern zumutbar – einige Fragen zu ihrer Wickrathberger Zeit zu stellen. Herr G. bot an, einen ersten Kontakt zu vermitteln. So schrieb er einen Brief mit meinen Anliegen an Hilde Sherman. Einige Wochen später erhielten wir die mit Spannung erwarteten Nachrichten aus Jerusalem.

Hilde Sherman konnte sich zu meiner großen Freude recht gut an meine Vorfahren erinnern: *„Bauer Fritz Krings habe ich gut gekannt. Er war unser direkter Nachbar. Wir kamen sehr gut miteinander aus. Er war der Ehemann von Hermine Joeres und der Schwiegersohn von ‚Hefemännchen'. Sein*

Foto: Jürgen Vits

Gedenkplatte zur Erinnerung an die Wickrathberger Synagoge.

Name war Hermann Joeres. Er war ziemlich alt und ich erinnere mich an seinen Spitzbart. Er hat gestottert und wir haben uns immer lustig gemacht wenn sein Spitzbart dementsprechend getanzt hat, was meine Mutter in Wut brachte. Ich erinnere mich an den 9. November 1938. In der sogenannten Kristallnacht gelang es mir, unseren Hund über die Mauer in den Hof hinunterzulassen, aus Angst, dass er umkommen würde […] Der Nachbar Krings war ein netter Nachbar, sowie seine Frau Hermine […] Sie waren behilflich, bis zum letzten Moment, da alles über unsere gemeinsame Hofmauer stattfinden musste."

Die Anekdote zu meinem Urgroßvater berührte mich sehr und über ihre positive Erinnerung an meine Ersatzgroßeltern war ich erleichtert. Im Verlauf unseres weiteren Dialogs erfuhr ich von ihr noch weitere Einzelheiten aus ihren Wickrathberger Jahren. Schließlich schickte sie mir *„mit herzlichen Grüßen"* ein Foto von sich.

Das Gemälde *Kleine Jüdin* hatte den Anstoß zu meiner Spurensuche gegeben. Mit der Holocaust-Überlebenden Hilde Sherman entdeckte ich 2010, über 70 Jahre nach den November-Ereignissen, die „kleine Jüdin" unserer Familiengeschichte. Im Jahre 1938 war sie erst 15 Jahre alt.

In Wickrathberg erinnern seit einigen Jahren Stolpersteine an die ermordeten Angehörigen der Familie Zander sowie eine Gedenkplatte an die ehemalige Synagoge. Hilde Shermans Buch endet mit den folgenden Sätzen: *„Mein Schicksal ist nur eines von Abertausenden. Jeder einzelne von uns Überlebenden könnte ein Buch schreiben. Jedes wäre anders und doch ähnlich. Weil ein einziges Leit-Thema alle durchziehen würde: der bis in kleinste Detail geplante, hochtechnisierte, eiskalte Massenmord, die totale Vernichtung. Ich habe meine ganze Familie verloren: drei Generationen, als hätten sie nie existiert … Es ist herrlich, zu leben. Jeder neue Tag ist ein Geschenk. Ich möchte leben. Ich will leben. Mindestens so lange, bis unser Messias kommt und alle Menschen Brüder werden. Und die Toten auferstehen …"*

Foto: Hilde Sherman

Hilde Sherman in Jerusalem.

Wenige Monate nach unserer Kontaktaufnahme, am 11. März 2011, verstarb Hilde Sherman kurz vor Vollendung ihres 88. Lebensjahres in Jerusalem. ■

Der vollständige Bericht zur Spurensuche ist auf der Homepage des Vereins für Heimat- und Denkmalpflege Wickrathberg 1930 e.V. abrufbar:
http://www.heimatverein-wickrathberg.de/files/201309_Kleine-Juedin_V-1.4..pdf

Jürgen Vits ist Mitglied der Regionalen Arbeitsgruppe Rhein-Main von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.

■ **Buchinformation:**

Dieses Buch ist nur noch antiquarisch erhältlich.

Hilde Sherman-Zander
Zwischen Tag und Dunkel. Mädchenjahre im Ghetto.
Ullstein, Frankfurt/Main 1984.
Broschiert, 140 Seiten
ISBN: 978-3-54820-386-7

Sindyan Qasem

Radikaler Perspektivwechsel: Zehn Thesen zu Islamismus und Prävention in Deutschland

In den vergangenen Jahren prägte wohl kaum ein anderes Phänomen die Sichtweisen auf Migration und Einwanderungsgesellschaft so sehr wie die scheinbar wachsende Bedrohung durch Islamismus. Spätestens seitdem sogenannte foreign fighters aus Deutschland im Nahen Osten kämpften und terroristische Angriffe in Berlin ebenso wie in anderen europäischen Großstädten Menschenleben forderten, stellte sich auch in Deutschland die Frage, wie derartige Gewalt verhindert werden könne. In den vergangenen Jahren wurde so von Politik, Wissenschaft und Zivilgesellschaft versucht, das Wissen rund um die Themen Islamismus und Radikalisierungsverläufe zu erweitern sowie Präventionsprogramme zu initiieren, die derartigen Radikalisierungen bereits im Vorfeld entgegenwirken sollen. Allerdings hatten und haben sowohl Forschung als auch Praxis oft einen einseitigen Blick auf Islamismus und Islamismusprävention. Die hier versammelten Thesen und deren Erläuterungen sollen zweierlei erreichen: Erstens fassen sie den Status Quo der aktuellen Debatten um Islamismus und Islamismusprävention kurz und bündig zusammen. Zweitens regen sie an, bisher weniger beachtete Ansätze und Perspektiven in den Fokus zu nehmen.

1. Die Debatten um eine wachsende Gefahr durch Islamismus sind allgegenwärtig, tatsächliche Belege gibt es jedoch nicht.

Tatsächlich sagen die regelmäßig veröffentlichten Statistiken aus den Verfassungsschutzämtern zur scheinbar gestiegenen Anzahl von Islamist*innen in Deutschland nur wenig über eine tatsächlich gestiegene Gefahr aus. Denn zum Teil scheint vielmehr eine gesteigerte Aufmerksamkeit der Sicherheitsbehörden für die nun höhere Zahl verantwortlich zu sein. Schwierig macht eine sachliche Einschätzung der tatsächlichen Gefahr zum einen, dass die islamistischen Gruppierungen in Deutschland sich momentan eher ruhig verhalten. Und zum anderen, dass von sogenannten Rückkehrer*innen aus Kriegsgebieten, vor denen oft gewarnt wurde, noch unbekannt ist, ob sie eine mögliche Gewaltbereitschaft oder Gewalttätigkeit in Deutschland aufrechterhalten werden.

2. Der in der Radikalisierungsforschung lange vorherrschende Fokus auf theologisch-ideologische Hintergründe verstellte den Blick auf zahlreiche andere, oft vielversprechendere Erklärungsansätze.

Radikalisierungsverläufe galten zu lange als stets von religiösen und/oder ideologischen Ideen inspiriert. So wurde augenscheinlich ein Grund für Terrorismus und Gewalttätigkeit geliefert, gleichzeitig rückten die Ursachen in den als „irrational" dargestellten Bereich von Religiosität und Ideologie. Doch Radikalisierungsursachen sind vielfältig – und keineswegs (nur) irrational. Nur wenn auch soziale und politische Faktoren, darunter beispielsweise Unterdrückungsmechanismen gegenüber Minderheiten, berücksichtig werden, kann man Terrorismus und Gewalt nachvollziehbar erklären.

3. Die pauschale Unterteilung von Muslimen in „gut" und „böse" ist problematisch.

Wer fünfmal am Tag betet und einen Bart oder einen Schleier trägt, ist gefährlicher als jemand, der Alkohol trinkt und selten in die Moschee geht? Derartige Klischees führen zu einer völlig falschen Fokussierung auf Religiosität als angeblichen Hinweis auf Gefahr. Islamismusprävention, die zum Ziel hat, bestimmte Formen von Religiosität zu fördern und andere als „undemokratisch" zu verwerfen, stellt einen Eingriff in die Glaubens-, Meinungs- und Gewissensfreiheit dar. Eine sicherheitspolitische Fokussierung auf Einstellungen Einzelner birgt grundsätzlich die Gefahr der Kriminalisierung und Verfolgung politischer oder religiöser Haltungen, je nachdem, wie mehrheitsfähig oder „radikal" diese wahrgenommen werden. Eine Präventionsarbeit, die sich im kulturkämpferischen Duktus auf Einstellungen und Loyalitätsbekundungen konzentriert, ist deshalb kontraproduktiv.

4. Statt islamistischen Einstellungen müssen terroristische Handlungen verfolgt werden.

Selbst die Annahme, dass jeder Mensch Gefahr läuft, Terrorist zu werden, der offen für als islamistisch oder salafistisch bezeichnete Ideen ist, kann empirisch nicht belegt werden. So streitet die salafistische Szene in Deutschland seit Jahren darüber, ob politische Gewalt überhaupt legitimiert werden kann. Weiterhin ist es für eine effektive Terrorabwehr dringend geboten, zwischen prinzipieller Gewaltbefürwortung und aktiver Gewalttätigkeit zu differenzieren und entsprechend unterschiedlich darauf zu reagieren. Studien zeigen, dass der Übergang von Gewaltbefürwortung zu tatsächlicher Gewalttätigkeit eher außerhalb organisierter salafistischer Gruppen in viel kleineren und zurückgezogenen konspirativen Kreisen stattfindet.

5. Terror ist ein politischer, kein religiöser Akt.

Auch wenn islamistische Organisationen und Einzelne ihre Taten durch Berufung auf religiöse Texte rechtfertigen, darf nicht verkannt werden, dass sie damit vor allem politische und/oder materielle, also auf die Gestaltung des Diesseits abzielende Ziele verfolgen. Entsprechend ist die Vermischung der Kategorien *Religiosität und Radikalität* nicht nur für die Terrorabwehr kontraproduktiv, sondern auch abwertend und stigmatisierend ge-

Begriffsklärung:

Islamismus ist ein umstrittener Begriff, der für eine ganze Bandbreite an Einstellungen und Weltsichten steht. Entgegen der engeren Definition von *Islamismus* als politisiertem Religionsverständnis mit normativem Absolutheitsanspruch wird *Islamismus* oft als Bezeichnung für grundsätzlich als problematisch betrachtete religiöse Einstellungen unter Muslim*innen verwendet.
Der Begriff *Islamismus* wird weiterhin wegen seiner sprachlichen Nähe zum Begriff *Islam* kritisiert, weil er so eine Beziehung zwischen Religion und möglicher Gewaltbereitschaft herstellt. *Salafismus* gilt im deutschen Diskurs als gefährlichste ideologische Spielart des *Islamismus*. Auch dieser Begriff beziehungsweise dessen Verwendung wird dahingehend kritisiert, eine Verbindung zwischen Religiosität und Gewaltbereitschaft herzustellen.

genüber religiösen Menschen. Als trauriges Beispiel muss die Bewertung der von Anis Amri, dem Attentäter vom Berliner Breitscheidplatz, ausgehenden Gefahr durch die Sicherheitsbehörden gelten: Weil Amri wichtige muslimische Festgebete nicht in der Moschee verbrachte und Alkohol trank, wurde angenommen, von ihm gehe keine Gefahr für einen religiös motivierten Anschlag aus. In der Realität erwies sich diese Einschätzung gerade wegen des einseitigen Fokus auf religiöse Motive für Gewalttätigkeit als krasses Fehlurteil.

6. Terroristen haben kein Monopol auf Widerstand.

Es ist kein Verbrechen, sich für Freiheit und Gerechtigkeit sowie gegen Unterdrückung und Ausbeutung einzusetzen. Nur weil sich Terrorist*innen ebenfalls auf diese Werte beziehen, delegitimiert dies nicht die Ansprüche und Forderungen von Menschen, die diese Ziele mit nicht-terroristischen Mitteln verfolgen. Antikapitalistisches und antirassistisches Engagement ist für sich genommen – auch außerhalb des gesellschaftlichen Konsenses – noch kein Anzeichen für eine Hinwendung zu Gewalt.

7. Nicht jedes Bildungsangebot muss der Prävention dienen.

Islamismusprävention in Deutschland ist stark ideologiebezogen und wird vor allem durch das Angebot von Bildungs-, Aufklärungs- und Demokratieförderungsmaßnahmen umgesetzt. Doch dass Bildungsangebote, die sich an Migrant*innen und/oder Muslim*innen richten, beinahe automatisch „präventiv gegen Islamismus" wirken wollen, ist zu hinterfragen. Denn es ist einfältig zu glauben, dass diese Menschen nur ausreichend in „unser" Wertesystem und „unsere" Demokratie hineinerzogen werden müssten, damit keine Gefahr von ihnen ausgehe. Vielmehr gilt es, in Bildungs- und Partizipationsangeboten für alle Bürger*innen die Grundlagen unseres Zusammenlebens neu zu definieren – und sich dabei nicht nur an bestimmte Bevölkerungsgruppen zu richten.

8. Kritische und emanzipatorische politische Bildung muss sich mit Ungerechtigkeiten und Doppelstandards auseinandersetzen.

Warum gilt Mesut Özil nach seinem Foto mit dem türkischen Präsidenten als illoyal, wenn die Türkei gleichzeitig der größte Abnehmer der deutschen Waffenindustrie ist? Wieso wird über ständig steigende Bedrohungen durch Islamismus berichtet, während die Zahl rechtsextremistisch motivierter Straftaten weitaus höher ist? Ein Deutschland, das sich als »

Religiöse Vielfalt in einer postmigrantischen Gesellschaft sollte eine Selbstverständlichkeit sein – ohne versicherheitlichten Blick auf Religiosität. Das Foto zeigt ein Schild am Flughafen Frankfurt.

Foto: iStock.com/code6d

Foto: Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.

Der Gedenkort (mit symbolischem Riss) für die Opfer des Angriffs auf den Weihnachtsmarkt am Berliner Breitscheidplatz. Im zurzeit laufenden Untersuchungsausschuss steht auch die Frage im Mittelpunkt, ob Sicherheitsbehörden bei der Beurteilung von Anis Amri möglicherweise zu sehr auf religiöse Merkmale geachtet haben.

» postmigrantische Gesellschaft neu finden will, sollte politische Bildungsangebote schaffen, die sich transparent mit bestehenden Unterdrückungsmechanismen auseinandersetzen.

9. Wir brauchen mehr Forschung zu Islamismus und Prävention abseits von Politisierung und „Versicherheitlichung".

Es ist eine kaum umkehrbare Entwicklung, dass Sicherheit bei der Gestaltung von Politik als Ziel über allen anderen Werten steht und dass dies kaum hinterfragt wird. Doch gerade die Wissenschaft darf sich nicht von solch einseitigem Denken vereinnahmen lassen. Studien, die Politiker*innen geeignete Zahlen und Statistiken zu Islamismus liefern und teilweise sogar manipulieren, sind ausschlaggebend für eine Verzerrung des Blicks auf Muslim*innen im Allgemeinen. Wirksame Präventionsarbeit ist daher mehr denn je auf unabhängige und innovative Forschung angewiesen, auch abseits von staatlichen und politischen Förderprogrammen.

10. Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit gelten für alle. Auch radikale Personen haben ein Recht auf Meinungs-, Glaubens- und Gewissensfreiheit.

Wir müssen eine gesellschaftliche Debatte über Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit in Bezug auf staatliche Terrorabwehr führen. Auch die menschenfeindlichsten Taten Einzelner dürfen keine Rechtfertigung für staatliche Willkür sein. Der Rechtsstaat und die Menschenrechte dürfen nicht unter dem Vorwand der Gefahrenabwehr beschnitten werden. Leider zeigt sich, dass Gefahrenabwehr vielerorts als Vorwand benutzt wird, um den Rechtsstaat auszuhöhlen. Dabei ist äußerste Vorsicht geboten. Sonst wird der Rechtsstaat nur so lange verteidigt, bis er verschwunden ist. ■

Sindyan Qasem ist Sprachwissenschaftler und beforscht diskursive Formationen zu Islam in Deutschland. Im Mittelpunkt seiner Arbeit steht eine hegemoniekritische Betrachtung von *Islamismusprävention*.

Bernd Faulenbach

Fragen zum Projekt eines Exil-Museums in Berlin

Das Exil – das Schicksal der in der NS-Zeit aus Deutschland aus „rassischen", religiösen und politischen Gründen Vertriebenen – ist in der deutschen Museumslandschaft bislang nicht hinreichend repräsentiert. Hier klafft unübersehbar eine Lücke, die angesichts der immensen historischen Bedeutung des Exodus für die deutsche Gesellschaft, doch auch angesichts der wichtigen Rolle dieser aus Deutschland stammenden Menschen in vielen Ländern der Welt unbedingt geschlossen werden sollte.

Allerdings hat die neu eröffnete ständige Ausstellung des Deutschen Exilarchivs 1933–1945 mit dem Titel *Exil. Erfahrung und Zeugnis* in der Deutschen Nationalbibliothek in Frankfurt im Frühjahr 2018 noch nicht das Interesse gefunden, das sie verdient. Die professionell gestaltete Ausstellung spricht viele Aspekte des Themas Exil an. Sie beruht ausschließlich auf knapp gekennzeichneten Exponaten des Exilarchivs, die für den Besucher vielfach durchaus anrührend sind. Gleich im Eingangsbereich einige Bilder und Fragen: Was bedeutet es, ins Exil gehen zu müssen? Was erlebt man dort? Gibt es ein Ende des Exils? Dann einige exemplarische Lebensläufe, bei denen man naturgemäß fragen kann, wie repräsentativ sie sind. Dann werden die verschiedenen Komplexe thematisiert, zunächst die Flucht (Fluchtwellen, Fluchtwege, Hilfen), dann das Leben im Exil (Alltagsprobleme für die Einzelnen und die Familien, Arbeit und Beruf sowie Sprache und Kultur). Angesprochen werden auch Formen des Widerstandes und schließlich die Zeit nach dem Exil (die Frage der Remigration, Nachleben des Exils, Debatten im Nachkriegsdeutschland über das Exil). Die Ausstellung zeigt viele interessante Stücke (etwa das Vokabelheft des SPD-Politikers Hans Vogel, was auf die Notwendigkeit des Erlernens der fremden Sprache und dabei aufzubringende Mühe verweist) oder auch Fotoalben, die nicht zuletzt von biografischen Brüchen und von Heimweh zeugen. Die Hauptzufluchtsländer werden mit den Zahlen der hier Aufgenommenen genannt, die USA, Frankreich, auch Palästina, während nur vergleichsweise wenige Menschen in die Sowjetunion emigrierten. Nicht behandelt wird die Frage, was die Exilierten für die Hauptzielländer bedeuteten, etwa für die USA, für Wissenschaften und Kultur des Landes. Nur sehr knapp vertreten ist das Exil der Menschen, die nicht zu den Eliten gehörten, auch das politische Exil. Dennoch ist ein Besuch zweifellos lohnend.

Das Projekt eines Exil-Museums in Berlin greift sicherlich weit über die Frankfurter Ausstellung hinaus. Es wird vor allem von Bernd Schultz, Mitbegründer des Auktionshauses Villa Griesebach, mit privaten Mitteln forciert und konzeptionell besonders von Christoph Stölzl, Gründungsdirektor des Deutschen Historischen Museums, entwickelt. Stölzl scheint nicht nur Weimar Culture, die im Exil vielfältig weiterlebte, in ihrer ganzen Breite zeigen zu wollen, sondern auch dem Einfluss der Migranten in den Zielländern nachgehen zu wollen. Stölzl bringt für das Thema vielfältige Kenntnisse mit und nicht zuletzt eine Begeisterungsfähigkeit, die für dieses ambitionierte Projekt erforderlich sein dürfte. Mitgetragen wird das Projekt von André Schmitz, dem früheren Berliner Kulturstaatssekretär.

Trotz aller Anerkennung der Idee liegen kritische Fragen auf der Hand. Ist ein derartiges Projekt ausschließlich mit privaten Mitteln zu finanzieren und vor allem zu unterhalten? Und hat es nicht auch Vorteile, wenn ein solches Vorhaben – wie dies bei öffentlichen Projekten durchweg der Fall ist – durch Beiräte begleitet wird? Es sollte jedenfalls nicht auf einen engen Kulturbegriff fokussiert sein, erweitert vielleicht um einige spektakuläre Wissenschaftsbereiche. Das Exil sollte in seiner ganzen Breite in den Blick kommen, auch das Exil der „kleinen Leute" und nicht zuletzt das politische Exil. Eine breitere Diskussion über dieses bedeutende Projekt tut jedenfalls not.

Zuletzt noch dies: Exilschicksale sind für die Regionalgruppen von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. zweifellos ein sinnvolles Arbeitsgebiet, da es eine Annäherung an das große Thema Exil ermöglicht, das es stärker im deutschen Bewusstsein zu verankern gilt. ■

Prof. Dr. Bernd Faulenbach ist Vorsitzender von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.

Larissa Bothe

Antisemitismus in der Migrationsgesellschaft: Hinweise zu Bildungsangeboten

„Antisemitismus hat es leider in Deutschland immer schon gegeben, auch vor der Aufnahme Hunderttausender Flüchtlinge 2015." Das konstatierte Felix Klein, der Antisemitismusbeauftragte der Bundesregierung, kürzlich in einem Interview im Tagesspiegel (20.05.2018). Diese Aussage lässt sich anhand unzähliger Beispiele der deutschen Geschichte belegen. Dennoch ist der öffentliche Diskurs in Deutschland zum Thema Antisemitismus spätestens seit Frühjahr dieses Jahres von der Frage geprägt, ob Geflüchtete eine „neue Form des Antisemitismus" mitbringen. Diskutiert wird unter anderem, ob durch die gestiegene Zahl geflüchteter Menschen auch die Zahl der antisemitischen Vorfälle steigt und ob der Antisemitismus in Deutschland eine aggressivere Form angenommen hat.

Wahrzunehmen ist, dass antisemitische Vorfälle in Deutschland stärker in den Medien präsent sind als in früheren Jahren. Die Polizei zählt in ihrer Statistik durchschnittlich vier antisemitische Straftaten pro Tag. Allerdings gibt es keine verlässlichen Aussagen über die Motivation der Täterinnen und Täter. Die Analysen zeigen jedoch, dass ein erheblicher Teil dieser statistisch erfassten Vorfälle rechtsextremen oder rechtsmotivierten Täterinnen und Tätern zuzuschreiben ist. Eine Berichterstattung hierzu ist weniger wahrzunehmen. Anzunehmen ist allerdings, dass die Dunkelziffer der Straftaten hoch ist und nicht jede antisemitische Anfeindung im Alltag zur Anzeige gebracht wird. Daher muss die Einschätzung von Jüdinnen und Juden, dass Antisemitismus zunehme, ernst genommen werden.

Studien machen deutlich, dass antisemitische Einstellungen unter einigen der neu zugewanderten Gruppen vorhanden sind – von einer neuen Form kann aber nicht gesprochen werden. Diese „neuen Gruppen" umfassen vor allem Menschen mit arabischem und muslimischem Hintergrund. Nach Einschätzung des Politikwissenschaftlers David Ranan ist dieser sogenannte muslimische Antisemitismus oftmals in anti-israelischen Ressentiments begründet und steht in Zusammenhang mit einer vermeintlichen Solidarität unter Muslimen. Dies ist nicht neu, vergleichbare Einstellungen waren bereits vor 2015 unter arabischen und türkischen Musliminnen und Muslimen in Deutschland zu finden. Nimmt man antisemitische Einstellungen in den Blick, so deuten geflüchtete wie nicht geflüchtete Jugendliche und Erwachsene in Deutschland den Nahostkonflikt tendenziell einseitig und israelkritisch. Dabei greifen sie teilweise auf antisemitische Deutungsmuster zurück. Ziel von Bildungsangeboten muss es daher sein, eigene Narrative zu reflektieren, zu hinterfragen und zu erweitern.

In der politischen Bildungsarbeit gegen Antisemitismus ist diese Herausforderung seit vielen Jahren bekannt. Verschiedene Träger und Projekte stellen sich ihr bereits, was nicht heißt, dass sich die Bildungsarbeit in dieser Hinsicht nicht weiterentwickeln müsste. Denn mit den Neuankömmlingen ist es notwendig geworden, die bestehenden Bildungsansätze gegen Antisemitismus in der Migrationsgesellschaft auf den Prüfstand zu stellen. Allerdings sind auch Bildungsangebote gegen Antisemitismus in der Gesamtgesellschaft nötig. Eine Fokussierung allein auf Geflüchtete oder Muslime führt zu einer Verharmlosung der Kontinuität von Antisemitismus in der deutsch-deutschen Bevölkerung.

Um dem Antisemitismus adäquat zu begegnen, braucht es Aufklärung und Auseinandersetzung, die sich an die Migrationsgesellschaft als Ganze richten. Diese umfasst alle in Deutschland lebenden Menschen und setzt ein Bewusstsein für die vorhandene Pluralität der Bevölkerung voraus. Dementsprechend gilt es, in der Bildungsarbeit verschiedene Perspektiven zu berücksichtigen, auch die Positionen der Neuankömmlinge. Angebote, die sich nur an die Zielgruppe Geflüchtete richten, haben ihre Berechtigung, sollten aber lediglich eine Ergänzung zu bestehenden Angeboten sein. Die Berücksichtigung der Erfahrungen und Lebenswelten dieser Menschen ist jedoch elementar. Verschiedene Träger der politischen Bildung haben diesbezüglich bereits Expertise gesammelt. Im Folgenden werden einige ihrer Angebote vorgestellt. Die Projekte haben gemein, dass sie mit dem *Ansatz des Lebensweltbezuges* und der *Erfahrungsorientierung* arbeiten. Generell braucht eine Auseinandersetzung mit Antisemitismus oder mit anderen Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit neben der reinen Wissensvermittlung Ansätze, die den Teilnehmenden einen Zugang zum Thema ermöglichen. Dahinter verbergen sich Fragen wie: Was hat das Thema mit mir zu tun? Warum ist es relevant, dass ich mich damit beschäftige? Was habe ich davon für mich selbst?

Diese Fragen sind im *Ansatz des Lebensweltbezuges* enthalten. Bei der Auseinandersetzung mit dem Thema erfolgt meist eine subtile Beantwortung der Fragen. Durch die Herstellung eines Lebensweltbezuges kann verstärktes Interesse am Thema geweckt werden. Dies ist eine wichtige Voraussetzung für die Bereitschaft, sich mit weitergehenden Fragen auseinanderzusetzen. Diese Bereitschaft ist sowohl für Jugendliche, Schülerinnen und Schüler als auch in der Erwachsenenbildung unerlässlich. Der *Ansatz des Lebensweltbezuges* ist eng verknüpft mit der *Erfahrungsorientierung*, die sich im Wesentlichen auf zwei Ebenen vollzieht. Die erste Ebene umfasst die bisher gesammelten Erfahrungen, die zweite Ebene ermöglicht neue Erfahrungen. *Erfahrungsorientierung* nimmt das Individuum mit dem jeweils vorhandenen Wissen, den eigenen Ansichten und Interessen ernst, wodurch dieses bereit sein wird, darauf aufzubauen und weiter zu lernen. ■

■ **Bereits bestehende Bildungsangebote:**

Anders Denken. Politische Bildung gegen Antisemitismus

Die Website *Anders Denken. Die Onlineplattform für Antisemitismuskritik und Bildungsarbeit* bietet eine grundsätzliche Übersicht und Einführung in die Arbeit zum Thema. Die konzeptionelle und inhaltliche Entwicklung erfolgte durch das Projekt *Anders Denken. Politische Bildung gegen Antisemitismus*. Das Onlineangebot richtet sich an Lehrkräfte, pädagogische Fachkräfte, zivilgesellschaftliche Akteure sowie Interessierte und Engagierte, die sich pädagogisch mit Antisemitismus auseinandersetzen möchten. Auf der Website werden ausgewählte pädagogische Konzepte und Materialien vorgestellt und um Impulse in Form eigener Beiträge ergänzt. Sehr hilfreich sind die allgemeinen Hintergrundinformationen zu Antisemitismus und politischer Bildungsarbeit gegen Antisemitismus sowie der Zugang zu konkreten Methoden und Übungen. Das Projekt arbeitet mit zwölf bundesweit aktiven Bildungspartnern vor Ort zusammen, deren Angebote auf der Plattform ergänzend vorgestellt werden.

Discover Diversity – between the Present and the Past

Die *Kreuzberger Initiative gegen Antisemitismus e.V.* (KIgA) hat sich zur Aufgabe gemacht, junge Geflüchtete in die politische Bildung einzubeziehen. Über die Auseinandersetzung mit deren Erfahrungen und Perspektiven versucht sie, Zugänge zur historisch-politischen Bildung zu finden. Ausgehend von einer Beschäftigung mit Migrationsgeschichte und dem Umgang mit Vielfalt in der Vergangenheit steht das Zusammenleben in einer pluralistischen Gesellschaft in Deutschland im Mittelpunkt. Dazu gehören die Auseinandersetzung mit Vorurteilen, besonders mit antisemitischen Denk- und Deutungsmustern, sowie die Reflexion der eigenen Haltung dazu. Ziel ist es, Handlungsstrategien gegen alle Formen von Diskriminierung aufzuzeigen, insbesondere bezogen auf die eigenen Erfahrungen.

Das Projekt setzt an zwei Ebenen an. Zum einen wird eine Projektwoche für Willkommensklassen erarbeitet, zum anderen werden Geflüchtete zu Teamerinnen und Teamern der politischen Bildung ausgebildet. Wesentliches Merkmal ist die Einbeziehung junger Geflüchteter. Ihre Erfahrungen werden ernst genommen. Bei der Entwicklung der Projektwoche bringen sie sich und ihre Perspektive ein. Des Weiteren werden sie als Vorbilder aktiviert: Durch Qualifizierung werden sie zu Teamenden ausgebildet und übernehmen die Durchführung der Projektwochen. Somit wird den Schülerinnen und Schülern der Willkommensklassen ein anderer Zugang zu den Themen ermöglicht, als dies durch eine Lehrkraft ohne Fluchterfahrung möglich wäre.

Aus den Projekterfahrungen wurden 13 Thesen zur politischen Bildung mit geflüchteten Jugendlichen erarbeitet, die sicherlich auch auf die Arbeit mit Erwachsenen übertragen werden können. Auf das Thema Antisemitismus bezogen, wurden zwei Thesen formuliert:

- „Israelfeindlichen Positionen entgegenwirken und auf Kontroversität und Verständigung widersprüchlicher Positionen im Sinne der Ambiguitätstoleranz setzen.
- An soziale Deutungsmuster aus den Herkunftsregionen kritisch anknüpfen und dabei explizit nicht-antisemitische Perspektiven sichtbar machen.“ (KIgA 2017: 51)

Empowered by Democracy

Dieses Projekt hat weniger den Antisemitismus im Fokus. Es setzt sich jedoch zum Ziel, sowohl Jugendliche mit Flucht- als auch mit Migrationshintergrund in die Bildungsarbeit einzubeziehen. Empowered by Democracy versucht, eine heterogene Gesellschaft mit den Angeboten der politischen Bildung zu erreichen. Das Projekt wird unter anderem vom Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten (AdB) durchgeführt. Wie auch im zuvor beschriebenen Projekt der KIgA werden junge Geflüchtete ermutigt und dazu befähigt, selbst Teamerinnen und Teamer zu werden und sich in selbstgewählten Formaten der politischen Bildung mit Themen aus ihrem Lebensumfeld auseinanderzusetzen.

Darüber hinaus bietet das Projekt Erfahrungsaustausch und Weiterbildung. Multiplikatorinnen und Multiplikatoren der politischen Bildung können sich qualifizieren und ihre Arbeit mit jungen Geflüchteten professionalisieren. Dazu zählt die Entwicklung und Erprobung von Ansätzen und Methoden des gemeinsamen Demokratielernens für heterogene Zielgruppen: für junge Menschen mit und ohne Fluchthintergrund sowie mit und ohne Migrationshintergrund. Die Arbeit mit heterogenen Gruppen ist für alle Träger der politischen Bildung eine wichtige Herausforderung. Die Auseinandersetzung mit Antisemitismus ist ein kleiner Teil davon. Leider richten sich diese Angebote vorerst nur an die Mitgliedsorganisationen des AdB und die am Projekt beteiligten Träger: Der AdB kooperiert für das Projekt mit der Arbeitsgemeinschaft katholisch-sozialer Bildungswerke (AKSB), dem Bundesarbeitskreis Arbeit und Leben (AL) und der Evangelischen Trägergruppe für gesellschaftspolitische Jugendbildung.

Anne Frank. Morgen mehr.
Das interaktive Lernlabor zu Antisemitismus, Rassismus und Diskriminierung in Vergangenheit und Gegenwart

Ein Angebot für eine größere Zielgruppe ist das Projekt der Jugendbegegnungsstätte Anne Frank: Anne Frank. Morgen mehr. Das interaktive Lernlabor zu Antisemitismus, Rassismus und Diskriminierung in Vergangenheit und Gegenwart. Das Angebot will möglichst viele junge Menschen in Deutschland über Antisemitismus im Besonderen sowie Rassismus und Diskriminierung im Allgemeinen informieren und ihnen Handlungsmöglichkeiten aufzeigen, wie sie sich dagegen engagieren können. Die bewegenden Tagebuchaufzeichnungen des jüdischen Mädchens Anne Frank sind dabei für viele Jugendliche ein Türöffner, um zu verstehen, wohin eine Ideologie der Ungleichwertigkeit führen konnte. Das Projektes regt Jugendliche an, diese Erfahrung in ihre eigene Lebenswelt und ihren Alltag zu übertragen, und sensibilisiert sie für Diskriminierungsgeschehen, menschenverachtende Ideologien und Instrumentalisierungen in ihrem Umfeld. Die Jugendlichen sollen lernen, mit Diversität in ihrer Umgebung umzugehen, eigene Anliegen ohne Rückgriffe auf rassistische oder antisemitische Argumentationen vorzutragen und Handlungsstrategien gegen Antisemitismus zu entwickeln. »

» Auch in diesem Projekt werden Jugendliche besonders einbezogen. Eine jugendliche Fokusgruppe, die sich plural aus Mitgliedern der Migrationsgesellschaft zusammensetzt, begleitet das Entstehen kritisch und bestimmt mit. Der Ansatz im Lernlabor ist sehr partizipativ angelegt und bezieht persönliche Perspektiven mit ein. Denn nur wer sich wahr- und angenommen fühlt, ist bereit, eigene Haltungen und Verstrickungen zu überdenken, neues Wissen zuzulassen und die eigene Perspektive zu erweitern. Bei der Auseinandersetzung mit Antisemitismus in Geschichte und Gegenwart liegt der Fokus auf der Migrationsgesellschaft.
Das Projekt richtet sich hauptsächlich an Jugendliche, aber auch an pädagogische Fachkräfte, um diese in ihrer Arbeit zu unterstützen. Hierfür werden Ansätze der Menschenrechtsbildung, der Demokratieerziehung und der Radikalisierungsprävention sowie Ansätze der konstruktiven, gewaltfreien Kommunikation und Konfliktbearbeitung mit denen der politischen Bildung vereint.

Literaturhinweise

- Arnold, Sina: **Kann man Antisemitismus abschieben?**, FAZ 29.03.2018.
- Berliner Institut für empirische Integrations- und Migrationsforschung (Hrsg.): **Flucht und Antisemitismus.** Erste Hinweise zu Erscheinungsformen von Antisemitismus bei Geflüchteten und mögliche Umgangsstrategien. Qualitative Befragung von Expert_innen und Geflüchteten. Expertise für den Expertenkreis Antisemitismus, vorgelegt von Dr. Sina Arnold und Jana König (M.A.), Berlin 2016.
- Bildungsstätte Anne Frank (Hrsg.): **Weltbild Antisemitismus.** Didaktische und methodische Empfehlungen für die pädagogische Arbeit in der Migrationsgesellschaft, Frankfurt am Main 2011.
- Böhme, Christian/von Salzen, Claudia: **„Unsere Gesellschaft ist jetzt in der Pflicht".** Interview mit dem Antisemitismus-Beauftragten Felix Klein, Tagesspiegel, 20.05.2018.
- Hormel, Ulrike/Scherr, Albert: **Bildung für die Einwanderungsgesellschaft.** Perspektiven der Auseinandersetzung mit struktureller, institutioneller und interaktioneller Diskriminierung, Wiesbaden 2004.
- Jikeli, Günther/American Jewish Committee Berlin/Lawrence & Lee Ramer Institute for German-Jewish Relations (Hrsg.): **Einstellungen von Geflüchteten aus Syrien und dem Irak zu Integration, Identität, Juden und Shoah.** Forschungsbericht Dezember 2017, Berlin 2017.
- KIgA (Kreuzberger Initiative gegen Antisemitismus) (Hrsg.): **Discover Diversity.** Politische Bildung mit Geflüchteten, Berlin 2017. Online verfügbar unter http://www.kiga-berlin.org/uploads/Discover_Diversity.pdf
- Ranan, David: **Muslimischer Antisemitismus.** Eine Gefahr für den gesellschaftlichen Frieden in Deutschland?, Bonn 2018.

Larissa Bothe ist wissenschaftliche Referentin bei Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. und verantwortlich für die inhaltliche Konzeption der Argumentationstrainings gegen rechte Parolen im gleichnamigen Projekt.

Dennis Riffel

Gegen das Vergessen der Opfer von NS-„Euthanasie" und Zwangssterilisierung

Die Erinnerung an die NS-Patientenmorde ist ein wichtiger Teil der Gedenk- und Bildungsarbeit der Regionalen Arbeitsgruppen von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. In Frankfurt am Main hat sich ein Arbeitskreis innerhalb der Regionalen Arbeitsgruppe gebildet, der verstärkt an diesem Thema arbeitet. Mitglieder hiervon sind Margret Hamm und RAG-Sprecher Andreas Dickerboom.

Margret Hamm ist die ehemalige Geschäftsführerin des Bundes der „Euthanasie"-Geschädigten und Zwangssterilisierten (BEZ). Der Arbeitskreis hat die Präsentation der Ausstellung *erfasst, verfolgt, vernichtet. Kranke und behinderte Menschen im Nationalsozialismus* in Frankfurt mit einem umfangreichen Rahmenprogramm organisiert (dazu ein Bericht von Andreas Dickerboom auf Seite 32). Ein weiterer Schwerpunkt der Tätigkeit des Arbeitskreises ist die Erforschung des NS-Opferfeldes auf dem Frankfurter Hauptfriedhof. Unter den 120 Grabplatten liegen 500 Urnen, in denen sich die Asche von NS-Opfern befindet. In den meisten Fällen handelt es sich um Menschen, die 1941 im hessischen Hadamar – einer Tötungsanstalt der NS-„Euthanasie" – im Rahmen der sogenannten „T4-Aktion" systematisch ermordet wurden. Die überwiegend stark verwitterten Grabplatten geben die Namen, Geburts- und Sterbedaten der Opfer wieder, jedoch ohne Hinweis auf den Sterbeort. In der Regel ist das von den Tätern angegebene falsche Sterbedatum übernommen worden: Tatsächlich geschahen die Morde Tage oder gar Wochen früher. Die Falschangabe diente der Verschleierung der Mordtaten und erbrachte zynischerweise auch noch zusätzliche Pflegegelder. Der Arbeitskreis Zwangssterilisation und „Euthanasie" hat

Foto: Christoph Schneider

Gräberfeld auf dem Frankfurter Hauptfriedhof mit Opfern der NS-Euthanasie.

» es sich zur Aufgabe gemacht, die Grabplatten auf Basis korrekter Daten zu erneuern sowie eine Informationstafel anbringen zu lassen.

Mit Margret Hamm und dem Bund der „Euthanasie"-Geschädigten und Zwangssterilisierten arbeitete Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. jahrelang intensiv zusammen, um gemeinsam die Erinnerung an die Opfer der NS-Patientenmorde wachzuhalten und um „Euthanasie"-Geschädigte zu rehabilitieren und möglichst auch zu entschädigen. Letzteres ist leider nicht zufriedenstellend gelungen. Ein großer Erfolg der gemeinsamen Bemühungen war aber die Ächtung des „Gesetzes zur Verhütung erbkranken Nachwuchses" von 1933 durch den Deutschen Bundestag im Mai 2007. Das Gesetz galt bis zu diesem Zeitpunkt noch nicht als NS-Unrecht. Die Anerkennung als Unrecht war ein wichtiger Schritt zur Rehabilitierung der „Euthanasie"-Opfer, der ohne den jahrelangen Einsatz des Gründungsvorsitzenden von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V., Dr. Hans-Jochen Vogel, und des damaligen Vorsitzenden, Dr. h.c. Joachim Gauck, nicht zustande gekommen wäre. Hans-Jochen Vogel drängte während der mehrere Jahre andauernden Gespräche über ein angemessenes Erinnern am historischen Ort der Planungszentrale der Patientenmorde in der Berliner Tiergartenstraße auch immer wieder darauf, dort nicht nur ein Denkmal zu errichten, sondern vor Ort über die „Euthanasie"-Verbrechen im Nationalsozialismus sowie über Täter und Opfer zu informieren. Diesem Anspruch wird der im September 2014 eröffnete Gedenk- und Informationsort Tiergartenstraße 4 mit der einladenden Freiluftausstellung in hohem Maße gerecht. Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. fungiert seit Anfang 2010 als Anlaufstelle für Interessierte zum Thema NS-„Euthanasie" und vermittelt Anfragen zu diesem Thema an Margret Hamm weiter. ■

Weitere Informationen:
https://www.euthanasiegeschaedigte-zwangssterilisierte.de/

Die Tötungsanstalt Hadamar 1941 mit rauchendem Schornstein.

Foto: Gedenkstätte Hadamar

Dr. Dennis Riffel ist Leiter des Fachbereichs Geschichte und Erinnerung in der Geschäftsstelle von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.

Buchinformation:

Namen, Lebensdaten und Lebensgeschichten von Münchner Bürgerinnen und Bürgern, die Opfer der „Euthanasie"-Aktion wurden, finden sich in einem kürzlich erschienenen Gedenkbuch:

NS-Dokumentationszentrum München und Bezirk Oberbayern (Hrsg.)
Gedenkbuch für die Münchner Opfer der nationalsozialistischen „Euthanasie"-Morde.
Wallstein Verlag, Göttingen 2018
Gebundene Ausgabe, 432 Seiten • ISBN: 978-3-8353-3212-6 • 24,90€

RAG Rhein-Main

Andreas Dickerboom

Ausstellung über NS-„Euthanasie“ in Frankfurt am Main

Die Regionale Arbeitsgruppe Rhein-Main präsentierte die Ausstellung *erfasst, verfolgt, vernichtet* über den Mord an Kranken und behinderten Menschen im Nationalsozialismus im Zollamtssaal des Hauses am Dom.

Foto: Holger Koppe

Szenische Lesung „Der Fall Olga Benario“ im Frankfurter Gallus Theater als Teil des Rahmenprogrammes.

Prof. Frank Schneider erhielt 2015 den Preis *Gegen Vergessen – Für Demokratie* unserer Vereinigung für sein Engagement bei der Aufarbeitung der NS-Zeit durch die Deutsche Gesellschaft für Psychiatrie und Psychotherapie, Psychosomatik und Nervenheilkunde (DGPPN). Das war Anlass für die Regionale Arbeitsgruppe Rhein-Main, zusammen mit dem Arbeitskreis Zwangssterilisation und „Euthanasie“ Frankfurt und der AG Bund der „Euthanasie“-Geschädigten und Zwangssterilisierten (BEZ) die Wanderausstellung der DGPPN *erfasst, verfolgt, vernichtet* zum Mord an Kranken und behinderten Menschen im Nationalsozialismus nach Frankfurt am Main zu holen. Von 10. April bis 17. Mai 2018 war die Ausstellung im Zollamtssaal gegenüber dem Frankfurter Dom zu besichtigen.

Die Vorbereitungen begannen bereits zwei Jahre vor Präsentation der Ausstellung. Der Arbeitskreis Zwangssterilisation und „Euthanasie“ Frankfurt am Main, bestehend aus drei ehrenamtlichen Mitgliedern (Margret Hamm, Christoph Schneider, Andreas Dickerboom), begab sich zunächst auf die Suche nach einem geeigneten Ort für die Ausstellung. Durch die gute Kooperation des Vereins Gegen Vergessen – Für Demokratie mit der Katholischen Akademie Rabanus Maurus (Haus am Dom) konnte mit dem Zollamtssaal ein hervorragender Ort für die Präsentation gefunden werden: Der Saal liegt zentral und bietet zugleich die dem Thema angemessene Ruhe. Durch intensives Fundraising konnte der recht hohe Bedarf an finanziellen Mitteln über die Stadt Frankfurt sowie Stiftungen eingeworben werden.

Verantwortung der Ärzteschaft für NS-Krankenmord

Die Ausstellung wurde am 10. April im gut besuchten Großen Saal im Haus am Dom eröffnet. Der Medizinhistoriker Professor Volker Roelcke von der Universität Gießen betonte als Hauptredner die Verantwortung der Ärzteschaft für Zwangssterilisationen und Krankenmord. Das Programm von Eugenik und sogenannter „Rassenhygiene“ sei den Ärzten keineswegs aufgezwungen worden, sondern habe bereits vor der NS-Machtübernahme existiert und sei dankbar aufgenommen worden. Das „Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“ von 1933 als Grundlage für die Zwangssterilisation von etwa 400.000 Menschen knüpfte nahtlos daran an.

Und so thematisiert auch die Ausstellung die ideologische Vorgeschichte der Eugenik, die ins 19. Jahrhundert zurückreicht, sowie die der pseudowissenschaftlichen „Rassenhygiene“, die spätestens in den 1920er Jahren in Deutschland und auch anderswo sehr stark verbreitet war. Im Mittelpunkt der Ausstellung *erfasst, verfolgt, vernichtet* steht jedoch die systematische Ermordung kranker und behinderter Menschen, bekannt geworden als „T4-Aktion“ (1940/41), durch die in sechs zentralen Tötungsanstalten etwa 70.000 Menschen ums Leben kamen. Gezeigt wird auch die darauffolgende

Foto: Andreas Dickerboom

Die erste Tafel der Ausstellung im Frankfurter Zollamtssaal.

„dezentrale Euthanasie", der nach dem offiziellen Stopp von „T4" eine noch größere Anzahl Menschen zum Opfer fiel.

Die Ausstellung wurde von etwa 2.500 Menschen besucht, darunter viele Schüler. Das Pädagogische Zentrum des Fritz Bauer Instituts in Frankfurt hatte ein spezielles Konzept für die Begleitung von Schülergruppen erarbeitet und auch eine gut besuchte Lehrerfortbildung an der Goethe-Universität angeboten.

Umfangreiches Rahmenprogramm

Im interdisziplinären Vorbereitungsteam wirkten neben BEZ und dem Arbeitskreis Zwangssterilisation und „Euthanasie" auch Vertreter des Frankfurter Universitätsklinikums mit. Das Team ermöglichte für diese bislang an fast 40 Orten im In- und Ausland gezeigte Ausstellung ein außergewöhnliches, umfangreiches Rahmenprogramm. Regionale und lokale Aspekte kamen dabei nicht zu kurz.

Ein Schwerpunkt bestand in historischen Rekonstruktionen zu bislang offenen oder nur ansatzweise erforschten Themen, ein anderer in neuen Sichtweisen auf bislang eher einseitig betrachtete Aspekte der NS-„Euthanasie". Dazu zählen die Rolle des Bischofs von Galen, der Zusammenhang zwischen Zwangsarbeit und „Euthanasie" am Beispiel der Frankfurter Adlerwerke, die Rolle der Universitätsnervenklinik im Nationalsozialismus sowie des Frankfurter NS-Mediziners Hans Grebe oder die Frage nach dem Zusammenspiel von Biologismus und Ökonomie. Eine viel beachtete Veranstaltung brachte mit Johannes Warlo den mittlerweile 90-jährigen ehemaligen Oberstaatsanwalt und Wegbegleiter von Fritz Bauer aufs Podium, der für die „Euthanasie"-Verfahren in Frankfurt zuständig war.

Auszüge aus dem Gästebuch:

- „Eine sehr notwendige und schonungslos ehrliche Nabelschau der DGPPN."
- „Eine sehr gute Ausstellung. Als Mensch mit einer Behinderung hätte ich diese Zeit auch nicht überlebt."
- „Eine ganz wichtige Ausstellung! Entsetzlich, dass die Entschädigung quasi nicht stattfand."
- „Als Mutter einer leicht geistig behinderten Tochter sind mir die Tränen geflossen."

Ein weiterer Schwerpunkt bestand in der Auseinandersetzung mit der Psychiatrie, was einen Bogen in die Gegenwart spannte. So wurden beispielsweise Veranstaltungen zur Ethik in der Psychiatrie und zu aktuellen medizinethischen Fragen angeboten.

Ausgrenzung von Opfern bis heute

Die Ausstellung *erfasst, verfolgt, vernichtet* will den Opfern Namen und Gesichter zurückgeben. Deshalb spielte im Rahmenprogramm der Umgang mit den Opfern gerade auch im Nachkriegsdeutschland eine wichtige Rolle. Eine Veranstaltung mit Rechtsanwalt Andreas Scheulen und Margret Hamm (BEZ), die über die beschämende „Nicht-Entschädigung" von Opfern und deren Angehörigen informierten, sorgte für Kopfschütteln und Empörung im Publikum, da das Wissen über die zum Teil bis heute andauernde Ausgrenzung besonders dieser Opfergruppe noch immer sehr gering ist.

Deutlich wurde, dass der Forschungsstand zu vielen Aspekten noch erstaunlich rudimentär ist. Die Präsentation der Ausstellung *erfasst, verfolgt, vernichtet* hat dazu beigetragen, ein in weiten Teilen unkundiges Publikum aufzuklären. Darüber hinaus wurden wichtige Impulse für die weitere Auseinandersetzung mit diesen Themen gesetzt, beispielsweise mit der Rolle der Universitätsnervenklinik im Nationalsozialismus sowie der Psychiatrie heute. Bis jetzt existiert kein Gedenkort für die Opfer der NS-„Euthanasie" in Frankfurt. Der Arbeitskreis Zwangssterilisation und „Euthanasie" Frankfurt am Main ist jedoch mit der Stadt im Gespräch darüber, auf dem Frankfurter Hauptfriedhof an einem Gräberfeld mit Urnen von überwiegend in der Tötungsanstalt Hadamar vergasten „Euthanasie"-Opfern eine Informationstafel anbringen zu lassen. Die Ausstellung ist in jedem Fall Ansporn für den Arbeitskreis und die Regionale Arbeitsgruppe Rhein-Main, sich in Frankfurt auch weiterhin mit den Themen Zwangssterilisation und „Euthanasie" zu befassen. ■

Andreas Dickerboom ist Sprecher der Regionalen Arbeitsgruppe Rhein-Main sowie stellvertretender Sprecher aller Regionalen Arbeitsgruppen von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.

RAG Hamburg

Hans-Peter Strenge

RAG Hamburg auf Spurensuche in Schwerin

Die seit einigen Jahren schon zur Tradition gewordene Exkursion der RAG Hamburg zu Erinnerungsorten in Norddeutschland für die Zeit 1933 bis 1945 sowie 1945 bis 1989 führte im Juni 2018 nach Schwerin zum *Dokumentationszentrum des Landes Mecklenburg-Vorpommern für die Opfer der Diktaturen in Deutschland*.

Die RAG Hamburg veranstaltet seit einigen Jahren gemeinsam mit dem Julius-Leber-Forum der Friedrich-Ebert-Stiftung Fahrten zu Gedenkstätten und Erinnerungsorten in der näheren und weiteren Umgebung Hamburgs. So ging es zum Lager Sandbostel bei Bremervörde, zum Bunker Valentin an der Unterweser, zum Grenzhus an der deutsch-deutschen Grenze in Schlagsdorf, nach Bützow-Dreibergen oder zu den Konzentrations- und Außenlagern Bergen-Belsen, Wöbbelin bei Ludwigslust und Springhirsch bei Kaltenkirchen.

In diesem Jahr war Schwerin das Ziel und dabei zuerst das Dokumentationszentrum am Demmlerplatz. Anschließend stand ein Stadtrundgang zu Orten der Friedlichen Revolution in der Stadt im Herbst 1989 auf dem Programm.

Noch während des Ersten Weltkrieges wurde 1916 am Demmlerplatz, in einer bürgerlichen Wohngegend westlich der Schweriner Innenstadt, ein Justizzentrum mit Landgerichtsgebäude und Gefängnistrakt errichtet. Von 1933 bis 1945 saßen hier Gegner des NS-Regimes ein, die vom Sondergericht oder vom Erbgesundheitsgericht, die im Landgerichtsgebäude tagten, verurteilt worden waren.

Nach Einzug der Sowjets in Schwerin am 1. Juli 1945 belegten der sowjetische Geheimdienst NKWD und das Sowjetische Militärtribunal (SMT) das Gerichtsgebäude. Im Gefängnistrakt entfaltete sich fortan der stalinistische Unterdrückungsapparat mit Verfolgung, brutalen Verhören und drakonischen Urteilen. 1954 ging der Komplex an die Bezirksverwaltung Schwerin des Ministeriums für Staatssicherheit. Von hier aus wurden für den Bezirk Unterdrückungsmaßnahmen Andersdenkender geplant und durchgeführt, bis 1990 die Justizverwaltung des Landes einzog. Aus dem Gefängnistrakt wurde in mehreren Stufen das heutige Dokumentationszentrum entwickelt.

Foto: Gaby Wittpohl, Julius-Leber-Forum der Friedrich-Ebert-Stiftung

Beklemmend: Die Führung durch die Zellentrakte bot den Teilnehmenden der Exkursion einen realistischen Eindruck von dem ehemaligen Gefängnis.

Eingangsschleuse, Gefängnishof und Zellentrakt sind im Wesentlichen unverändert erhalten. Auf drei Ebenen sind die Zellentrakte noch vorhanden, dabei werden auf einer Ebene jeweils Häftlingsschicksale, aber auch die Hintergründe der Systeme dargestellt, die von 1933 bis 1945, von 1945 bis 1954 und von 1954 bis 1989 wirkten. Besonders beklemmend wirkt die jeweilige Ausstattung der Zellen. Die letzte „Modernisierung" 1978 mit WC-Einbau und Waschbecken zeigt einfachstes DDR-Interieur. Büroräume mit Verhörräumen komplettieren den auch heute noch realistischen Eindruck. Die Stasi legte großen Wert darauf, dass – mitten im Wohngebiet gelegen – von außen wenig einzusehen war, wiewohl den Anwohnern nicht verborgen blieb, was sich in dem Gebäudekomplex abspielte.

Die Mitarbeiterin Heike Müller gab eine beeindruckende Führung. Sie war zu DDR-Zeiten zunächst Lehrerin, musste aber 1987 wegen mangelnder Linientreue den Schuldienst quittieren. Anschließend machte die Gruppe mit zwei Vertretern der Memoriale, einer Vereinigung, die das Wendegeschehen 1989/90 lebendig halten will, einen Rundgang zu Erinnerungsorten des Herbstes 1989: die Friedensgebete in der Paulskirche, die „Kerzendemo" rund um den Pfaffenteich vom 23. Oktober 1989 mit dem Abstellen der brennenden Lichter auf den Fenstersimsen der Volkspolizeidienststelle und die Kundgebung im Alten Garten gegenüber dem Schloss am Schweriner See, welche die örtliche SED mit dem Aufmarsch von Betriebskampfgruppen vergeblich zu dominieren versuchte.

Die RAG Hamburg wird auch künftig gegen das Vergessen nicht nur mit Schriften, Vorträgen und Worten, sondern auch mit dem Erleben und Nachvollziehen an Ort und Stelle tätig werden. So ist 2019 eine Fahrt nach Esterwegen im Emsland geplant, unter anderem zum Gedenken an den Altonaer Polizeipräsidenten und Reichstagsabgeordneten Otto Eggerstedt, der dort im Oktober 1933 zu Tode gequält wurde. ■

Hans-Peter Strenge ist Sprecher der Regionalen Arbeitsgruppe Hamburg und war Bezirksamtsleiter in Hamburg-Altona (1984–1995), Staatsrat für Justiz in Hamburg (1996–2001) sowie Präsident der Synode der Nordelbischen Ev.-Luth. Kirche (200–2012).

RAG Münsterland

Chiara Oldach, Oliver Kottmann

Geschichtsakademie für neue Mitglieder aus der RAG Münsterland im schlesischen Kreisau

Ein Blick auf das polnisch-deutsche Verhältnis und ein beeindruckendes Konzert mit Liedern von NS-Verfolgten.

Die diesjährige Neumitgliederakademie der Regionalen Arbeitsgruppe Münsterland nahm das wechselvolle Verhältnis zwischen Polen und Deutschland in den Blick. Dies geschah an einem symbolträchtigen Ort: im schlesischen Krzyżowa/Kreisau. Vier Tage lang wurde auf dem berühmten früheren Gutshof der Familie von Moltke getagt. Dieser Gutshof, der nach Ende des Kalten Krieges das Herzstück der „Stiftung Kreisau für europäische Verständigung" wurde, fördert heute in vielfacher Hinsicht Begegnungen und würdigt den Widerstand gegen das NS-Regime in mehreren Ausstellungen sowie mit einer Gedenkstätte. Unterstützt wurde diese Veranstaltung von der Geschäftsstelle von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. und dem Geschichtsort Villa ten Hompel der Stadt Münster. Traditionell ermutigen die beiden Kooperationspartner die neu beigetretenen Mitglieder von Gegen Vergessen – Für Demokratie, sich in Projekten mit Jugendlichen nachhaltig zu engagieren und eigene Führungen oder Seminare in Gedenkstätten aktiv zu gestalten. Die Rolle des „Kreisauer Kreises" war deshalb während der Workshops ebenso Thema wie der Blick auf die deutschen Besatzungsregime während des Zweiten Weltkriegs in Polen, in Belarus oder im Baltikum. Ein besonderer Programmpunkt der Tagung war ein beeindruckendes Konzert: Jonas Höltig und Tassilo Rinecker brachten Lieder von NS-Verfolgten zu Gehör und erzählten deren Geschichten.

Die Geschichtsakademie steht auch anderen Regionalen Arbeitsgruppen offen. Für die Pfingstwoche 2019 ist die nächste Akademie in Planung. Sie wird vom 11. bis 14. Juni 2019 in Gleichen bei Göttingen stattfinden mit Exkursionstag zur KZ-Gedenkstätte Buchenwald in Weimar. ■

Informationen und Anmeldungen bei Stefan Querl in der Villa ten Hompel per Mail: *querl@ns-gedenkstaetten.de*.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Neumitglieder-Akademie, hier während der Exkursion vor der Synagoge Dzierżoniów, dem ehemaligen Reichenbach im Eulengebirge.

Foto: Oliver Kottmann

Leid musikalisch verarbeitet

Foto: Oliver Kottmann

Lieder von Verfolgten ist ein Programm mit Liedgut aus der Zeit des Nationalsozialismus. Die Künstler Jonas Höltig und Tassilo Rinecker erzählen die packenden, traurigen und hoffnungsvollen Geschichten der Lieder und ihrer Komponisten. Dadurch findet eine bewegende Auseinandersetzung mit der individuellen Verfolgung statt.
Sensibel interpretiert und musikalisch vor der beeindruckenden Kulisse des früheren Gutes derer von Moltke aufgeführt: Jonas Höltig (links) und Tassilo Rinecker (rechts) aus der Exkursionsgruppe würdigen mit ihrem Programm Lieder von NS-Verfolgten. Eine Homepage informiert über alle Einzelheiten, das Programm kann von anderen Institutionen gebucht werden. Eine begleitende Publikation zum Projekt ist druckfrisch erschienen. Mehr Informationen unter: *http://lieder-von-verfolgten.de/*

„Neugier auf andere Perspektiven wecken“

Vor neun Jahren hat Ursula Brenken während ihres Studiums selbst an einer solchen Akademie der westfälischen RAG teilgenommen. Seit gut einem Jahr ist die heutige Lehrerin Sprecherin der RAG Münsterland. Im Interview zieht sie Bilanz zu diesem Angebot für Neumitglieder.

Liebe Ursula, im Rahmen der Neumitgliederakademie in Krzyżowa/Kreisau warst du eine große Bereicherung für die Gruppe. Was hast du aus dem Programm für deine künftige Arbeit als Regionalsprecherin mitnehmen können? Gab es etwas, das dich besonders beeindruckt hat?

Beeindruckt haben mich Engagement und Interesse der neu beigetretenen Mitglieder, was mich wiederum für meine Arbeit als Sprecherin sehr motiviert. Die meisten, die Pfingsten mitgefahren sind, stecken mitten im Studium und investieren trotzdem sehr viel Zeit, um zum Beispiel als Guides in Gedenkstätten mitzuarbeiten. Mitgenommen habe ich die Erkenntnis, dass dieser persönliche Austausch über Grundfragen der Vermittlung und über das gemeinsame Gruppenerlebnis eine wichtige Basis für unsere Arbeit im Münsterland ist.

In Schlesien haben wir während der Tagung in der Gruppe viel über deutsche und polnische Erinnerungskultur, Gemeinsamkeiten und Unterschiede, über Gedenkstättenpädagogik und Rechtsextremismusprävention gesprochen. Gab es ein „Highlight“ für dich und einen Aspekt, der dir als Regionalsprecherin ganz besonders am Herzen liegt?

Foto: Klaus Brenken

Ursula Brenken ist seit 2017 aktiv als Sprecherin der RAG Münsterland und war vor neun Jahren selbst Teilnehmerin einer Geschichtsakademie in Essen.

Das persönliche „Highlight“ war ganz eindeutig das Konzert unserer beiden Mitfahrer Jonas und Tassilo: Sie haben „multiinstrumental“ Lieder, die in Konzentrationslagern entstanden sind oder auch als Trost und Ermutigung heimlich von Verfolgten gesungen wurden, zum Teil sogar open air vor der wunderschönen Kulisse des früheren Gutshofes und Schlosses interpretiert. Es war für die gesamte Gruppe ein bewegender und sehr nachdenklich stimmender Abend. Besonders am Herzen liegt mir, dass die Mitglieder sich auf der Fortbildung weiterentwickeln konnten und dabei inhaltlichen sowie methodischen Input bekamen, der sie bei ihrer weiteren Arbeit an den verschiedenen NS-Gedenkorten – stets im Auftrag gegen das Vergessen und für die Demokratie – unterstützen wird.

Du hast uns bei unserer Exkursion begleitet und neue Leute kennengelernt. Was möchtest du allen Aktiven aus der Regionalen Arbeitsgruppe Münsterland für ihre weitere Arbeit mit Jugendlichen mit auf den Weg geben?

Ich möchte alle nur dazu ermuntern, das weiterzuleben, was sie auf der Fahrt bereits „mitgebracht“ haben: Dialogbereitschaft, Neugier auf andere Perspektiven und Standhaftigkeit beim Vertreten der eigenen Meinung – dabei jedoch immer eine klare Grenze ziehend zu nichtdemokratischen und menschenverachtenden Äußerungen. ■

Das Interview führten Chiara Oldach und Oliver Kottmann.

Chiara Oldach und **Oliver Kottmann** engagieren sich beide neben ihrem Studium an der Westfälischen Wilhelms-Universität in Münster nachhaltig am Geschichtsort Villa ten Hompel sowie in der Regionalen Arbeitsgruppe Münsterland des von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. **Ursula Brenken** ist Sprecherin und leitet die RAG mit Sprecher **Horst Wiechers**, der Beitragspatenschaften schuf und fördert.

Stefan Querl

Eine Tour per „Leeze“ und das Leitwort von „Gespaltenen Gesellschaften“

Regionalarbeitsgruppe Münsterland engagiert sich für den 52. Historikertag.

Friedensstadt, Krimikult, „Körbe“ oder „Käfige“ von Sankt Lamberti, „Leezen“ und die Kauflust bei den Weihnachtsmärkten: Münsters bekannte Facetten in der Außenwahrnehmung humorvoll und historisch fundiert zu spiegeln, aber auch ernste Aspekte kontrovers hinzuzufügen, das sind aktuell die Ziele der Regionalen Arbeitsgruppe Münsterland. Mit Sprecher Horst Wiechers und Sprecherin Ursula Brenken engagiert sich die RAG nachhaltig für den 52. Historikertag in Münster, der vom 25. bis 28. September stattfinden und unter dem Leitwort „Gespaltene Gesellschaften“ stehen wird.

Ein Infostand von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. wird von der RAG vorbereitet. Zudem wird – formvollendet für die westfälische Hauptstadt der „Leezen“, der Fahrräder – eine **offene Radtour zu Orten der Zeitgeschichte** im Zentrum angeboten. **Start ist vor dem Markt-Café auf dem Domplatz neben der Post am Donnerstag, dem 27. September, um 13.30 Uhr.** Dauer und Route der Tour werden dort näher vorgestellt, um Mitfahrern die Teilnahme an weiteren Wunschpanels im Rahmen des Historikertags zu ermöglichen.

Auswärtige Gäste erhalten die Möglichkeit der Radausleihe zum Selbstkostenpreis zu Tourenbeginn am Treffpunkt. In den Blick genommen wird vorwiegend das 20. Jahrhundert: Die Rolle Münsters in der Weimarer Republik oder als Gauhauptstadt im Nationalsozialismus, ebenso der Wiederaufbau in den Nachkriegsjahren und die Denkmalsymbolik zur Zeit des Kalten Kriegs. Aber auch Protestbewegungen der Gegenwart gegen Rechtspopulismus, Hass, Holocaustleugnung und antisemitische Übergriffe werden an ausgewählten Orten näher zur Diskussion gestellt. Trauriger, aber thematisch wichtiger Blick auf die Gegenwart: Ein Innehalten am Kiepenkerl, dem Ort der tödlichen Amokfahrt vom vergangenen April, die europaweites Aufsehen erregte.

Teil des Angebots ist zudem ein Rundgang durch den Geschichtsort Villa ten Hompel, der in einer Ausstellung zur Auseinandersetzung mit NS-Täterschaft, Verfolgten, Opfern und Überlebenden des NS-Gewaltregimes anregt. Für Kartenin-

Foto: Peter Wolter (ADFC)

Stationen in der Innenstadt – wie hier bei einer früheren Fahrradführung zur Zeitgeschichte – sorgen für großes Interesse, gerade bei auswärtigen Gästen der Stadt Münster. Zum Historikertag Ende September ist auch ein Innehalten am Kiepenkerl geplant, am Ort der tödlichen Amokfahrt vom April, die für Aufsehen gesorgt hatte.

haber des Historikertags, für Mitglieder von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. sowie des Allgemeinen Deutschen Fahrradclubs ist die Teilnahme an der Tour kostenfrei. Andere zahlen drei Euro. Es ist keine Anmeldung erforderlich. Tourenleiter ist Stefan Querl, Mitglied der Regionalen Arbeitsgruppe Münsterland und stellvertretender Leiter des Geschichtsortes Villa ten Hompel. ■

Termine
52. Historikertag: 25. – 28.09.2018
Radtour: 27.09.2018, 13.30 Uhr

Details zu den Beiträgen der RAG und zum gesamten Tagungsprogramm auf *www.historikertag.de*

Stefan Querl ist Mitglied der Regionalen Arbeitsgruppe Münsterland von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. und stellvertretender Leiter des Geschichtsorts Villa ten Hompel in Münster.

RAG Ostwürttemberg stellt sich vor

Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. ist dort stark, wo sich engagierte Bürgerinnen und Bürger zusammenfinden, um vor Ort gemeinsam für die Demokratie einzutreten. Derzeit bestehen bundesweit 40 Regionale Arbeitsgruppen und Sektionen, die wir an dieser Stelle vorstellen möchten – mit den Gesichtern, die dahinter stehen. In dieser Ausgabe gibt Sprecher Rüdiger Walter Auskunft über die RAG Ostwürttemberg.

Foto: privat

Name: **Geburtsdatum:** **Beruf:**	**Rüdiger Walter** 12. August 1957 Leichtflugzeugbauer
Motto unserer Initiative:	„Es zu verstehen ist unmöglich, doch es zu wissen ist notwendig, und sich zu erinnern ist eine Verpflichtung." (Primo Levi)
So bin ich bei Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. gelandet:	Als wir im Herbst 2016 eine Holocaust-Gedenkveranstaltung in Aalen vorbereiteten, nahmen wir Kontakt mit der RAG Baden-Württemberg von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. auf. Daraus ist eine sehr gute und angenehme Zusammenarbeit erwachsen und schließlich die Idee, eine eigene RAG in Ostwürttemberg zu gründen.
Daraus ziehe ich Motivation für meine ehrenamtliche Arbeit:	Meine Generation ist in einem Klima der Verdrängung, des Wegschauens, der Ausreden und Relativierungen aufgewachsen. Doch man kann die Barbarei des Nationalsozialismus nicht verstehen ohne die Erkenntnis, dass er seine Schwungmasse entscheidend aus der kumulierten Schwungmasse der „kleinen Rädchen" bezog. Die massenhafte Bereitschaft zum Wegschauen war (und ist!) eine wesentliche Voraussetzung des Zivilisationsbruchs. Dagegen helfen nur das Selberdenken, historisches Bewusstsein und die Urteilsfähigkeit jenseits der Einflüsterungen der neuesten Alltagsdiskurse. So gesehen ist Erinnerungsarbeit auch ein Weg, die eigene Verantwortung für die Zukunft ernst zu nehmen und – last but not least – bei Verstand zu bleiben.
Diese Themen interessieren mich besonders:	Es ist noch nicht so lange her, dass wir mit der triumphalistischen Vorstellung vom „Ende der Geschichte" konfrontiert wurden, man könnte auch sagen, der abgeschmackten Idee einer Art von „tausendjährigem Reich des Neoliberalismus". Tatsächlich zeigt sich, dass überall auf der Welt die rapide wachsende ökonomische Ungleichheit, Prekarisierung und Verunsicherung breiter Schichten mit der Empfänglichkeit für autoritäre Populisten und menschenfeindliche Ideologien einhergeht. Mir scheint, dass die wuchernden populistisch-menschenfeindlichen Ideologien komplementär zu einem Menschenbild sind, das die Individuen immer rigider zu Objekten „alternativloser" ökonomischer Zwänge reduziert. Das eine lässt sich meines Erachtens nicht bekämpfen, ohne das andere zu hinterfragen.
Hier bin ich außerdem aktiv:	• Bündnis Aufstehen gegen Rassismus Ostalb • Attac Aalen
Die Idee zur Regionalen Arbeitsgruppe Ostwürttemberg entstand …	… aus dem Bedürfnis heraus, die vielen isoliert arbeitenden, in Erinnerungsarbeit engagierten Gruppen und Einzelpersonen miteinander zu vernetzen.
Die Regionale Arbeitsgruppe Ostwürttemberg ist …	… wahrscheinlich etwas untypisch, insofern wir uns als offenes Netzwerk mit Erinnerungsarbeit befasster Initiativen und Einzelpersonen aus der Region verstehen.
Für die Arbeit in der RAG wünsche ich mir, …	• viele Synergieeffekte und Anregungen durch den intensiven Austausch der beteiligten Gruppen, • ein breites Angebot an Bildungsarbeit, das die Möglichkeiten der einzelnen Initiativen erweitert, um insbesondere junge Menschen anzusprechen, • langen Atem, bereichernde Zusammenarbeit und interessante Begegnungen.

Wolfram Wette

Ludwig Baumann: Ein außergewöhnlicher Mensch

Die *Bundesvereinigung Opfer der NS-Militärjustiz* trauert um Ludwig Baumann. Als Vorsitzender seit ihrer Gründung im Jahre 1990 war er zugleich das Gesicht der Vereinigung, das über viele Jahre hinweg in vielen großen und kleinen Medien präsent gewesen ist.

Ludwig Baumann war ein außergewöhnlicher Mensch. Wer ihn kannte, hat ihn als eine authentische Persönlichkeit in Erinnerung. Was er sagte und wie er es sagte, besaß Überzeugungskraft, weil es auf der leidvollen Erfahrung eines Mannes beruhte, der in der Nazizeit verfolgt worden war. Die gegen ihn wegen Desertion verhängte Todesstrafe, das monatelange Warten auf die Vollstreckung des Urteils, die Umwandlung der Strafe in KZ-Haft, später das Strafbataillon – diese Erlebnisse hinterließen tiefgreifende Spuren. Die NS-Militärjustiz, die ein Urteil des Bundesgerichtshofs treffend „Blutjustiz" nennt, eine Justiz, die sich der Rechtsbeugung schuldig gemacht hat, fällte nicht nur die unglaubliche Anzahl von 30.000 Todesurteilen, von denen etwa 20.000 vollstreckt wurden. Sie traumatisierte Menschen wie Ludwig Baumann auch auf Jahrzehnte hinaus, oft sogar lebenslang. Allein schon der Name des ehemaligen Marinerichters Hans Filbinger weckte tiefsitzende Ängste in ihm.

Seine Leidensgeschichte trieb Ludwig Baumann jedoch nicht in eine lebenslange Depression, in Fatalismus und Resignation, sondern – vor allem in der letzten Phase seines Lebens – auf den Weg des Kampfes um die Wiederherstellung seiner Würde, um die Rehabilitierung seiner eigenen Person und die seiner Leidensgenossen. Diffamiert und verfolgt wurden die Deserteure der Wehrmacht ja nicht nur in der Nazizeit selbst. Auch in der Nachkriegszeit änderte sich daran zunächst nur wenig bis nichts. Ich habe Ludwig Baumanns Erzählung noch im Ohr. Wie er sich Beschimpfungen anhören musste: Verräter, Feiglinge und Dreckschweine seien sie gewesen, die Deserteure und Wehrkraftzersetzer. Nicht nur die NS-Ideologie, sondern die ganze Tradition des preußisch-deutschen Militarismus schwang in solchen Diffamierungen mit.

Foto: Bundesvereinigung Opfer der NS-Militärjustiz e.V.

Ludwig Baumann 2011, an seinem 90. Geburtstag.

Die Opfer der NS-Militärjustiz reagierten auf die ungebrochenen Schmähungen, indem sie sich zurückzogen und über ihre Erlebnisse während des Zweiten Weltkrieges schwiegen.

In der ersten Hälfte der 1980er Jahre erlebte die Bundesrepublik Deutschland eine bis dahin nicht gekannte Massenbewegung für Frieden und Abrüstung. Stichwort: „Nachrüstung". Auch Ludwig Baumann engagierte sich in der Friedensbewegung. Er war damals bereits um die 60 Jahre alt. Nun kam erstmals nach dem Zweiten Weltkrieg die Frage eines möglichen Widerstandes gegen den Militärdienst auf. Von Soldaten und Reservisten der Bundeswehr, die nachträglich den Kriegsdienst verweigerten, wurde ein historischer Bezug zu den Wehrmachtsdeserteuren hergestellt, die sich unter sehr viel schwierigeren Bedingungen dem Kriegsdienst entzogen hatten.

Offenbar erkannte Ludwig Baumann, dass sich nun bessere Voraussetzungen denn je dafür boten, gegen das Negativimage der Wehrmachtdeserteure in der Öffentlichkeit offensiv aufzutreten und für ihre Rehabilitierung zu streiten. Und doch dauerte es noch einmal fast ein ganzes Jahrzehnt, bis 1990 eine kleine Schar alter Männer dem Aufruf Ludwig Baumanns folgte, sich zusammenzuschließen und gemeinsam für die Rehabilitierung zu kämpfen. Es war die Geburtsstunde der *Bundesvereinigung Opfer der NS-Militärjustiz*.

Ludwig Baumann war damals, als die Vereinigung ihre Arbeit begann, bereits 69 Jahre alt. Wie die Kundigen wissen, ging es nur zähflüssig voran, gegen große Widerstände innerhalb und außerhalb des Deutschen Bundestages, dann aber mit wachsender Zustimmung in der Gesellschaft und letztendlich mit dem zunächst gar nicht für möglich gehaltenen Erfolg, dass die Deserteure der Wehrmacht, die Kriegsdienstverweigerer, Wehrkraftzersetzer und schließlich sogar die wegen Kriegsverrats Verurteilten rehabilitiert wurden: moralisch, juristisch und politisch – in drei Etappen: 1998, 2002 und 2009. Im Rückblick betrachtet, handelt es sich um eine späte Erfolgsgeschichte. Sie beruhte auf einem bemerkenswerten, erstaunlichen Meinungswandel in der Bevölkerung und führte zu einer Mehrheit im Parlament, die 2002, als es um die Deserteure ging, aus SPD, Grünen und Linken bestand.

Ludwig Baumann hat zu diesem Erfolg maßgeblich beigetragen. Der zierlich, manchmal zerbrechlich wirkende Mann agierte nicht als lautstarker Interessenvertreter oder gar als Propagandist. Er sprach leise, stets frei, argumentierte überlegt, zeigte sich erkennbar verletzlich, aber nicht verbittert, verfiel auch nicht in einen Jammerton, obwohl er dazu nach dem, was ihm angetan worden war, allen Grund gehabt hätte. Seinen Gesprächspartnern teilte sich mit, dass sie in dem unprätenti- »

» ös auftretenden und willensstarken Mann eine Persönlichkeit vor sich hatten, die mit geradezu unnachahmlicher Beharrlichkeit für ihre Ziele eintrat. Baumann sprach mit großem Ernst, wenn er auf die Würde jener Menschen hinwies, die Opfer der NS-Militärjustiz geworden waren, wenn er ihre Entkriminalisierung und Rehabilitierung forderte, weil er endlich frei sein wollte von der Ächtung und der Missachtung, die ihm aufgezwungen und aufgebürdet worden war.

Man merkte: Ludwig Baumann und seine „Mission" waren eins. Darauf gründete sich auch sein Selbstbewusstsein, das ihm den Zugang zu wichtigen Politikerinnen und Politikern erleichterte, die sich für seine Sache einsetzten. Sie erkannten rasch, dass er über ausdauernde Kämpferqualitäten verfügte. Er verkehrte mit ihnen wie selbstverständlich auf Augenhöhe, ohne dabei anmaßend oder belehrend zu erscheinen. Was manche von ihnen nicht wussten oder erst im Laufe der Zeit erkannten: Ludwig Baumann konnte bei aller Bescheidenheit ungemein hartnäckig sein, wenn die Dinge nicht wunschgemäß voranschritten. […]

Ludwig Baumann wird keinen Nachfolger haben. Er war der letzte noch lebende Wehrmachtdeserteur und ist nicht zu ersetzen. Er war der Vertreter jener anständigen „kleinen Leute", die mit nüchternem, gesundem Menschenverstand, mit hartnäckiger Überzeugung meinen, dass Recht Recht bleiben muss – erfüllt von der tiefen Sehnsucht, nicht weiter nur in einem Krieg oder auf der bitteren Scheide einer Nachkriegs- und einer Vorkriegszeit zu vegetieren, sondern ganz einfach nur zu leben. Eine neue Generation hat nun die Chance, Ludwig Baumann nicht nur als einen Glücksfall zu begreifen, sondern als ein Vorbild anzunehmen und in seinem Sinne kämpferisch, beharrlich und ausdauernd einzutreten gegen Ungerechtigkeit und für den Frieden, für die Freiheit und die Würde des Menschen. ■

Auszug aus der Trauerrede für Ludwig Baumann, gehalten von Prof. Dr. Wolfram Wette am 18. Juli 2017 im DGB-Haus Bremen.

Prof. Dr. Wolfram Wette ist Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirats der *Bundesvereinigung Opfer der NS-Militärjustiz*.

Ruth Müller

„Einer muss ja doch mal schließlich damit anfangen" … und viele müssen weitermachen!

SPD-Arbeitskreis Labertal zeigte die Wanderausstellung der Weiße-Rose-Stiftung an 14 Standorten in der Region Landshut.

17 Wochen lang tourte die Wanderausstellung der Weiße-Rose-Stiftung vom 19. März bis zum 15. Juli 2018 zwischen Regensburg und Landshut sowie Straubing und Kelheim. An 14 Stationen, in Kirchen, Schulen, Gemeindezentren, Büchereien und Geschäften, wurde die Ausstellung gezeigt. An vielen dieser Stationen bereicherten die jeweiligen Aussteller das Thema mit eigenen Ideen und Beiträgen.

Der SPD Arbeitskreis Labertal, den ich 2008 mitbegründete und dessen Co-Sprecherin ich bis 2015 war, zeigt seit 2008 regelmäßig verschiedene Ausstellungen. So wurde 2010 eine mehrwöchige Ausstellung aus Hamburg über Dietrich Bonhoeffer gezeigt, Themen wie *Zivilcourage* standen auf dem Plan oder eine Wanderausstellung aus dem Münsterland über *Flucht und Vertreibung* war zu sehen. 2013 wurde die Ausstellung der Weiße-Rose-Stiftung e.V. erstmals ins Labertal geholt und in Schulen, Kirchen und Vereinen in Rohr, Schierling, Geiselhöring und Mallersdorf-Pfaffenberg gezeigt.

Anlässlich des 75. Todestags der Mitglieder der *Weißen Rose* wollten wir nun mit einer Wanderausstellung an das mutige Eintreten dieser jungen Menschen für die Freiheit erinnern. So habe ich gerne die Schirmherrschaft dafür übernommen, war ich doch überzeugt, dass auch 2018 eine unkomplizierte und erfolgreiche Zusammenarbeit zum Erfolg der Ausstellung führen würde.

Im Lichthof des Treppenhauses der Privaten Schulen Breitschaft in Regensburg wurde die Ausstellung präsentiert. Die Eröffnungsfeier wurde von zahlreichen Klassen der Fachoberschule begleitet und natürlich durfte eines nicht fehlen: Die Flugblätter der Weißen Rose, die in wenigen Sekunden zu Boden fallen werden.

Foto: Rainer Pasta

Foto: Rainer Pasta

Schüler der privaten Wirtschaftsschule Kasberger – Wildmann in Straubing schlüpfen in die Rolle der Weiße-Rose-Mitglieder und stellen die jeweilige Biographie vor, mit dabei: Dr. Olaf Sommerfeld (links, SPD-Stadtverbandsvorsitzender in Straubing, MdL Ruth Müller (3. von links), Schirmherrin der Wanderausstellung.

Auf bis zu 47 Text- und Bildtafeln beschreibt die Ausstellung die Entstehungsgeschichte der Weißen Rose, ihre Widerstandsaktionen, die Verbindungen zu anderen Oppositionellen sowie ihre Zerschlagung durch die NS-Justiz. Die Münchner Widerstandsgruppe um Hans Scholl und Alexander Schmorell stellte sich ab Sommer 1942 mit sechs Flugblättern offen gegen die NS-Diktatur und rief zur sofortigen Beendigung des Krieges auf. Im Februar 1943 wurde der innere Kreis der *Weißen Rose* zerschlagen, so der geschichtlichen Hintergrund der Ausstellung. Am 22. Februar 2018 jährte sich zum 75. Jahrestag die Ermordung der Geschwister Hans und Sophie Scholl und von Christoph Probst. In den späteren Monaten fielen auch Prof. Kurt Huber, Alexander Schmorell, Willi Graf und Hans Leipelt dem Schafott zum Opfer.

Zur Vorbereitung des Ausstellungsmarathons traf ich mich schon im Spätherbst 2017 mit der Vorsitzenden der Weiße-Rose-Stiftung, Frau Dr. Hildegard Kronawitter, der Geschäftsführerin Sandra Knösel, der Arbeitskreissprecherin Karin Hagendorn und dem früheren Oberpfälzer SPD-Bezirksgeschäftsführer Martin Auer in der Münchner Ludwig-Maximilians-Universität zu einer organisatorischen Vorbesprechung. Hildegard Kronawitter zeigte sich hocherfreut über das große Interesse an der Weiße-Rose-Ausstellung im 75. Gedenkjahr des Widerstandes der jungen Studentinnen und Studenten sowie auch älterer Mitglieder gegen das brutale Naziregime.

„Einer muss ja doch mal schließlich damit anfangen", hatte Sophie Scholl mutig ihrem Richter und Mörder Roland Freisler vor dem Volksgerichtshof in München ins Gesicht gesagt. Gerade in der Gegenwart mit ihrem deutlichen braunen Menetekel des Rechtsextremismus und Rechtspopulismus in Bayern, Deutschland und Europa ist es wichtig, das Vorbild der *Weißen Rose* vor allem der jungen Generation vor Augen zu führen. Die Mitglieder der *Weißen Rose* sollen nicht auf hohe Sockel der Verehrung gestellt werden, sondern in der Mitte unserer Gesellschaft als „Mutmacher" ihren Platz finden. Deshalb ist es gut, wenn möglichst viele diese Botschaft hören. Das ist auch die Intention des SPD-Arbeitskreises Labertal, der mit seinen Wanderausstellungen und Veranstaltungen zu aktuellen und geschichtlich relevanten Themen ein Alleinstellungsmerkmal in der Region bietet.

Wie Hildegard Kronawitter in ihrem Grußwort zur Abschlussveranstaltung ausdrückte, wurden die *Weiße Rose* und ihre Botschaft für unsere heutige Zeit in vielen Orten sichtbar gemacht und vor allem auch junge Leute über den lebensgefährlichen Widerstand gegen die NS-Diktatur informiert. Jede Station habe dies auf eindrucksvolle Art und Weise und mit immer neuen Ideen vollbracht. Namhafte Redner bei den jeweiligen Eröffnungsveranstaltungen wie Dr. Albert Schmid, Franz Schindler, MdL, und der Verleger Prof. Dr. Martin Balle setzten bei den Veranstaltungen in Lappersdorf und Schierling immer neue inhaltliche Schwerpunkte. Die Einbindung der Schüler in die Ausstellungseröffnungen durch Aktionen vom Rollenspiel bis zum Flugblätterwerfen ließen ergreifende Momente in Furth, Straubing, Regensburg, Pfeffenhausen, Rottenburg und Rohr entstehen. Die Präsentation der Ausstellung in den Schaufenstern der Geschäfte in Geiselhöring und Neufahrn boten der Botschaft der *Weißen Rose* einen weiten, öffentlichen Raum. Der Zeitzeuge Klaus Borchers eröffnete in Langquaid einen tiefen Einblick in das Leben der Familie Scholl und der Historiker Franz Graf schlug in Mallersdorf-Pfaffenberg den Bogen zu den katholischen Mädchengruppen, die sich schon zu Beginn der Naziherrschaft unter dem Namen *Weiße Rose* dem Regime widersetzten. Immer wieder waren die Kirchen beider Konfessionen in die Ausstellung eingebunden, beispielhaft in Neustadt an der Donau, in Neufahrn oder Geiselhöring. Und auch Kommunen, als Kern unseres Gemeinwesens, boten den Rahmen für die Ausstellung, wie etwa in Aufhausen.

Gedichte, Lieder und immer wieder der Abschiedsbrief von Willi Graf an seine Familie umrahmten die Veranstaltungen und fesselten die Besucher. Viele Gespräche und Diskussionen entstanden daraus. Durch die anhaltende Berichterstattung war das Thema *Weiße Rose* für 17 Wochen in den Medien präsent. Eine Tageszeitung titelte: „An der *Weißen Rose* kommt niemand vorbei" – das war auch die Intention des Arbeitskreises Labertal für diesen Ausstellungsmarathon. ■

Die Eröffnungsveranstaltung der Ausstellung in Neufahrn fand in der Evang.-Luth. Friedenskirche statt. Pfarrer Jörg Gemkow 3. von rechts) freute sich über die stimmungsvolle Feier und wünschte der Ausstellung, die im Anschluss in den Schaufenstern der Ladengeschäfte am Ort gezeigt wurde, viel Erfolg. Mit dabei: 1. Bürgermeister Peter Forstner (rechts), Sprecherin des AK Labertal Karin Hagendorn (2. von rechts), Ruth Müller (5. von rechts), SPD-Ortsvorsitzender Alex Stigler (5. von links) sowie Mitglieder des Kirchenvorstandes.

Foto: Monika Forstner

Ruth Müller ist Mitglied des Bayerischen Landtages, Präsidin der Dekanatsynode, Schriftführerin im Freundeskreis Landshut–Nowosibirsk und im Freundeskreis Pfeffenhausen – Jaworzyna Slaska sowie unter anderem Mitglied in den Fördervereinen der Realschule Rottenburg, des Maristen-Gymnasiums Furth und im Freundeskreis Hochschule Landshut. Sie ist Mitglied im Kuratorium der Hochschule Landshut, Mitglied beim Katholischen Deutschen Frauenbund und Mitglied von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.

Ernst-Jürgen Walberg bespricht:

Ernst-Jürgen Walberg, Vorstandsmitglied von Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. und bis Ende 2011 Kulturchef von NDR 1 Radio MV in Schwerin schreibt regelmäßig über Neuerscheinungen zu einem aktuellen historischen Thema in unseren Ausgaben der Zeitschrift.

„Immerhin: es hilft über die Zeit."

Schreiben zum Überleben und Malen auch … allen Zwangsregeln zum Trotz.

Am 23. November 1932 schreibt der „Continentale Presse-Dienst" mit Sitz in Berlin-Friedenau an den „Sehr geehrten Herrn Professor", den damals in Dresden lebenden Victor Klemperer, und lädt ihn „höflichst" ein, „einen kleinen Beitrag" zu schreiben zu einer Umfrage für die „große deutsche Provinzpresse und das Ausland". Ihr Thema: „Was erwartet die deutsche Wissenschaft vom Jahre 1933?"

Zwei Tage später notiert Klemperer drei Wünsche. Der erste: „Immer häufiger fragt man bei der Besetzung von Kathedern, bei der Dotierung der Institute usw. nach dem unmittelbaren Nutzen der Fächer für die Volksgesundheit oder -Ernährung oder -Wehrhaftmachung oder dies oder das." Dieser „Maßstab des Praktischen" möge schnellstmöglich verschwinden, weil so „Wissenschaft … in ihrem eigenen Wesen verkümmern" müsse. Der zweite Wunsch: „Als Romanist wünsche ich mir, vor allem mein Sondergebiet des Französischen aus der entstellenden Umschnürung durch das Politische gelöst zu sehen. Die Politiker der Versöhnung verwischen das Frankreichbild ins ‚Europäische'; die Politiker der Unversöhnlichkeit verengen und versteinern es." Und der Dritte: „… die zaghaft beginnende Rehabilitierung des Französischen im Schulunterricht möge entschiedener fortschreiten. An keiner anderen modernen Sprache ist so sehr Klarheit und Ordnung des Denkens zu lernen wie am Französischen."

Drei präzise Vorstellungen, am 25. November 1932 ausführlicher notiert als hier zitiert und als Entwurf erhalten. Ob Klemperer seinen kleinen Beitrag wirklich abgeschickt hat, ist nicht zu erkennen. Es sind klare, eindeutige Wünsche zu einer Zeit, die mit dieser Zeit und ihren jüngsten politischen Entwicklungen kollidieren. Der früh zum Protestantismus konvertierte Jude Victor Klemperer weiß das oder müsste es wissen. Gut zwei Monate später, nach dem 30. Januar 1933, darf Klemperer noch weiter an der Technischen Hochschule Dresden lehren, was mit seiner wissenschaftlichen Qualifikation wenig, mit seinem Leben umso mehr zu tun hat: Soldat im Ersten Weltkrieg und verheiratet mit einer „Arierin", die sich trotz heftigen Drucks nicht scheiden lässt. Das reicht kurzfristig aus, nur für wie lange noch? Ins Exil zu gehen, das ist durchaus Thema auch zwischen Eva und Victor Klemperer, doch warum das? Man ist deutsch und will deutsch sein und sonst nichts. Da nützt es herzlich wenig, wenn der Bruder Georg die Frage stellt (und sie auch noch nicht recht beantworten kann): „Aber was machen wir mit unserem Deutschtum, wenn uns dessen maßgebende Vertreter täglich erklären, daß wir in einem anmaßlichen Irrtum sind, wenn wir uns für deutsch halten?" Die Folge? „… ein hartes Schicksal!" Sein Rezept oder Trost oder Rat: „Wir wollen es mit Würde tragen."

Es wird nur wenige Wochen dauern, bis Victor Klemperer um seine Autorenverträge kämpfen muss und kämpft, schriftlich und selbst „mit deutschem Gruß", doch ergebnislos. Druckfertiges „sarge ich … im Schreibtisch ein." Er arbeitet intensiv weiter, solange er Zugang hat zu Büchern, ohne die Wissenschaft nicht sein kann … das Verbot, Bibliotheken zu betreten und Lektüre zu entleihen, droht ihm den Boden endgültig zu entziehen. Aus Einsamkeit wird „hermetische Isolierung", aber solange sein geliebtes Auto noch „gemeinschaftsfördernd" ist und Häuschen oder Garten zu überleben helfen (und der Bruder Georg inzwischen aus den USA finanziell unterstützt), geht es noch, doch „in Wahrheit: es will gar nicht mehr gehen."

Victor Klemperer
Warum soll man nicht auf bessere Zeiten hoffen. Ein Leben in Briefen.
Herausgegeben von Walter Nowojski und Nele Holdack unter Mitarbeit von Christian Löser.
Aufbau Verlag, Berlin 2017
Gebundene Ausgabe, 640 Seiten mit 12 Abb.
ISBN: 978-3-351-03661-4 • 28,00 €

Klemperers Briefe werden persönlicher, ehrlicher, verzweifelter, stiller also. Jetzt wollen sie fort, aber sie haben keine Chance mehr. „Wer über gewissen Dingen nicht den Verstand verliere, usw.", zitiert er Lessing und notiert immer wieder: „zu spät!". Fahrverbot und Zwangsverkauf des Autos, Hausenteignung und alle anderen Folgen der neuen Zwangsregeln „in judaeos". Aber noch im „Judenhaus" versucht Klemperer zu arbeiten, zu schreiben also, ängstlich ahnend: „Aber wahrscheinlich schreibe ichs für mich ganz allein. Immerhin: es hilft über die Zeit."

Von Mitte September 1941 an sind keine Briefe mehr erhalten: keine, die ihn erreicht haben, und keine, die er geschrieben hat. Seine „Tagebücher" füllen die allermeisten nicht nur biografischen Lücken. Von Ende Oktober 1945 an sind Briefe wieder da: Briefe, die er geschrieben hat, und Briefe, die ihn erreicht haben … aus und in einer bald völlig anderen Zeit.

Vom Problem der Schuld oder Nichtschuld

Was haben der Generalintendant der Preußischen Staatstheater, der Schauspieler und Zyniker Gustav Gründgens; was der „Kronjurist des Dritten Reiches", der scharfzüngige Staatsrechtslehrer Carl Schmitt; was der ärztliche Direktor der Charité, der Chirurg Ferdinand Sauerbruch; und was der Direktor der Berliner Staatsoper, der Dirigent, Komponist und Romantiker Wilhelm Furtwängler – was haben diese vier gemeinsam? 1933 wollen sich die Nationalsozialisten mit den ach so integeren, besonders seriösen, auf jeden Fall uneingeschränkt erfolgreichen Persönlichkeiten schmücken und so das eigene Image ohne großen Aufwand kräftig aufpolieren. Denn die Herren machen mit, widerstandslos oder wie Helmut Lethen es hübsch ironisch im Zusammenhang mit einer fiktiven Göring-Einladung nach Carinhall zu einem fiktiven Treffen der vier formuliert: „Nicht ohne Widerwillen, also gehorsam, folgen sie der Einladung."

Es ist eben Hermann Göring, der den „Preußischen Staatsrat" damals wiederbelebt als eine Art Beratergremium aus über sechzig Mitgliedern, NS-Führungskader zumeist, und trotzdem ohne tatsächliche Beraterfunktion. Die vier fühlen sich geehrt, sie stehen jetzt unter Görings persönlichem Schutz, der NS-Führung also nahe, was Freiräume schafft und etwas Narrenfreiheit auch. Staatsrat zu sein schließt nicht aus, dass Gründgens jüdischen Schauspielern oder Furtwängler jüdischen Orchestermitgliedern hilft; es schließt aber auch nicht aus, dass Sauerbruch an der Charité Tag und Nacht operiert und dann in seiner Funktion als Fachspartenleiter für Medizin im Reichsforschungsrat medizinische Experimente in Konzentrationslagern genehmigt.

Gerade viermal tagt der „Preußische Staatsrat" (zweimal im Gründungsjahr, einmal 1934 und dann noch einmal 1936), danach wird er nicht mehr gebraucht, aber die Titel bleiben. Noch 1951 notiert Carl Schmitt in seinem Tagebuch: „Für drei Dinge danke ich Gott: Erstens, dass ich ein Mensch bin und kein Tier. Zweitens, dass ich ein Mann bin und keine Frau. Drittens, dass ich preußischer Staatsrat bin und kein Nobelpreisträger." Es ist nicht das einzige Zitat, das der so kluge wie findige Helmut Lethen für dieses Buch wieder ausgegraben hat und das nur schwer zu verdauen ist, gar nicht eigentlich. Das gilt auch für dieses Schmitt-Zitat zum Beispiel, im Tagebuch notiert bereits 1923: „Die Legende ist wichtiger als das, was wirklich ist. Wer seine Vergangenheit nicht mehr fälschen kann ist tot." Wie formuliert Lethen im Zusammenhang mit den Entnazifizierungen der vier (und nicht nur dieser vier!)? „Sie passierten sie nach Art der Bärenwäsche: Wasch mir den Pelz, aber mach mich nicht nass." Oder anders: Keiner von ihnen will von Schuld etwas wissen oder von Reue, von Scham, vom Ende des eigenen Schweigens und Verschweigens.

Gründgens und Furtwängler, Sauerbruch und Schmitt haben sich nie zu viert getroffen. Die sieben Abende zwischen 1936 und 1963 mit Geistergesprächen dieser „ehrenwerten Gesellschaft" an unterschiedlichen Orten mit völlig unterschiedlichen Vortragsthemen sind Fiktion, es hat sie nie gegeben. Doch Basis dieser indirekten Gespräche sind eine Fülle von Veröffentlichungen dieser Kulturgewaltigen, ihrer mehr oder minder kritischen Biografen, ihrer Zeitzeugen, oder Zeitzeugnisse selbst, garniert von der einfühlsamen Fantasie Helmut Lethens. Das ist nicht immer leicht zu lesen, da geht es uns ab und an wie den Beteiligten: Wir bleiben etwas ratlos zurück. Und wir stellen uns die Frage: Wie ist das eigentlich heute im aktuellen Verhältnis von Geist und Macht? Ich befürchte, Helmut Lethen präsentiert gerade zwischen den historischen Zeilen eine Menge aktueller Bezüge, mehr jedenfalls, als uns bequem sein kann.

Na also: „Literatur erlaubt alles"

Wir schreiben den 20. Februar 1933. Zu einem Geheimtreffen auf Geheiß Adolf Hitlers kommen im Reichstagspräsidentenpalais vierundzwanzig „ehrwürdige Patrizier … im großen Vestibül" zusammen, korrekter, präziser: „Einstweilen werden vierundzwanzig Filzhüte vom Kopf gezogen und vierundzwanzig kahle Schädel oder weiße Haarkränze entblößt." Sie tragen große Namen: Quandt, von Opel, Krupp, von Finck … „Decknamen" schreibt Éric Vuillard und erläutert in Klartext, süffisant: „Sie heißen BASF, Bayer, Agfa, Opel, I.G. »

Helmut Lethen
Die Staatsräte. Elite im Dritten Reich: Gründgens, Furtwängler, Sauerbruch, Schmitt.

Rowohlt Berlin Verlag, Berlin 2018
Gebundene Ausgabe, 352 Seiten
ISBN: 978-3-87134-797-9 • 24,00 €

» Farben, Siemens, Allianz, Telefunken. Unter diesen Namen kennen wir sie. Kennen sie sogar bestens. Sie sind hier, unter uns und zwischen uns. Sie sind unsere Autos, unsere Waschmaschinen, unsere Reinigungsmittel, unsere Radiowecker, unsere Hausversicherung und die Batterie in unserer Uhr."

Göring gibt den Grüßaugust, der neue Kanzler Adolf Hitler lächelt und redet eine halbe Stunde lang, und sie alle hören zu. Göring verkündet, man brauche Wahlkampfgelder, und Hjalmar Schacht ruft: „Und nun, meine Herren, an die Kasse!" Und alle, alle löhnen höchste Summen – brav und widerstandlos und zackig oder so oder so ähnlich.

Das wird nach dem Kriege anders sein, wenn es noch Ende der 1950er Jahre um die Wiedergutmachung für die Opfer geht, nicht nur für Juden. Mit dem Beispiel Alfried Krupp von Bohlen und Halbach in der Villa Hügel in Essen endet Die Tagesordnung, dieser furiose Parforceritt durch keine fünfzehn Jahre deutscher Geschichte mit dem Schwerpunkt „Österreichs Anschluss" in der Wirklichkeit und in der Propaganda dieser eintausend Jahre: blitzgescheit entlarvend, einhundertzwanzig spitzige Seiten voller Stichproben, Beispiele, Beobachtungen, Urteile … flott und klug und ohne jedes Deckmäntelchen skizziert. Und da stehen sie dann neben den deutschen Industriellen: der Österreicher Schuschnigg, der Brite Chamberlain, der Franzose Daladier und andere, mehr mit ihrer Angst und ihrer Feigheit, ihrer Ignoranz und ihrer Vertrauensseligkeit … alle Kaiser in neuen Kleidern, aber auch sie werden es nicht gewesen sein später, danach …

Éric Vuillard, Jahrgang 1968, hat ein grandioses Buch geschrieben, und Nicola Denis hat es nicht weniger grandios übersetzt. Und wir? Wir hatten geglaubt, uns auszukennen in unserer jüngeren deutschen Vergangenheit … Fleitjepiepen!! Und dann liest es sich auch noch wie … na ja … so … also: einfach klasse!

Übrigens: Den „Prix Goncourt" hat er dafür bekommen im vergangenen Jahr, den allerwichtigsten französischen Literaturpreis. Der ist zwar nur mit gerade mal symbolischen zehn Euro dotiert, hat aber regelmäßig eine französische Auflage des so ausgezeichneten Buches von mindestens 300.000/400.000 verkauften Exemplaren zur Folge …

Wenn ich Sie überzeugen konnte: Dann packen Sie *Die Tagesordnung* mal zeitnah auf Ihre Tagesordnung … und holen sich anschließend zumindest noch Éric Vuillards *Ballade vom Abendland* dazu, seine ganz eigene bitterböse, bitteironische und gegen jeden gewohnten Strich gebürstete Komposition über den Ersten Weltkrieg, 2013 ausgezeichnet mit dem Franz-Hessel-Preis. Auch so geht Geschichtsschreibung, literarisch – und wie!

„Es ist nichts Ernstes."

Hans Joachim Schädlich ist für mich einer der bedeutendsten Autoren in Deutschland, ein Meister der Sprache vor allem, einer der eindrucksvoll Leisen im Lande, einer der Klugen, der Nachdenklichen … und einer von denen, die sich erinnern gegen das Vergessen.

Es ist ein Nachmittag in Rom im Mai 1933. Im Schatten der Villa Massimo tönt der Maler Hanns Hubertus Graf von Merveldt lautstark, Felix Nussbaum habe ihm eine Bildidee gestohlen. Merveldt schlägt zu, der jüdische Maler Felix Nussbaum geht zu Boden, er blutet. Der herbeigerufene Arzt sagt: „Es ist nichts Ernstes." Felix Nussbaum und seine Lebensgefährtin, die polnisch-jüdische Malerin Felka Platek, gehen langsam zurück in die Villa. Es ist nichts Ernstes? Nach Deutschland können sie nicht wieder wegen der ersten Judenverfolgungen dort, das wird nicht aufhören so schnell, da sind sie sicher. Sie bleiben auf der Flucht durch Europa und im europäischen Exil. Sie bleiben in Italien, in Frankreich und ab 1937 in Brüssel. Brüssel ist gut für ein paar Jahre, Brüssel schafft Ruhe, zwischendurch wenigstens, wenn man aufmerksam bleibt und vorsichtig.

Doch dann werden Felix und Felka denunziert. Es geschieht im Juni 1944. Das Paar wird von der deutschen Wehrmacht festgesetzt, Fluchtmöglichkeiten: keine. Sie werden beide in einem Deportationszug in das Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau transportiert. Viel mehr ist nicht zu berichten oder nachzuerzählen, nur das noch, weil es so wichtig ist, so entscheidend: „Memento" steht in etwas größerer Schrift, also auffallend und gar nicht zu überlesen, zu übersehen über der ersten der letzten beiden Seiten dieses Buches. „Memento": Auf andere so deutlich herausgehobene Merk-Worte hat Hans Joachim Schädlich in seinem Buch verzichtet. „Memento": Und dann folgen zwei Seiten voller Namen, Daten, Fakten … zwei Zeilen pro Person. Es sind immer gerade nur zwei Zeilen für das Schicksal eines Menschen.

Die ersten beiden: „Felix Nussbaum, geboren am 11. Dezember 1904. Ermordet 1944 im KZ Auschwitz." Die zweiten beiden: „Felka Platek-Nussbaum, geboren am 8. Januar 1899. Ermordet 1944 im KZ Auschwitz." Dann folgen die Namen der Eltern und anderer enger Verwandter: zehn Menschen auf zwei Druckseiten, zehn Menschen aus zwei Familien … „Memento" …

Éric Vuillard
Die Tagesordnung.
Aus dem Französischen von Nicola Denis
Verlag Matthes & Seitz, Berlin 2018
Gebundene Ausgabe, 122 Seiten
ISBN: 978-3-95757-576-0 • 18,00 €

Ich kenne keine andere Veröffentlichung, die so verknappt, so auf das Allerwichtigste reduziert, so liebevoll auf den Kern verkürzt an zwei Menschen, an zwei Schicksale erinnert gegen das Vergessen. An zwei deutsche Lebenswege, die in Deutschland keine Chance hatten, weil sie keine Chance haben durften. Hans Joachim Schädlich hat ein kleines, leises, ein riesiges Buch geschrieben, das nachhallt … für immer.

Trotz Unkenrufen in die neue Zeit

In der Dresdner Zeughausstraße steht das inzwischen dritte „Judenhaus", in dem die Klemperers überleben. Bei einem erneuten Bombenangriff auf Dresden am 13. Februar 1945 wird das Haus getroffen und brennt ab, die Klemperers wagen die Flucht: Drei Tage später hätten „wir letzten etwa 70 überlebenden Sternträger in Dresden – rings um uns war alles teils in der Deportation, teils in Dresden selbst ‚liquidiert' worden" – abtransportiert werden sollen. Am 8. Mai 1945: Kapitulation. Und einen Monat später kehren die Klemperers in ihr völlig leergeräumtes kleines Häuschen hoch über Dresden zurück.

Von Ende Oktober 1945 stammt der erste wiedererhaltene Klemperer-Brief, eine Mischung aus hilflosen Fragen, sachlichen Kürzestberichten und schonungslosen Zwischenbilanzen der vergangenen Jahre – das „Problem von Schuld oder Nichtschuld" wird wenig später ausführlich diskutiert werden, als ihn die ersten drängenden „Persilschein"-Anfragen erreichen, die er offensichtlich alle völlig ruhig und mit ausführlichen Begründungen zurückweist. Doch erst einmal gilt: „Es ist ein Wiederaufleben, dessen Beglückung wir jeden Tag neu empfinden."

Dass Victor Klemperer als Ordinarius an der TH Dresden arbeiten, vor allem wieder wissenschaftlich schreiben kann und Leiter der neugegründeten Volkshochschule wird, dagegen hat der Bruder Georg im fernen Amerika absolut nichts einzuwenden. Nur dagegen, dass er sich ins öffentliche Leben einklinkt: Eintritt in die KPD, Vorsitzender des Kulturbundes in Dresden, später „überzeugter Anhänger der SED", davor warnt ihn der ältere Bruder eindringlich: „Ich sehe aus Deinem Brief mit schmerzlicher Bewunderung, daß Du Dich in die Politik gestürzt hast, wofür Dich die maßgeblichen Behörden am 65. Geburtstag sehr gefeiert haben. […] ich sage Dir, das letzte, was die Deutschen sich wünschen, ist, von einem Abkömmling der jüdischen Rasse aufwärts geführt zu werden. […] verdenke einem alten Manne, der Dein leiblicher Bruder ist […], verdenke ihm nicht, wenn er Dich mit Unkenrufen auf der anscheinend glücklichen culturpolitischen Laufbahn zurückhalten möchte!" Genau das aber gelingt Georg Klemperer nicht. Er stirbt kurze Zeit nach diesem Brandbrief, hätte aber auch wohl sonst keine Chance gehabt, den jüngeren Bruder zu überzeugen. Die zahlreichen Briefe mit und von Verlagen, Freunden, Kollegen, Verwandten, Gegnern bis zu Victor Klemperers Tod 1960 belegen intensiv: Da hoffte jemand bis zu seinem Lebensende auf wirklich bessere Zeiten und tat alles dafür, was er tun musste und unbedingt tun wollte. Rückschläge waren vorprogrammiert und heftig.

Seine Briefe sind wie seine Tagebücher viel mehr als nur Zeitzeugnisse eines oft bewundernswert engagierten wie politisch manchmal leicht naiven Zeitgenossen, der aufschreibt, was ist, was war und was sein könnte. Ein „Kulturgeschichtsschreiber" seiner Zeit wollte er sein und ist es gewesen, genauer: posthum geworden. Und ein außergewöhnlicher Wissenschaftler dazu, dessen Lebensleistung das Schreiben war. ■

Hinweis:
Sie können Hans Joachim Schädlich mit *Felix und Felka* am 16. Oktober 2018 im Rostocker Literaturhaus erleben und einen Tag später im Greifswalder Koeppenhaus: Lesung und Gespräch.

Hans Joachim Schädlich
Felix und Felka.

Rowohlt Verlag, Reinbek bei Hamburg 2018
Gebundene Ausgabe, 204 Seiten
ISBN: 978-3-498-06437-2 • 19,95 €

Mehr als nur ein Name – die Geschichte von Willy Blum

Beke Detlefsen

Willy Blum. Ein Name, der für so viele weitere traurige Schicksale steht, die das menschenverachtende Regime der Nationalsozialisten zur Folge hatte. Ein Name, der in der Öffentlichkeit kaum bekannt ist, hinter dem sich jedoch eine überaus tragische Geschichte verbirgt. Diese Geschichte hat Anette Leo nun herausgearbeitet.

Behutsam und einfühlsam schildert sie in ihrem Buch den Leidensweg der Familie Blum und die Verfolgung der Sinti und Roma durch die Nationalsozialisten. Sie hat sich auf eine sorgfältige Spurensuche begeben, um die verschiedenen Stationen der einzelnen Familienmitglieder nachzuzeichnen: deren Odyssee durch die Konzentrationslager, aber auch die vorherigen sowie anschließenden Formen ihrer Diskriminierung und Ausgrenzung in Deutschland.

Die Erkenntnisse beruhen vor allem auf Recherchen in verschiedenen Archiven sowie auf Gesprächen mit der Schwester und der Nichte von Willy Blum, der als Kind in Auschwitz umkam. Der damals 16-jährige Sinto hatte sich freiwillig auf einen Transport zurück in dieses Konzentrationslager begeben, um seinen kleinen Bruder nicht alleine zu lassen. Eine Entscheidung, die den sicheren Tod bedeutete. Sein Name ersetzte den eines anderen Kindes auf der Transportliste: Stefan Jerzy Zweig. Dieser blieb im Konzentrationslager Buchenwald – und überlebte. Später erlangte er durch die Geschichte „Nackt unter Wölfen" weltweite Bekanntheit.

Es geht in dem Buch aber nicht nur um das Schicksal dieses einen Jungen, sondern um den Werdegang der gesamten Familie, deren Mitglieder als Schausteller und Puppenspieler über Generationen hinweg ihr Geld verdienten. Auch das alltägliche Leben der Sinti und Roma, ihre Traditionen und Strukturen versucht Leo in ihrem Buch deutlich zu machen. Die Auswirkungen der rassistischen Verfolgung durch das nationalsozialistische Regime und die Kontinuitäten in der Ausgrenzung auch nach 1945 werden bei der Lektüre des Buches ebenso schmerzlich bewusst wie die Schwierigkeiten bei den Bemühungen um Entschädigungszahlungen.

Leo reflektiert dabei ausführlich die schwierige Quellenlage in den Archiven, die subjektiven Sichtweisen und die diskriminierende Sprache der Täter in Dokumenten und Akten. Im Anhang verweisen genaue Angaben auf die Herkunft der Informationen und Quellen. Das Buch erweist sich dadurch als sorgfältig recherchierte, wissenschaftliche Arbeit und ist zugleich verständlich und spannend geschrieben. Als Kritikpunkt lässt sich die Unübersichtlichkeit hinsichtlich der vielen Namen der Familienmitglieder nennen, die nur schwer auseinanderzuhalten sind. Am Ende erscheinen sie noch einmal in Listenform, aber ein Stammbaum wäre praktischer und übersichtlicher gewesen. Auch ein Verweis auf die Liste innerhalb des Buches hätte einiger Verwirrung bei den Verwandtschaftsbeziehungen entgegenwirken können. Andererseits verdeutlicht dies nur zu gut die Schwierigkeiten bei der historischen Spurensuche.

Leo versteht es, in ihrem Buch den Bogen von der damaligen rassistischen Verfolgung über die menschenunwürdigen Bedingungen von Häftlingen in Konzentrationslagern bis zu der anhaltenden Diskriminierung auch nach 1945 zu schlagen. Ihre berührenden Schilderungen machen sowohl das Einzelschicksal der Familie Blum deutlich als auch das der anderen Sinti und Roma in Deutschland – und sie verdeutlichen deren Ausgrenzung bis heute. ■

Beke Detlefsen studiert im Masterstudiengang Public History an der FU Berlin und ist studentische Mitarbeiterin von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.

Anette Leo
Das Kind auf der Liste. Die Geschichte von Willy Blum und seiner Familie.

Aufbau Verlag, Berlin 2018
Broschierte Ausgabe, 176 Seiten
ISBN: 978-3-7466-3431-9 • 10,00 €

Vorstand und Beirat

GESCHÄFTSFÜHRENDER VORSTAND

Prof Dr. Bernd Faulenbach, Vorsitzender, Historiker

Ekin Deligöz, Stellvertretende Vorsitzende, MdB

Eberhard Diepgen, Stellvertretender Vorsitzender, Regierender Bürgermeister von Berlin a.D.

Dr. Irmgard Schwaetzer, Stellvertretende Vorsitzende, Bundesministerin a.D., Präses der Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland

Bernd Goldmann, Schatzmeister, ehemaliger Direktor der UBS Deutschland AG, Niederlassung Berlin

Kerstin Griese, MdB

Ernst Klein, Sprecher der Regionalen Arbeitsgruppen von Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V.

Dr. Ulrich Mählert, Schriftführer, Zeithistoriker bei der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

Prof. Dr. Johannes Tuchel, Leiter der Gedenkstätte Deutscher Widerstand

VORSTAND

Dieter Althaus, Ministerpräsident von Thüringen a. D., Vizepräsident von Magna International

Dr. Andreas H. Apelt, Bevollmächtigter des Vorstands der Deutschen Gesellschaft e. V.

Erik Bettermann, ehemaliger Intendant der Deutschen Welle

Prof. Dr. Friedhelm Boll, Historiker am Historischen Forschungszentrum der Friedrich-Ebert-Stiftung

Tilo Braune, Staatssekretär a. D., Geschäftsführer der Hamburger Gesellschaft zur Förderung der Demokratie und des Völkerrechts e. V.

Prof. Dr. Hansjörg Geiger, Staatssekretär im Bundesministerium der Justiz a. D.

Dr. Alfred Geisel, Vizepräsident des Landtages von Baden-Württemberg a. D.

Iris Gleicke, ehemalige MdB, Beauftragte der Bundesregierung für die neuen Bundesländer a. D.

Reinhard Grindel, Präsident des Deutschen Fußball-Bundes

Dr. Norbert Haase, Historiker, ehemaliger Geschäftsführer der Stiftung Sächsische Gedenkstätten

Christoph Heubner, Geschäftsführender Vizepräsident des Internationalen Auschwitz Komitees (IAK)

Dr. Werner Jung, Direktor des NS-Dokumentationszentrums der Stadt Köln

Prof. Dr. Alfons Kenkmann, Professor für Geschichtsdidaktik an der Universität Leipzig

Birgit Kipfer, Sprecherin der Regionalen Arbeitsgruppe Baden-Württemberg, Vorstandsvorsitzende der Stiftung „Lernort Demokratie – Das DDR-Museum Pforzheim"

Dr. h.c. Charlotte Knobloch, Präsidentin der Israelitischen Kultusgemeinde München und Oberbayern, ehemalige Präsidentin des Zentralrats der Juden in Deutschland

Hannelore Kohl, Präsidentin des Oberverwaltungsgerichts und des Landesverfassungsgerichtes in Mecklenburg-Vorpommern a.D.

Dr. Anja Kruke, Leiterin des Archivs der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung

Uta Leichsenring, ehemalige Leiterin der Außenstelle Halle des Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen

Winfried Nachtwei, Experte für Friedens- und Sicherheitspolitik, MdB a. D.

Paul Nemitz, Direktor für Grundrechte und Rechtsstaatlichkeit in der Generaldirektion Justiz der Europäischen Kommission in Brüssel

Dr. Maria Nooke, Landesbeauftragte zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur in Brandenburg

Prof. Dr. Friedbert Pflüger, Direktor des European Centre for Energy and Ressource Security

Dr. Melanie Piepenschneider, Leiterin Politische Bildung der Konrad-Adenauer-Stiftung

Prof. Dr. Ernst Piper, Historiker, Verleger

Ulrike Poppe, ehemalige Landesbeauftragte zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur in Brandenburg

Prof. Dr. h.c. Klaus G. Saur, Verleger

Dieter Schulte, ehemaliger Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes

Lala Süsskind, ehemalige Vorsitzende des Vorstandes der Jüdischen Gemeinde zu Berlin

Lothar Tautz, Religionspädagoge und Sozialkundelehrer

Linda Teuteberg, MdB

Dr. h.c. Josef Thesing, ehemaliger stellvertretender Generalsekretär der Konrad-Adenauer-Stiftung

Arnold Vaatz, MdB, Staatsminister a. D.

Ernst-Jürgen Walberg, ehemaliger Kulturchef von NDR 1 Radio Mecklenburg-Vorpommern

Prof. Dr. Gert Weisskirchen, MdB a. D.

EHRENVORSITZENDER

Dr. h.c. Joachim Gauck, Bundespräsident a. D.

BEIRAT

Prof. Dr. Rita Süssmuth, Vorsitzende, Bundesministerin a. D., Präsidentin des Deutschen Bundestags a. D.

Rainer Braam, Unternehmer

Prof. Dr. Hubert Burda, Verleger

Dr. Thomas Goppel, Mitglied des Landtages von Bayern, Staatsminister a. D.

Prof. Dr. Berthold Leibinger, Gesellschafter der Trumpf GmbH & Co. KG

Dr. h.c. Friedrich Schorlemmer, Theologe und Bürgerrechtler

Walther Seinsch, Unternehmer, ehemaliger Vorstandsvorsitzender des FC Augsburg

Barbara Stamm, Präsidentin des Landtages von Bayern

Dr. Monika Wulf-Mathies, Gewerkschafterin, EU-Kommissarin a. D.

GESCHÄFTSFÜHRER

Dr. Michael Parak

EHEMALIGE VORSITZENDE

Wolfgang Tiefensee, 2012 – 2014, Wirtschaftsminister in Thüringen

Dr. h.c. Joachim Gauck, 2003 – 2012, Bundespräsident a. D.

Dr. h.c. Hans Koschnick, 2000 – 2003, Bürgermeister von Bremen a. D.

Dr. Hans-Jochen Vogel, 1993 – 2000, Bundesminister a. D.

FRIEDRICH **MÜCKE** KAROLINE **SCHUCH** DAVID **KROSS** ALICIA **VON RITTBERG** UND THOMAS **KRETSCHMANN**

VON REGISSEUR **MICHAEL BULLY HERBIG**

BALLON

FÜR DIE FREIHEIT RISKIERTEN SIE ALLES

Michael Bully Herbig verfilmt spektakuläre Ballonflucht: Am 16. September 1979 versuchen die Familien Strelzyk und Wetzel, mit einem selbstgebauten Heißluftballon die Grenze zu überwinden und in die Bundesrepublik zu fliehen. Basierend auf dieser wahren Geschichte hat Michael Bully Herbig einen fesselnden Thriller inszeniert, der mit Friedrich Mücke („SMS für Dich"), Karoline Schuch („Katharina Luther"), David Kross („Der Vorleser"), Alicia von Rittberg („Charité") und Thomas Kretschmann („Operation Walküre") hervorragend besetzt ist. Das Drehbuch wurde gemeinsam mit den Zeitzeugen entwickelt.

Trailer & Tickets: www.ballon-derfilm.de

SevenPictures FFF Bayern medienboard Berlin-Brandenburg amazon STUDIOCANAL

AB 27. SEPTEMBER IM KINO